Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 3
Einzelplan 27 – A. Bezirke

Öffentliche Sitzung
Nichtöffentlich zu TOP 2

Hauptausschuss

45. Sitzung
11. Oktober 2023

Beginn:	12.06 Uhr
Schluss:	18.17 Uhr
Vorsitz:	Stephan Schmidt (CDU), zeitweise André Schulze (GRÜNE)

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich rufe auf

Punkt 3 der Tagesordnung

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2024/2025 (1. Lesung)

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)**	1100 Haupt(f)

Mitberaten werden:

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **IKT-Titelliste 2024/2025**	1100 A Haupt
b)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **FM-Titelliste 2024/2025**	1100 B Haupt

c)	Bericht SenFin – II LGH – vom 05.06.2023 **Gender Budgeting** **hier: konzeptionelle Weiterentwicklung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 Haupt
d)	Bericht SenFin – LGH – vom 01.08.2023 **Gender Budgeting** **hier: Umsetzung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 A Haupt
d1)	Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1123 **Entwicklung eines Gesamtkonzepts „Gender Budgeting Controlling“** **Drucksache 19/0400 – Bericht zu Auflagen –Teil 10c** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1029 B Haupt
e)	Bericht RBm – Skzl – III A 3 – vom 23.08.2023 **Aktuelle hauptstadtbedingte Ausgaben** gemäß Auflage A. 12 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1112 Haupt
f1)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 23.02.2023 **Bericht aller öffentlichen Auftragsvergaben von Gutachten und Beratungsdienstleistungsaufträgen 2. Halbjahr 2022** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 A Haupt Vertrauliche Beratung
f2)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 18.09.2023 **Bericht aller in Auftrag gegebenen Gutachten und Beratungsdienstleistungen gemäß Auflage A Nr. 18 zum Haushalt 2022/2023** **Bericht zum 30.09.2023** gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 E Haupt Vertrauliche Beratung
g)	Bericht SenFin – II D 24 – vom 15.08.2023 **Kosten für Migration und Fluchtunterbringung** (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	1123 Haupt

h) Bericht SenFin – II B – vom 30.08.2023 — 0832 C
Vorläufiger Jahresabschluss 2022 — Haupt
hier: Rücklagen und Sondervermögen
(Berichtsaufträge aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023
und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)

i) Austauschfassung zur roten Nummer 0932 A: — 0932 A-1
Bericht SenFin – II LIP 6 – vom 06.09.2023 — Haupt
Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022
gemäß § 5 Satz 3 und 4 SIWA ErrichtungsG

j) Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 06.09.2023 — 0932 B
Rechnungslegung über die Einnahmen und — Haupt
Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022
(Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)

k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – — 1150
Drucksache 19/1187 — Haupt
Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027
(überwiesen zur Besprechung gemäß
§ 32 Abs. 6 GO Abghs)

l) Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 19.09.2023 — 0495 C
Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023 — Haupt
gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum
Haushalt 2022/23

Ich rufe auf den

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

A. Bezirke (Anhörung)

Mitberaten wird:

a) Bericht SenFin – II H 14 – vom 28.08.2023 — 1028 A
Fortschreibung der Globalsummenzuweisung — Haupt
2024/25 an die Bezirke
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste
zur 1. Lesung des Einzelplans 27 zurückgestellt)

b) Bericht SenWGP – I B 1 – vom 04.10.2023 1169
Psychiatrieentwicklungsprogramm (PEP) Haupt
(Berichtsauftrag aus der 42. Sitzung vom 27.09.2023)

Ich frage zunächst, ob es Wortmeldungen zu den beiden Berichten gibt. Die beiden Berichte können auch gern bei den einzelnen Bezirken angesprochen werden. – Aber bitte schön, Frau Kollegin Dr. Schmidt!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will mal eine grundsätzliche Frage an die Senatsfinanzverwaltung stellen, was die Globalsummenzuweisung an die Bezirke betrifft. Wir haben immer wieder über das Thema Rücklagen gesprochen. Wir haben darüber gesprochen, dass die Finanzzuweisung an die Bezirke einer Reformierung bedarf, und wir haben vor allem über ein Prinzip gesprochen, nämlich: in guten wie in schlechten Zeiten – ich will es mal so überschreiben. Deshalb würde mich an der Stelle interessieren: Bei konsequenter Anwendung dieses Prinzips, wie hätte dann tatsächlich die Globalsummenzuweisung ausgesehen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Her Kollege Rauchfuß, bitte!

Lars Rauchfuß (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann an die Frage von guten und schlechten Zeiten durchaus anschließen. Sie hatten vorhin die rote Nummer 0832 C zu den Rücklagen aller Bezirke aufgerufen. Bevor wir jetzt in die einzelnen Bezirke einsteigen, würde ich den Punkt ganz gern noch mal etwas genauer beleuchten, denn ich glaube, wir brauchen zur Nachschau einen noch etwas detaillierteren Bericht über die Rücklagen. Mich interessiert zum einen die Sortierung nach den Rücklagenarten, die wir bisher in der roten Nummer nicht drin haben, also: Was ist Ergebnisrücklage? Was ist investiv gebunden? Was ist Schulrücklage? Was ist konsumtive Rücklage? Denn in dem Bericht sehen wir, dass allein in 2022 die Rücklagenzuführung netto immerhin noch 163 Millionen Euro waren. Ich glaube, darüber muss man strukturell über alle Bezirke einmal reden, denn ich vermute, wir haben hier miteinander ein Steuerungsthema. Deshalb würde ich den Bericht gern erweitern um den Mittelabfluss aus den Rücklagen, und zwar einmal retrospektiv, 2018 bis 2023 wäre mir da sehr lieb, und vor allen Dingen auch mit einer Prognose für den jetzt folgenden Doppelhaushalt 2024/2025. Welchen Mittelabfluss erwarten Sie dort, und was bedeutet das für die Guthaben- und Rücklagenstände am Ende dieses Doppelhaushalts? Hintergrund ist, dass ich glaube, wir müssen uns dieser strukturellen Frage etwas intensiver widmen, weil ich mir durchaus Sorgen mache, dass wir es vielleicht in diesem Doppelhaushalt ähnlich wie auf Landesebene unter Mobilisierung aller Reserven gerade noch einmal schaffen und aber im übernächsten Doppelhaushalt das Ende der Fahnenstange erreicht sein könnte, und das würde ich gern durch Steuerung vermeiden. Deshalb die Bitte, zur Nachschau einen etwas ausführlicheren Bericht zu liefern. – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich kann daran anschließen. Ich habe auch zwei, drei Punkte, die für alle Bezirke gelten oder thematisch übergreifend sind, deswegen von allen Bezirken beantwortet und gegebenenfalls durch die Senatsverwaltung ergänzt werden können.

Neben dem, was der Kollege schon angesprochen hat, haben wir auch das Thema der Stadt- oder Landesbrunnen, wo die Frage ist, wer die wie finanziert und wie das Projekt eigentlich läuft. Dazu hätten wir gern einen Bericht über alle Bezirke.

Dann das Thema Baumpflanzungen: Da hatten wir beim letzten Doppelhaushalt Mittel in die Bezirke verlagert, und die Frage ist: Wie ist das umgesetzt worden?

Der dritte Punkt, zu dem ich auch gern von allen Bezirken eine Stellungnahme hätte: Wir haben vor einigen Jahren hier im Abgeordnetenhaus fraktionsübergreifend beschlossen, dass für uns auch Clubs Kulturorte sind. Ich würde gern von allen Bezirken wissen, welche Maßnahmen, Fortbildungen oder Handlungsanweisungen in den bezirklichen Ämtern zur Umsetzung dieses Beschlusses getroffen worden sind, insbesondere bei den Gewerbeämtern, beim Ordnungsamt, beim Umweltamt und bei Baugenehmigungen und Ähnlichem. Wie sind dort die Mitarbeiter geschult beziehungsweise im Rahmen ihrer Ermessensausübung auf dieses Thema vorbereitet worden, und wie wird das in der Praxis gehandhabt? Dazu hätte ich gern von allen zwölf Bezirken zur zweiten Lesung, also zur Nachschau, eine schriftliche Berichterstattung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Mir geht es um die Honorare der freien Mitarbeiter bezugnehmend auf Seite 4 der Vorlage. Dort wird ausgeführt, dass für Honorarkräfte der Volkshochschulen und Musikschulen in den Bezirken die Anpassung der Entgelte zu finanzieren und vorzusehen ist. Mich würde interessieren, erstens, dass wir einen Bericht aus allen Bezirken bekommen, inwieweit das in den Bezirken so umgesetzt worden ist, und vorab würde mich eine Einschätzung der Senatsfinanzverwaltung interessieren – wir haben gehört, dass es in mehreren Bezirken durchaus kritische Diskussionen über dieses Thema gab –, ob Sie das auch so sehen, oder ob Sie sagen, dass aus Sicht der Finanzverwaltung dieses Thema zurzeit gut abgebildet wurde.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann teile ich zum Verfahren wird, dass Fragen zum Einzelplan 27 bis Freitag, 14 Uhr, eingereicht werden können. Diese sollten vom Senat in Zusammenarbeit mit den Bezirken schriftlich rechtzeitig zur Beratung der Bezirkshaushaltspläne im Unterausschuss Bezirke am 27. November beantwortet werden. Das heißt, die sind dann bis zum 20. November 2023 dem Hauptausschuss möglichst als Sammelvorlage zuzuleiten. – Zu den hier aufgeworfenen Fragen haben Sie das Wort, Herr Staatssekretär, bitte schön!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Wir werden den großen Themenkomplex hinsichtlich der Rücklagen in den Bezirken noch einmal schriftlich beantworten und dort auch Ihre beiden Fragenkomplexe mit dazu nehmen, aber, weil Sie so schön das Motto „in guten wie in schlechten Zeiten“ angesprochen haben: Das gilt sowohl für das Land insgesamt, für die Senatsverwaltung, genauso wie für die Bezirke. Wir haben auf Landesebene unsere Rücklagen auflösen müssen, um diesen Doppelhaushalt 2024/2025 zu stemmen. Wir haben das System der Ergebnisrücklagen in den Bezirken, und wenn wir uns das Ergebnis dort von insgesamt 114 Millionen Euro angucken, bedeutet das natürlich viel Handlungsspielraum, Flexibilität, auch Pauschale Minderausgaben aufzulösen und dergleichen für die Bezirke. Insofern

muss man das zweidimensional sehen und nicht nur auf das Land gucken, sondern auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, die die Bezirke ohnehin haben.

Hinsichtlich der einzelnen Positionen zu den Rücklagen, die schon vor 2022, 2023 bestanden, werden wir das in einem Bericht aufführen.

Hinsichtlich der Honorarfrage von Ihnen werden wir unsere Einschätzung in dem Bericht noch einmal bestätigen. Das kann ich hier an der Stelle nicht tun.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann komme ich jetzt zur Anhörung an sich. Ich rufe die Bezirke einzeln auf. Wir haben dann eine Fraktionsfragerunde, die abgefragt wird, und dann haben die Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen die Möglichkeit, ihre Sicht auf den Doppelhaushalt 2024/2025 darzustellen. Wir beginnen diesmal außerhalb der Reihenfolge mit dem Bezirk Neukölln. Hintergrund ist die Erkrankung eines Kindes des Herrn Bezirksbürgermeisters. Ich denke, hier besteht Einvernehmen, dass wir so verfahren.

08 – Neukölln

Dann bitte ich den Bezirk Neukölln und Herrn Bezirksbürgermeister Hikel nach vorn auf die Senatsbank, heute Bezirksbank! Wir beginnen mit der Fraktionsrunde und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und ich frage, ob die Fraktion Fragen hat. – Das ist nicht der Fall. Doch! – Bitte schön, Herr Ziller!

Stefan Ziller (GRÜNE): Ich dachte, wir machen es nach Stärke der Fraktionen, aber egal. Ich kann mal loslegen. – Eine Frage, die im Vorfeld durch die Presseberichterstattung auf der Hand liegt: Wie steht es um die Gesamtfinanzlage Neuköllns? Bleiben nach dem Nacharbeiten des Senats noch Baustellen übrig? Wie schätzen Sie die nächsten zwei Haushaltsjahre ein? Rechnen Sie mit Haushaltssperren? Was für eine PMA haben Sie drin, beziehungsweise rechnen Sie damit, dass Sie die am Ende auflösen können? – Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage: Wir würden uns über Hinweise zu Verfahren zu Stellenbesetzungen freuen. Wie sieht es da in Neukölln aus? Gelingt es Ihnen noch, Stellen zu besetzen?

Die dritte Frage: Klimaschutz, BEK. Wie läuft das bei Ihnen im Bezirk? Gelingt es Ihnen, Mittel für Neukölln für die Weiterentwicklung von Klimaschutz zu akquirieren? Wie haben Sie das auf Ihrer Agenda?

Als letzte Frage: Sie haben als Bezirk auch Zuwendungsempfangende, und es gibt von Landesebene diesen Tarifmittelrechner und die Umwege, um die tarifgerechte Bezahlung von Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern sicherzustellen. Wie läuft das bei Ihnen im Bezirk, bei Ihren Zuwendungsstellen, und sind Ihnen gegebenenfalls Zuwendungsträger oder -empfänger bekannt, wo Anträge abgelehnt werden, wenn Träger sagen: Wir wollen nach TV-L bezahlen, aber wir kriegen es als Bezirk nicht refinanziert? – Es würde uns freuen, wenn Sie uns dazu ein paar Worte sagen könnten. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Für die Fraktion der CDU Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Ich habe noch eine kurze Frage. Es gab ja wohl bisher im Bezirk Neukölln ein Projekt, wo man auch Sicherheitspersonal an bestimmten Schulen hatte, um zu kontrollieren, dass schulfremde Personen nicht in die Schulen kommen. Ist es möglich, dass das weiter finanziert wird, oder ist das jetzt nicht mehr möglich? Welche Voraussetzungen wären gegebenenfalls zu schaffen, damit das möglich ist? Es scheint ja in Neukölln, wie ich finde, in begründeter Weise, richtig gewesen zu sein, dass man das da gemacht hat. Mich würde die Einschätzung des Bezirks dazu interessieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Für die Fraktion der Linken, Frau Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Ich würde die Gelegenheit nutzen, die Fragen loszuwerden, die wir an jeden der zwölf Bezirke haben, jenseits der konkreten Fragen, die wir dann bei den Bezirken jeweils aufrufen. Ein Großteil davon wird sicherlich bis zur Nachschau der Bezirke am 27. November schriftlich beantwortet werden müssen, wie Sie es gerade vorgetragen haben, Herr Vorsitzender. Es wäre aber schön, wenn wir zu einem Teil heute schon ins Gespräch miteinander kommen könnten.

Vor allem interessiert mich natürlich – darum haben wir diese Anhörung der Bezirke ja mal gestartet –, welche schönen Dinge es bei der Beratung gab, also: Was ist bei der Beratung der Bezirkshaushaltspläne gut, was ist schlecht gelaufen? Gibt es innovative Ideen für Lösungen? Wo bleiben Dinge offen? – Das kann sicherlich jeder oder jede noch mal spezifisch aus der Sicht seines oder ihres Bezirks darstellen.

Zum Thema der Pauschalen Minderausgaben hat Herr Ziller schon gefragt. Vielleicht können Sie uns heute hier aber schon eine Zahl sagen, wie hoch die jetzt noch eingestellten Pauschalen Minderausgaben für die beiden Jahre sind. Es gab vor der Sommerpause den Brief aller zwölf Bezirksbürgermeister mit dem dringenden Hilferuf nach einer Erhöhung der Globalsummenzuweisung. Das ist in Höhe von 100 Millionen Euro geschehen. Die Summe, die die Bezirke damals gefordert haben, war eine andere. Deshalb meine Frage an der Stelle: Welche Projekte, welche Leistungen können aufgrund der Differenz, die zwischen dem Brief und der Nachjustierung geblieben ist, nicht geleistet beziehungsweise nicht finanziert werden?

Zur Schulreinigung und zur Tagesreinigung werden wir schriftlich eine Bitte einreichen, weil wir dort gern noch mal das Ist 2022, die Ansätze für 2023, das gegenwärtige Ist sowie die Ansätze für 2024 und 2025 hätten.

Zur IT an Schulen wollen wir natürlich wissen, wie weit der Ausbau der IT an den Schulen in den Bezirken ist. Da geht es tatsächlich um den Anschluss bis zum Gebäude, um die Gebäudeverkabelung sowie die WLAN-Anschlüsse im Gebäude.

Das Thema Stellenbesetzungen ist auch schon angesprochen worden. Wir haben natürlich ein Interesse daran, wie hoch die Zahl der unbesetzten Stellen ist und welche Bereiche und Tätigkeiten davon insbesondere betroffen sind. Dazu würden wir auch gern erfahren, wie hoch die durchschnittliche Dauer der Stellenbesetzungsverfahren ist. Gibt es Stellen, die mehrfach ausgeschrieben werden müssen? Wenn ja: Welchen Bereich betrifft das insbesondere? Welche Maßnahmen ergreifen die Bezirke zur Ausbildung und Personalgewinnung? Welche Mittel haben Sie dafür in den Bezirken jeweils eingestellt? Da ist ja über den Wissenstransfer in der

Nachjustierung auch noch mal Geld in die Globalsummen geflossen. Was ist davon tatsächlich bei Ihnen eingestellt worden? Wie lange dauert es gegenwärtig durchschnittlich, um einen Termin im Bürgeramt in Ihrem Bezirk zu bekommen?

Ich möchte natürlich auch wissen, wie die gesetzlichen Vorgaben des Jugendfördergesetzes bei der Aufstellung der bezirklichen Haushalte berücksichtigt wurden. Dazu auch bitte den konkreten Umfang benennen! In welcher Höhe sind die Mittel für die weiteren Tarifanpassungen bei Zuwendungsempfängern in den bezirklichen Haushalten eingestellt? Wie schätzen Sie es ein, ob diese Mittel auch tatsächlich ausreichend sind, weil wir im nächsten Jahr erhebliche Anpassungen zu erwarten haben?

Wir würden gern wissen wollen, in welcher Höhe Mittel für die Umsetzung des Masterplans Obdachlosigkeit eingestellt worden sind. Können alle bisherigen Projekte fortgeführt werden?

Welche Projekte der unmittelbaren Bürgerbeteiligung hat der jeweilige Bezirk geplant? Welche Mittel sind hierfür eingestellt?

Fragen wollen wir auch zur Umsetzung des Mobilitätsgesetzes in den Bereichen Fußverkehr sowie Radverkehr. Auch hier die Frage, inwiefern die Planungsleistungen über das Personal in den Bezirken abgedeckt werden können und wie viel Geld dafür jeweils eingestellt ist. Wir wissen, dass das „Netzwerk der Wärme“ dazu geführt hat, dass gute Projekte in den Bezirken aufgebaut worden sind. Hier interessiert es uns, welche Projekte sich davon bewährt haben und ob der Bezirk es schafft, auch Projekte in 2024 und 2025 fortzuführen.

Der Integrationsfonds hat in den letzten Wochen eine wichtige Rolle gespielt. Ich glaube, alle von uns haben viele Briefe erreicht, die sich dafür einsetzen, dass die Initiativen und Projekte, die bisher über den Integrationsfonds finanziert worden sind, fortgesetzt werden können. Deshalb die Frage von uns: In welcher Höhe ist der Bezirk jeweils von den Kürzungen des Integrationsfonds betroffen? Welche Projekte und Leistungen können hierfür nicht fortgeführt werden?

Ein wichtiges und immer wieder sehr brisantes Thema sind die Musikschullehrkräfte an den kommunalen Musikschulen. Hinzu kommt jetzt das Urteil des BSG zur Festanstellung in Musikschulen, das perspektivisch auch die Volkshochschulen betrifft. Deshalb die Frage: Wie erreichen Sie die Honoraranpassung für die Lehrkräfte an den kommunalen Musikschulen? Werden bei Ihnen dadurch Leistungen eingeschränkt oder Entgelte angehoben?

Eine sicherlich schnell zu beantwortende Frage: In welcher Höhe sind im Bereich der Bezirksbürgermeisterinnen oder Bezirksbürgermeister Verfügungsmittel eingestellt?

Last but not least die Frage zum KiA-Programm in den Bezirken: Welche Projekte und Leistungen wurden und werden von dem Bezirk im Rahmen des KiA-Programms durchgeführt? In welcher Höhe werden die Mittel hierfür ausgegeben?

Das sind erst mal Fragen, die mich insgesamt interessieren. Dann kommen sicherlich noch die kleineren Dinge zu den konkreten Bezirken, aber zu Neukölln ist ja schon einiges angesprochen worden, also will ich Sie gar nicht über Gebühr strapazieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Ich habe den Eindruck, dass manche Fragen nach einer schriftlichen Beantwortung rufen, aber das müssen die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister selber entscheiden. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion der Kollege Schneider das Wort. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD): Unabhängig von der eigenen Entscheidung der Kolleginnen und Kollegen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, zum Verfahren: Das war ja jetzt eine große Palette von Fragen, die, wenn ich das richtig verstanden habe, die Linksfraktion an alle Bezirke stellen will. Schon allein hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Antworten möchte ich die Fragen dann auch alle schriftlich beantwortet haben und darum bitten, das bei den mündlichen Antworten zu berücksichtigen. Kein Bezirk soll jetzt glauben, weil er zur Frage 27 hier mündlich vorgetragen hat, dass ich es nicht noch mal lesen will. Es besteht jetzt ein echtes Vergleichsinteresse, ein Evaluationsinteresse. Insoweit schließe ich mich den Fragen an.

Zweitens möchte ich wissen – als einzige Frage –, welcher Bezirk in welcher Höhe Pauschale Minderausgaben in die Hauptgruppe 4 aufgelöst hat, also ins Personal.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Für die AfD-Fraktion, Herr Kollege Wiedenhaupt!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Zunächst auch zum Thema Pauschale Minderausgaben. Herr Bezirksbürgermeister, wir haben sehen können, dass Sie eine sehr hohe Pauschale Minderausgabe eingestellt haben. Im Vergleich, haben wir uns angeschaut, war der Bezirk nicht mal in der Lage, im Jahr 2023 3,2 Millionen Euro PMA zu erbringen. Insofern haben wir die Frage, wie Sie es sich vorstellen, dass Sie im Gegensatz zur Praxis dieses Jahres in Zukunft diese enorm hohen Pauschalen Minderausgaben erbringen wollen.

Das zweite Thema ist die Schulsicherheit. Für den Wachschutz haben Sie etwa 650 000 Euro an den Neuköllner Schulen benötigt, jetzt eingestellt sind 130 000 Euro je Haushaltsjahr. Das ist deutlich weniger. Wir sehen nicht, dass die Situation einfacher geworden ist, eher schwieriger oder gefährlicher. Insofern die Frage, wie Sie sich vorstellen, dass dieser Wachschutz mit dem wenigen Geld effektiv gewährleistet werden kann.

Zum Thema Parkraumbewirtschaftung: 98 neue Stellen sind vorgesehen. In der Tat ist es ja so, dass die wirtschaftlichen Einnahmen in diesem Bereich vor allem dadurch erwirtschaftet werden, dass Strafzettel auf der Straße ausgestellt werden. Nun würde ich mir aber gerne mal von Ihnen mündlich anhören, ob Sie nicht das Problem sehen, dass dort Mitarbeiter, die auf der Sonnenallee unterwegs sind und Parkzettel verteilen, einer gefährlichen Situation ausgeliefert sein könnten, und wie der Bezirk Vorsorge trifft, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort geschützt sind.

Eine letzte Frage: Wir hören aus allen Bezirken und Kommunen in Deutschland, dass die Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende immer schwieriger werden. Insofern die Frage an Sie im Bezirk: An welchen Stellen planen Sie konkret neue Flüchtlingsunterkünfte, seien es modulare Unterkünfte oder andere Unterbringungsmöglichkeiten? – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann zur Beantwortung, bitte, Herr Bezirksbürgermeister Hikel!

Bezirksbürgermeister Martin Hikel (BA Neukölln): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich auch noch mal dafür bedanken, dass ich hier die Gelegenheit bekomme, aufgrund der familiären Situation ausnahmsweise zuerst sprechen zu können. Ich freue mich, dass das Abgeordnetenhaus auch familienfreundlich ist. Meinen herzlichen Dank dafür!

Ich glaube, viele Fragen werden zum Teil schriftlich beantwortet. Ich möchte mal versuchen, einen kleinen Rundumschlag zu machen und dabei Ihre Fragen, soweit es aktuell möglich ist, zu beantworten. Wahrscheinlich ist es recht sinnvoll, die Genese der Bezirkshaushaltspläne ein bisschen zu umreißen, denn es war auch eine Frage, wie sich das Verfahren dargestellt hat.

Mit der ersten Globalsummenzuweisung haben wir in Anbetracht dessen, was die Bedarfe und das Fortschreiben des Status quo bedeuten, festgestellt, dass der Ausfinanzierung des Bezirkshaushalts insgesamt rund 22 Millionen Euro gefehlt haben, die also faktisch nicht zur Verfügung standen. Infolgedessen hat sich das Bezirksamt sehr wohl darüber Gedanken gemacht, wie wir damit im Rahmen der Eckwertebildung umgehen, die durchaus ein realer Prozess ist, weil natürlich die Mittel, die erst mal zugewiesen werden, real auf die Ämter im Grundsatz verteilt werden müssen. In dem Zuge hatte sich das Bezirksamt darauf geeinigt, eine verhältnismäßig hohe Pauschale Minderausgabe zu veranschlagen, die erst mal auf keine Hauptgruppe oder irgendein Kapitel umgelegt wird, sondern die erst mal nur pauschal im Haushalt global drinsteht und die dann normalerweise im Laufe des Haushaltsjahres aufgelöst werden sollte. Das waren rund 9 Millionen Euro, die drinstanden, plus darüber hinaus die Differenz, die über konkrete Einsparungen im Rahmen der Eckwertebildung konkret erbracht werden müssen.

Im Ursprung hatte das eine verhältnismäßig wahrscheinlich hohe Einsparung im Personalbereich bedeutet und rund drei Komma und ein paar Zerquetschte Millionen Euro, die an konkreten Sachprojekten, die das Bezirksamt bisher durchgeführt hat, so nicht fortgeführt werden können. Ich glaube, infolgedessen haben Sie all die Diskussionen in der Öffentlichkeit verstanden und mitbekommen, was diese konkreten Projekte bedeutet haben. Das waren die Fragen von Suchthilfe, Obdachlosenhilfe, Wachschutz und so weiter. Sie haben in dem Rahmen auch mitbekommen, dass es den gemeinsamen Brief der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister gegeben hat, der auf die Aussicht der Bezirke auf zu geringe Zuweisungen an die Bezirke aufmerksam gemacht hat und was das für die Bezirke bedeutet.

Ein wichtiges Stichwort war die Inflation, die bei uns sehr stark durchschlägt, gerade im Energiebereich. Hier sei noch einmal darauf auf die aktuellen Zahlen beispielsweise bei den Abschlägen, die im Gasbereich gezahlt werden müssen, hingewiesen. Hier haben wir momentan Preissteigerungen, die ja zentral vom Land verhandelt werden, von einem Arbeitspreis von rund 2,2 Cent pro Kilowattstunde auf gut 19 Cent pro Kilowattstunde. Das bedeutet eine Steigerung der Energiekosten um knapp 1 000 Prozent, die wir aktuell stemmen und die wir faktisch auch für das nächste Jahr einplanen müssen. Das sind Dinge, die wir versucht haben, in der Fortschreibung zu prognostizieren, die wir jetzt aber erst real bekommen, die uns sicherlich auch im laufenden Haushaltsjahr im Abschluss dann vor Herausforderungen stellen könnten. Das möchte ich hier schon mal angemerkt haben. Das ist nur ein Ausschnitt, der

dazu führte, dass wir feststellten, dass die Zuweisung nicht dem entspricht, was wir tatsächlich brauchen.

Ich muss Ihnen nicht sagen, dass die Energiekosten auch bei den Dienstleistungsempfängern der Bezirke anfallen: Benzin muss bezahlt werden, wenn Transporte im Auftrag des Bezirks gemacht werden, Reinigungsleistungen, Firmen haben Infrastrukturkosten, die strukturell höher gehen und so weiter. All das war aus unserer Sicht nicht berücksichtigt, und das haben wir transparent gemacht. Wir sind darum beispielsweise zu diesen Punkten mit der Senatsfinanzverwaltung ins Gespräch gekommen und haben einen entsprechenden ersten wichtigen Schritt bekommen.

Um darauf zurückzukommen, dass wir im Ursprung ein Defizit von rund 22 Millionen Euro im Haushalt hatten, wo ich gerade versucht habe, Ihnen zu skizzieren, wie wir aufgelöst hätten: Wir haben nach der ersten Fortschreibung die besagten zweimal 100 Millionen Euro bekommen, wovon 60 Millionen Euro pro Jahr pauschal an die Bezirke gegangen sind und die restlichen 40 Millionen Euro zweckgebunden waren, zum Beispiel für die freiwilligen sozialen Leistungen. Infolgedessen war das Bezirksamt Neukölln in der Lage, zumindest auf dem Papier zu sagen, dass die Kürzungen, die das Bezirksamt im Rahmen der Eckwertebildung für Projekte, wie Suchthilfe, Obdachlosenhilfe, hätte machen müssen – diese Liste, wo auch der Rixdorfer Weihnachtsmarkt aufgetaucht ist, der offenbar in der Öffentlichkeit für große Diskussionen gesorgt hat – nicht mehr vorgenommen werden müssen, sondern die Projekte dem Grunde nach erst mal wieder stattfinden können. Ich sage hier aber ganz bewusst „in der Theorie“, weil trotz alledem noch eine Pauschale Minderausgabe von rund 9,7 Millionen Euro bei uns im Bezirk im Haushalt steht, die nach unserem Bezirksamtsbeschluss ursprünglich bei 9,3 Millionen Euro lag. Die BVV hat noch mal ein paar Projekte, unter anderem den Wachschutz, reingeschrieben, was am Ende zu einer Erhöhung der PMA auf 9,7 Millionen Euro führte.

Diese 9,7 Millionen Euro sind knapp an der 1-Prozent-Grenze des Gesamthaushalts, das heißt, wir sind noch in einem verfassungskonformen Bereich. Ein Aspekt, auf den wir hingewiesen haben, ist aber die fehlende Steuerbarkeit der Bezirke, um dieses 1 Prozent tatsächlich auch zu erbringen. Da ist es sehr richtig, dass die Steuerbarkeit und die Mittel, die steuerbar sind, von Bezirk zu Bezirk variieren. Im Bezirk Neukölln sind es für die Transferausgaben, sowohl T- als auch Z-Teil, summa summarum knapp 75 Prozent, die davon betroffen sind, die also nicht steuerbar sind, weil sie entweder durch Planmengen negativ und positiv basiskorrigiert werden und auch zu erbringen sind. Der Z-Teil sind 31 Prozent, und die Transferausgaben, der T-Teil, sind 42 Prozent. Das heißt, die sind dem Grunde nach nicht steuerbar. Der größte steuerbare Teil des Bezirks sind 13 Prozent Personalausgaben, die das Gesamtvolumen ausmachen, mit denen wir agieren können. Dazu kommen noch ein paar kalkulatorische Kosten. Die hypothetischen Mietkosten der bezirklichen Liegenschaften, die wir an das Land abgeben, sind rund 4 Prozent. Das ist aber auch nur bedingt steuerbar. Ich komme gleich dazu, wie wir gedenken, mit der PMA umzugehen, weil es die Frage gab, wie wir das Ganze auflösen. – Das vielleicht zur aktuellen Situation.

Aufgrund der fehlenden Steuerbarkeit haben wir im Bezirksamt miteinander verabredet, dass wir die bereits bestehende Haushaltssperre, die wir aktuell verhängt haben, die nicht nur das Personal, sondern auch sämtliche Sachausgaben betrifft, natürlich ständig evaluieren und gu-

cken, dass wir die Prognosen, die den Jahresabschluss betreffen, dann immer wieder anpassen. Momentan sind wir im Bereich Personal noch nicht dran.

Ich möchte aber dazu sagen, dass die – ich wiederhole es noch mal – bezirkliche mangelnde Steuerbarkeit der Haushaltsausgaben aufgrund des hohen Anteils der Transferausgaben dazu führen wird, dass wir sehr wohl auch in den Volumina in den Bereichen des Haushalts, also der Hauptgruppe 4, im nächsten Jahr ansetzen müssten, sofern die PMA so hoch bleibt, weil wir da am meisten steuern können. Das ist etwas, worüber wir im Bezirksamt miteinander beraten werden, was aber sicherlich eine Option wäre.

Wir haben es natürlich auch im Blick, wie unsere Kosten- und Leistungsrechnung und die Medianbudgetierung sind. Die Medianbudgetierung ist im Bezirk Neukölln verhältnismäßig schlecht und negativ im Bereich der Bereitstellung von Schulplätzen und Jugendarbeit. Das wiederum bedeutet, dass wir im Grunde genommen, um eine vernünftige Zuweisung in 2026/2027 sicherstellen zu können, in diesem Politikfeld im Wesentlichen dann besonders sparen müssten. Das wiederum würde bedeuten, dass wir prüfen müssten, wie wir zum Beispiel die Bereitstellung von Schulplätzen günstiger machen können, was, wie Sie wissen, nur bedingt steuerbar wäre. Wenn wir steuern würden, dann wäre es sicherlich das Wegnehmen von Flächen in Schulen oder unter Umständen auch das gezielte Einsparen von Personal in diesen Ämtern und assoziierten Ämtern, weil das Schulamt selbst nicht die Flächen bereitstellt, sondern das machen meistens die verbundenen Serviceeinheiten, Facility Management, Hochbau. Aber das sind Dinge, die jetzt nicht final sind, sondern das sind Überlegungen, wenn das so bliebe und wenn wir in der Logik bleiben, über die wir dann hier miteinander beraten werden müssen, wenn wir dieser Logik der Medianbudgetierung folgen würden. Ich möchte hinzufügen, dass ich das politisch für nicht richtig halte, sondern für kontraproduktiv, aber ich glaube, das haben wir an vielen anderen Stellen bereits gesagt.

Sie hatten noch die Frage nach den Stellenbesetzungen und der Zeit. Aktuell brauchen wir für eine Stellenbesetzung von der Ausschreibung bis zur Zusage und der Besetzung – die Besetzung hängt immer davon ab, wie künftige Kolleginnen und Kollegen bereits in Arbeitsverhältnisse eingebunden sind – momentan drei Monate. Wir haben aktuell eine Stellenbesetzungsquote von 91 Prozent. Wir hatten im letzten Jahr eine Ausschöpfung unserer Personalmittel von nahezu 100 Prozent. Wir hatten rund 120 Millionen Euro eingestellt, und wir hatten 360 000 Euro, die stehengeblieben sind, also Mittel, die wir nicht verausgaben konnten. Das heißt, hier stellt sich auch noch mal dar, dass wir auf der einen Seite Stellen haben, dass wir aber nicht immer zwingend die Finanzmittel dafür haben, weil logischerweise nicht alle Stellen ausfinanziert sind, damit wir einen auskömmlichen Haushalt aufstellen können. Das bedeutet, wir haben die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, ausgeschöpft, wir haben damit logischerweise aber nicht alle Stellen besetzen können, weil das schlichtweg nicht möglich wäre, um alle anderen Aufgaben mit erfüllen zu können und im Bezirksamt Verpflichtungen möglich zu machen.

Zur Frage nach dem Klimaschutz und den BEK-Mitteln: Wir als Bezirk haben uns sehr erfolgreich mit dem Projekt „Klimaresiliente Hasenheide“ beworben, wo wir 5 Millionen Euro in die Überarbeitung der Hasenheide mit einer Botanik investieren, die vielleicht die neuen klimatischen Verhältnisse aushält. Wir haben festgestellt, dass rund 10 Prozent des Baumbestands in der Hasenheide faktisch tot sind und mehr oder weniger mittelfristig eine Gefahr der Verkehrssicherheit darstellen können. Das heißt nicht nur, dass es unter Umständen dadurch

zu Verkehrssicherheitsproblemen kommt, sondern auch, dass die Hasenheide als Naherholungsort ihren Charakter verlieren würde. Dementsprechend versuchen wir, mit den BEK-Mitteln dagegen zu steuern, damit wir eine zukunftsträchtige neue Fauna und Flora dort hinbekommen. Mal gucken, ob es funktioniert. Wir wünschen uns das sehr.

Uns ist nicht bekannt, dass bei uns für Zuwendungsempfänger bisher irgendwelche Einschränkungen gewesen sind. Das heißt aber nicht, dass sich eventuell im Laufe der Zeit, wenn wir nachfragen, etwas auftut. Aber aktuell ist nichts bekannt.

Zur Frage, ob der Wachschutz möglich oder nicht möglich ist, möchte ich hinzufügen, um die beiden Fragen gemeinsam zu beantworten: Theoretisch ja, weil die Bezirksverordnetenversammlung uns 130 000 Euro in den Haushalt geschrieben hat. Faktisch aufgrund der hohen Pauschalen Minderausgabe sehe ich das nicht, weil das keine Pflichtleistung ist, die wir als Bezirk erbringen müssen und die darum sicherlich erst freigegeben wird, wenn wir eine Pauschale Minderausgabe nahe von 1 Prozent haben und wir die irgendwie auflösen müssen. Dementsprechend ist es nur eine Absichtserklärung, die die BVV in den Haushaltsplan geschrieben hat, die allerdings faktisch nicht mit Geld unterlegt ist, weil wir als BA entscheiden müssen, welche Aufgaben und Leistungen wir mit 9,7 Millionen Euro als Pauschale Minderausgabe noch machen können und welche nicht. Der Wachschutz hat dann nicht die höchste Priorität, weil wir den gesetzlichen Pflichtaufgaben nachkommen müssen. Damit kommen wir auf den T- und Z-Teil zurück, den wir erfüllen müssen, plus laufende Verträge, was Personal und Ähnliches betrifft. Dementsprechend sehe ich dort momentan keine Möglichkeiten, das in irgendeiner Weise mit umzusetzen.

Ich möchte auch noch hinzufügen, dass die Pauschale Minderausgabe über vielen Ausgabekapiteln und Titeln schwebt und dementsprechend auch ergänzende Leistungen, die das Abgeordnetenhaus beispielsweise zur Verfügung stellt, vom Bezirk nur bedingt genutzt werden können, wenn die Titel bisher nicht ausgeschöpft sind. Das bedeutet, wenn etwas Schönes geplant ist, dann wird es haushaltsrechtlich nach LAO nicht zwingend und unter dem Haushaltsgesetz in irgendeiner Weise möglich, dass wir die Mittel tatsächlich abrufen können, weil wir erst mal unsere eigenen Titel ausschöpfen müssen. Wenn das nicht möglich ist, weil sie aufgrund der PMA gesperrt sind, dann müssten wir, wenn das Abgeordnetenhaus sagt: Es gibt 100 Millionen Euro für Wachschutz, bitte nutzt das! –, erst mal die Mittel für den bestehenden Wachschutz ausnutzen. Wenn die allerdings gesperrt sind, dann werden sie nicht ausgeschöpft. Dementsprechend können wir zusätzliche Mittel für solche Programme nicht nutzen. Das ist auch ein Problem, vor dem die Bezirke stehen, die sich eine hohe Pauschale Minderausgabe für das Sicherstellen eines verfassungskonformen Haushalts in den Haushalt schreiben mussten.

Ich glaube, zur Frage, was gut und was nicht so gut lief, habe ich Ihnen damit hoffentlich hinreichend einen Eindruck gegeben. Zu den Fragen nach dem Wachschutz habe ich auch hoffentlich ausreichend Stellung genommen. Die Baustellen im Rahmen der PMA habe ich Ihnen hoffentlich auch dargestellt. Dass die PMA im Moment noch nicht aufgelöst ist, ist, glaube ich, klar, könnte sicherlich aber über die Hauptgruppe 4 abgebildet werden, sicherlich auch über andere Bereiche.

Zur Frage nach dem Wissenstransfer: Den beantragen wir normalerweise individuell. Wenn eine Stelle frei wird, und wir rechtzeitig wissen, dass die Stelle frei wird, dann können wir bei

der Finanzverwaltung entsprechende Transfermittel beantragen. Die bekommen wir in der Regel auch bewilligt. Mir ist zumindest kein Fall bekannt, wo das nicht geklappt hat, insofern ist das ein sehr gut funktionierendes System. Dementsprechend kann ich nichts anderes dazu sagen.

Zur Frage, was sich vom „Netzwerk der Wärme“ bewährt hat und was wir fortführen können: Das steht wohlbemerkt unter dem Vorbehalt der Pauschalen Minderausgabe, denn wenn wir Projekte haben, die sich als gut erwiesen haben, fehlen aktuell, dem Bezirk Neukölln zumindest, die Mittel, um diese im nächsten Jahr fortzusetzen. Das heißt, auch da ist der Vorbehalt der Pauschalen Minderausgabe maßgebend.

Zu sonstigen Fragen, Frau Schmidt, würde ich Sie bitten, dass wir das dann schriftlich beantworten. Ich kann Ihnen das, was ich jetzt aus dem Hut habe, mitgeben. Ich habe keine Verfügungsmittel, kann ich Ihnen sagen. Das war auch eine Frage. Die sind bei null im Bereich BZBM.

Zum Thema Parkraumbewirtschaftung, ob es gefährlich auf der Sonnenallee ist: Die Kolleginnen und Kollegen vom Ordnungsamt machen auch so ihren Job ganz normal auf der Sonnenallee und sind entsprechend geschult, um in Konfliktsituationen deeskalierend zu arbeiten. Das werden die Kolleginnen und Kollegen von der Parkraumbewirtschaftung auch tun, die sind ja in einem Amt mit dem Ordnungsamt. Insofern wird es dazu eine kollegiale gemeinsame Beratung und eine gegenseitige Unterstützung geben.

Unterkünfte plant nicht der Bezirk, sondern das ist eine zentrale Aufgabe des Landes Berlin, auch die Belegung findet über das Land Berlin statt. Insofern ist das eine Frage, die ich Ihnen so jetzt nicht beantworten kann. Ich kann Ihnen lediglich sagen, dass wir als Bezirk regelmäßig beteiligt sind, wenn neue Unterkünfte geplant werden oder in Aussicht stehen und geprüft werden und wir dann Rückmeldung geben können, wie das funktionieren kann, welche Probleme auftauchen und welche nicht. Wir können auch immer Anregungen geben, wo es noch Möglichkeiten gäbe, aber zugegebenermaßen sind die Möglichkeiten aktuell für die meisten Bezirke, zumindest für den Bezirk Neukölln, relativ begrenzt. Ich hoffe, ich konnte Ihre Fragen einigermaßen beantworten.

Eins kann ich noch hinzufügen – entschuldigen Sie –: die Honoraranpassungen. Zum Thema AV Honorare war die Frage, wie wir damit umgehen. Da wir die Mittel nicht zugewiesen bekommen haben, auch nicht im Rahmen der Fortschreibung, werden wir prüfen, inwiefern wir das Angebot reduzieren oder die Entgelte erhöhen werden, weil die AV Honorare in ihrer Durchführung eindeutig sind, allerdings die Mittel im Sinne des Konnexitätsprinzips nicht zugewiesen worden sind.

Zum Thema Rücklagenüberträge gibt es einen schriftlichen Auftrag. Aber dazu lassen Sie mich vielleicht nur deutlich machen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Rücklagen, die die Bezirke bilden, die in der Regel konkret auf Maßnahmen bezogen sind, in der Regel auf Investitionsmaßnahmen, und eindeutig nachlesbar sind und nicht pauschal dem Bezirk zur Verfügung stehen, und den Jahresüberträgen, die die Bezirke von Jahr zu Jahr mittragen. Lassen Sie mich hinzufügen, dass die Überträge der Bezirke im Jahr 2022 um rund 70 Millionen Euro abgeschmolzen sind. Das bedeutet, die einmalig zur Verfügung stehenden Mittel, die theoretisch frei zur Verfügung stehen, sind also weniger geworden, und das in einem Jahr der vorläufigen Haushaltswirtschaft und der ausgehenden Pandemie, wo Sie davon ausgehen können, dass nicht zusätzliche Lieblingsprojekte der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister oder Stadträtinnen und Stadträte durchgeführt wurden, sondern dass man sich auf das Kerngeschäft fokussiert hat.

Das spricht sehr stark dafür, dass Einmalbeträge für Regelaufgaben herangezogen worden sind, was dann sehr wohl für eine strukturelle Unterfinanzierung der Bezirke spricht. Das wiederum führt, das zeigt sich jetzt im Aufstellen des aktuellen Doppelhaushalts 2024/2025 noch mal dazu – hier noch mal gern der Appell und sicherlich auch im Namen der Kolleginnen und Kolleginnen der deutliche Hinweis –, dass Reduzierungen in den Bezirken immer dazu führen, dass die Leistungsfähigkeit dieser Stadt eingeschränkt wird. Denn dann werden wir nicht in der Lage sein, relevante Stellen zur Leistungserbringung zu besetzen, sei es in den Sozialämtern, sei es in den Bürgerämtern. Dann ist eine schnelle Unterbringung von wohnungslosen Menschen unter Umständen eingeschränkt, wenn keine Menschen dort sind, dann ist es unter Umständen auch schwierig, einen Bürgeramtstermin in 14 Tagen zu bekommen und so weiter. Ich muss Ihnen das nicht erzählen. Denn wir sind faktisch der Motor dieser Stadt. Wenn der Motor nicht läuft, dann kommt man nicht von A nach B, so schön das Fahrzeug auch aussehen mag. Dementsprechend kann ich nur dafür werben, dass dieser Umstand Berücksichtigung in Ihren Beratungen – auch fraktionsintern – findet, und dass auf die Problemlagen, auf die wir hingewiesen haben, Rücksicht genommen wird, auf dass wir weiter schnell arbeiten können, denn ich glaube, das Land Berlin hat einige Herausforderungen. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich habe jetzt drei Wortmeldungen mit sicherlich ganz kurzen konkreten Nachfragen. – Ich beginne mit der Kollegin, Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Erstens: Sie sprachen von zweimal 100 Millionen Euro. Damit waren 100 Millionen Euro pro Jahr gemeint?

Dann zum Thema KLR: Das ist jetzt keine Frage an Sie, aber auch ein Appell an uns selbst. Sie haben es jetzt noch mal am Beispiel der Schulplätze und der Gebäude benannt. Ich würde es gut finden, wenn wir, vielleicht auch an diesem Beispiel, uns mit dem Thema KLR und der Reform von Finanzierungssystematik noch mal im Unterausschuss explizit beschäftigen, vielleicht im zweiten Quartal des nächsten Jahres, wenn die Haushaltsberatungen abgeschlossen sind. Denn ich glaube schon, dass wir an das Thema nachdrücklich und langfristig ranmüssen, um dort Abhilfe zu schaffen und vielleicht auch andere Modelle zu finden. Das ist keine Frage an den Bezirk, sondern ein Appell an uns. Ich gucke mal zu SenFin und sehe da heftiges Nicken. Ich würde mich freuen, wenn wir das vielleicht gemeinsam vorbereiten und im Unterausschuss qualifiziert auf den Weg bringen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Herr Rauchfuß, bitte!

Lars Rauchfuß (SPD): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hätte eine Detailfrage zu den Bürgerämtern. In einem der Briefe, die Sie uns ganz gern regelmäßig schicken, wurde als Beschwernis vorgetragen, dass das bisherige Planmengenverfahren diejenigen Bezirke bei den Bürgerämtern benachteiligt, die überproportional viele Termine anbieten. Diese Problematik haben wir mit SenFin im Wege eines Berichts im Vorfeld erörtert, und die Senatsverwaltung schreibt uns, dass bei der Globalsummenberechnung 2024 zum ersten Mal echte Prognosemengen angewandt werden, damit also der Anteil der Ist-Mengen in der Kalkulation auf 75 Prozent steigt.

Frage an Sie: Ist damit Ihr Problem gelöst? Können wir hier konstatieren, dass Land und Bezirke sich einig sind, dass wir hier mal ein Problem aus der Welt geschafft haben, oder haben wir nach wie vor das von Ihnen genannte Problem? – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Herr Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank für das eindrucksvolle Bild! Wir können uns gern die KLR im nächsten Jahr angucken. Aber ich glaube, der Handlungsbedarf, wenn man eine funktionierende Stadt auch in den nächsten zwei Jahren haben will, ist deutlich geworden. Deswegen meine Nachfrage ganz präzise noch mal: Ich habe Sie so verstanden, dass die Debatte hinsichtlich der Haushaltssperre ist, die eher auf die Personaltitel schon in diesem Jahr auszuweiten, als sie zurückzunehmen, und Sie rechnen dann damit, wenn sich an der strukturellen Unterausstattung nichts ändert, dass Sie nächstes Jahr mit einer Haushaltssperre steuern müssen, um diese PMA irgendwie aufzulösen. Oder sehen Sie, wenn sich nichts ändert, einen Weg, das anders zu erbringen? – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann kommt die Kollegin, Frau Klein, noch dazu. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Bezirksbürgermeister! Neukölln zählt ja zu den drei Bezirken, die sich pilothaft auf den Weg gemacht haben, die Schulreinigung zu kommunalisieren. Halten Sie an dem Weg, dem Piloten, noch fest? Haben Sie Interesse, daran weiterzuarbeiten?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Und Herr Kollege Schenk, bitte!

Olaf Schenk (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Bezirksbürgermeister, es wurde vorhin kurz die Parkraumbewirtschaftung angesprochen, und es wurde gesagt, es dauert im Moment drei Monate, bis die Stellen besetzt sind. Mich würde interessieren – es soll ja ab November mit der Parkraumbewirtschaftung losgehen, 14 Stellen in diesem Jahr, und es sind schon Einnahmen von 2,2 Millionen Euro veranschlagt –, ob diese Parkraumbewirtschaftung mit dem Personal pünktlich starten kann. Für diese Parkraumbewirtschaftung sind, wenn ich es richtig gesehen habe, Container vorgesehen, um Umkleide- beziehungsweise Büroflächen für die Mitarbeiter zu schaffen. Meine Frage ist: Gibt es keine weiteren leerstehenden Büroflächen im Bezirksamt Neukölln, wo diese untergebracht werden können?

Die restlichen Fragen würde ich schriftlich nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann zur Beantwortung, bitte, Herr Bezirksbürgermeister!

Bezirksbürgermeister Martin Hikel (BA Neukölln): Ich möchte vielleicht zur Frage KLR nur eins ergänzen: Die KLR ist, glaube ich, aus bezirklicher Sicht gar nicht das Problem. Ich glaube, sie ist ein Mittel, um die Leistungen des Landes Berlin transparent zu quantifizieren und ein Controlling zu machen. Ich glaube, das Problem sind die Medianbudgetierung und die Art und Weise. Ich glaube, darüber wird in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich zu sprechen sein. Das wurde vom Regierenden Bürgermeister ja angekündigt, und das begrüße ich als Bezirksbürgermeister außerordentlich, denn ich glaube, da ist Handlungsbedarf.

Zur Frage des Prognosemodells der Bürgerämter: Es wurde teilkorrigiert. Inwiefern das jetzt positiv wirkt? – Die Befürchtung, dass man viele Termine anbietet und bei einem Maximalbetrag oder einer Planmenge dann gekappt wird, muss jetzt evaluiert werden. Es gab mal 50 Prozent, die im Raum standen, das wurde jetzt auf 25 Prozent gesenkt. Wie dann die Auswirkung auf uns ist, dem möchte ich jetzt nicht vorgreifen, das müssen wir evaluieren. Es ist aber auf jeden Fall ein wichtiger Schritt, dass es angepasst worden ist. Ich möchte vielleicht in dem Zusammenhang durchaus sagen, dass es durchaus ein wichtiger und richtiger Schritt und auch ein wichtiges Signal an die Bezirke gewesen ist, dass die Bezirke noch mal 100 Millionen Euro bekommen haben. Ich habe hier vorhin nicht umsonst noch mal die Botschaft dagelassen, dass alles darüber hinaus dann in Ihren Beratungen stattfindet.

Zur Frage der Schulreinigung, ob wir daran weiter arbeiten möchten: Im Grundsatz, ja. Wir haben uns dazu gemeldet, weil wir es für richtig halten, das zu evaluieren, weil wir tatsächlich ein Problem mit der bisherigen Schulreinigung oder in den Jahren meiner Amtszeit von 2018, 2019 gehabt haben. Das war im Jahr 2020 in Zeiten der Pandemie aufgrund der anderen Herausforderungen und Vorschriften der Hygiene, die wir zu der Zeit hatten, noch mal ein Extrafall. Daran weiter Verbesserungen herbeizuführen, durch welche Modelle auch immer, ob es eine ganz normale Kommunalisierung der Reinigung ist, ob es ein landeseigener Betrieb ist oder ob alles so bleibt, wie es ist, weil es doch günstiger ist, dafür bin ich immer noch offen und halte es für richtig. Denn ich glaube, nichts ist schlimmer, als wenn die regelhaften Unterrichtsräume nicht ordentlich gereinigt werden und die Schulen deswegen keinen vernünftigen Unterricht machen können oder das Gefühl haben, nicht wertgeschätzt zu werden. Insofern ist es schon richtig. Inwiefern wir die Ressourcen allerdings dafür haben, das tatsächlich entsprechend voranzutreiben, vermag ich jetzt nicht zu beurteilen. Es gibt dazu eine Arbeitsgruppe, die unter der Federführung der SenBJF ist, meiner Erinnerung nach, oder das war sie zumindest. Ich gehe davon aus, dass dieser Ball wieder aufgenommen wird. Ich kann aber schlecht für die SenBJF oder die Senatsverwaltung sprechen. Ich kann nur sagen, die Bezirke stehen dem weiterhin zur Verfügung.

Zur Frage der Einführung der Parkraumbewirtschaftung: Wir haben gestern im Bezirksamt über das weitere Fortkommen beraten, was das Einhalten des Termins betrifft. Es gibt offenbar intern einzelne Fragen, die noch zu erörtern sind, wie wir das sicherstellen können und die einen rechtzeitigen Start sicherstellen sollen. Das prüfen wir aktuell. Gerade prüfen wir auch, inwiefern wir leerstehende Räumlichkeiten auch dafür nutzen können, weil die Bedarfe und die Enge in den Büroräumlichkeiten der Bezirke insgesamt verhältnismäßig gering sind. Wir

haben das Privileg, dass wir durch das Zusammenziehen von Organisationseinheiten momentan ein Dienstgebäude, eine angemietete Fläche, zur Verfügung haben, die wir belegen wollen und müssen. Wir sind da momentan in der Prüfung, wer dort sinnvollerweise einzieht, weil wir nach AllARaum entsprechende Rahmenbedingungen haben, an die wir uns halten müssen. Die müssen von den Ämtern nachgewiesen werden, damit wir den Vorgaben des Abgeordnetenhauses gerecht werden. Das kann ich aktuell dazu sagen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister, und wünsche Ihrem Kind im Namen des gesamten Ausschusses gute Besserung!

Wir kommen dann zum nächsten Bezirk.

01 Mitte

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Remlinger und Mitarbeiterin und Mitarbeiter. Wir kommen wieder zur Fraktionsrunde, wobei natürlich die Fragen, die an alle Bezirke gestellt worden sind, jetzt nicht wiederholt werden müssen. Wir beginnen mit der Fraktion Die Grünen, mit dem Kollegen Ziller. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Ich will nicht alle Fragen wiederholen. Genau die eine Frage, die erste, wäre natürlich: Wie sieht die allgemeine Situation aus? Teilen Sie das Bild, das Neukölln gerade gezeichnet hat, von der strukturellen Unterfinanzierung? Wie sieht es bei Ihnen im Bezirk mit den Einnahmevorgaben aus? Sind die erfüllbar? Wie läuft es da?

Ein dritter Punkt, den ich noch mal hervorheben will, weil uns die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger tatsächlich wichtig sind: Funktioniert das aus Ihrer Sicht im Bezirk Mitte, dass Träger da, wo sie Tarif- oder TV-L-Anpassungen beantragen, die über die Mechanismen, die der Senat aufgebaut hat, ausgereicht bekommen, oder gibt es da bei Ihnen Probleme?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann wäre die CDU-Fraktion an der Reihe. – Keine Fragen. Die Fraktion Die Linke hat keine Fragen. Die SPD-Fraktion auch nicht. – Frau Dr. Schmidt von der Linksfraktion, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Sie waren jetzt so schnell, ich hatte noch auf die CDU gewartet. – Ein paar kleinere Fragen habe ich an Mitte, und zwar noch mal zum Thema Anna-Lindh-Schule. Hier haben wir eine Beschlussfassung im Hauptausschuss getroffen, was die Finanzierung betrifft. Mich würde dazu interessieren, wie die Finanzierung ab 2024 laufen soll, wie die Gespräche mit SenFin dazu laufen.

Durch die Presse ist – das würde ich gern noch mal von Ihnen selber wissen – das Thema der Freitreppe am Humboldtforum gegangen. Soll sich der Bezirk an den Kosten für diese Freitreppe beteiligen? Das fände ich dann schon ein bisschen spannend. Aber gut.

Dann zur Beratungsstelle in der Habersaathstraße: Mich würde interessieren, was finanziell und organisatorisch notwendig ist, um dort die Beratungsstelle einzurichten.

Zum Bereich Sozialamt: Es geht ja auch noch mal um die PMA, was da untersetzt ist. Hier geht es speziell darum, welche von den Trägern und dem Sozialamt angemeldeten Aufgaben aktuell im Bereich Soziales nicht finanzierbar sind.

Die letzte Frage bezieht sich auf den Leopoldplatz, Sie hatten sich schon in der „Abendschau" dazu geäußert. Uns würde interessieren, welche Maßnahmen am Leopoldplatz zur Verbesserung der Situation ergriffen werden sollen. Existieren dort schon Ideen und Präventionsprogramme? Was wäre finanziell und organisatorisch erforderlich, um das „Haus der Hilfe" in der Nähe des Leopoldplatzes einzurichten? – So weit zu Mitte.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann für die SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Geisel. – Bitte schön, Herr Kollege!

Andreas Geisel (SPD): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin! Auch noch mal im Zusammenhang mit der Anna-Lindh-Schule würde uns interessieren: Die Argumentation der Finanzverwaltung war ja, dass die Basiskorrektur im vergangenen beziehungsweise im laufenden Haushalt getätigt wurde, weil es ein überraschender Vorgang und insofern nicht planbar war. Für den jetzt kommenden Haushalt ist es aber ein planbarer Vorgang. Allerdings sind 6,5 Millionen Euro aus dem laufenden Bezirkshaushalt auch eher schwierig zu stemmen. Deswegen noch mal die Frage, auch bei der Anfangsdiskussion: Inwieweit sieht der Bezirk Mitte die Möglichkeit, dann auf die bezirkliche Rücklage zuzugreifen und sich ebenfalls zu beteiligen? – Das Abgeordnetenhaus oder die Koalition plant ja für die Aufstellung des neuen Haushalts, die Rücklagen des Landes Berlin aufzulösen. Das wäre dann womöglich ein Vorbildcharakter auch für den Bezirk Mitte. Oder gibt es dort ein anderes Arrangement? Wie laufen die Gespräche mit der Finanzverwaltung dazu? Wie sehen Sie diese Angelegenheit? – Das interessiert uns, weil wir das gegebenenfalls in der Nachschau dann noch mal aufgreifen müssen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann Herr Wiedenhaupt für die AfD-Fraktion. – Bitte schön, Herr Kollege!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Bürgermeisterin, zum Thema Parkraumbewirtschaftung: Sie haben im Ansatz die Einnahmen daraus auf ungefähr 20 Millionen Euro erhöht. Bisher ist der Ist-Wert, glaube ich, bei 7,5 Millionen Euro. Mich würde interessieren, woraus Sie diese optimistische Schätzung nehmen, dass dies so ansteigt. Wir reden ja mit allen Bezirken im Verkehrsbereich darüber, dass Liefer- und Ladeverkehrsflächen eingerichtet werden müssen. Das bedeutet, dass die Fläche der Parkraumbewirtschaftung abnimmt, weil in diesen Bereichen kein Geld erzielt werden kann. Das würde noch mehr dagegen sprechen, dass ein solcher Aufwuchs erreichbar ist. Dazu hätte ich ganz gern Ihre Einschätzung.

Ein zweites Thema sind die Zuschüsse für besondere soziale Zwecke. Da kommt vieles über das Land in – in Anführungsstrichen – Sonderprogrammen, die das Problem haben, dass das personell im Bezirk nicht abgebildet werden kann. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, inwieweit Sie das Problem in den Griff bekommen, beziehungsweise was für Lösungsansätze dafür da sind, welche zeitlichen Perspektiven, dass das personell umgesetzt werden kann. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann zur Beantwortung, bitte, Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte): Danke, Herr Vorsitzender! – Liebe Abgeordnete! Vielen herzlichen Dank für Ihre Fragen! Ich versuche nach bestem Wissen und Gewissen, nichts zu vergessen, was Sie heute mündlich beantwortet haben wollten. Wenn ich eine Ihrer Fragen vergesse, bitte ich, diese noch mal zu wiederholen.

Ich darf vielleicht den Gedanken aufgreifen, mit Schönem zu beginnen. Ich nutze jede Gelegenheit, mich sowohl bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch beim Bezirksamt insgesamt für ausgesprochen konsensuelle, konstruktive Beratungen zu bedanken und auch zu sagen, dass wir angesichts des katastrophalen Zustands des Bezirkshaushalts in der Perspektive besonders froh sind, dass wir eine Bezirksamtsklausur zum Thema der strukturellen Finanzierung unseres Haushalts und möglicher Reformen haben. Diese wollen wir auf Organisationsreformebene angehen. Wir konnten, allerdings explizit nicht entlang der Kameralistik, sondern entlang der KLR, eine Reihe von Themen sehr konsensuell vereinbaren, um, wie wir hoffen, unser strukturelles Defizit zu bekämpfen.

Wir haben nichtsdestotrotz die zulässige PMA von 1 Prozent de facto einstellen müssen. Bei dem sehr großen Haushalt des Bezirks Mitte, der ungefähr 1,2 Milliarden Euro schwer ist, haben wir also 11 Millionen PMA zu erbringen. Die ist im Moment noch nicht auf die Ämter verteilt, sondern zentral. In der zentralen PMA steht im Moment auch das Thema Anna-Lindh-Schule, weil ich sagen darf, dass alle Kolleginnen und Kollegen noch nicht glauben wollen, dass diese Last dem Bezirk tatsächlich aufgeladen wird. Wir haben über diese 11 Millionen Euro hinaus – dazu sage ich gleich gern noch etwas –, die aus meiner Sicht in der Haushaltswirtschaft in einem Bezirk rein technisch nicht erbringbar sind – lieber Herr Ziller, danke für die Frage –, die Einnahmevorgabe für Mitte, die aus unserer Sicht um 7 Millionen Euro zu hoch ist. Wir haben die selbstverständlich gebucht, und deshalb sind manche Buchungen, unter anderem auch bei der Gewinnablieferung Parkraumbewirtschaftung, höher, als realistisch ist, aber wir mussten diese 7 Millionen Euro in den Haushalt eintragen. Wir haben also insgesamt ein Haushaltsrisiko von ungefähr 20 Millionen Euro.

Wir möchten ausdrücklich diese Rücklagendiskussion als eine Mythendiskussion bezeichnen. Wir haben ausschließlich zweckgebundene Rücklagen. Wer die anfassen möchte, müsste sagen: Sollen wir die Lehr- und Lernmittel der Schulen reduzieren? Sollen wir Investitionsausgaben streichen? Oder sollen wir Ausgleichsmaßnahmen im Bereich Klimaschutz bleiben lassen? – Zur konsumtiven Rücklage möchte ich sagen, dass wir ausgesprochen dankbar dafür sind, dass die Senatsverwaltung für Finanzen den Modus, wie damit umgegangen werden kann, geändert hat. Seit diesem Haushalt wäre es möglich, nicht die gesamte konsumtive Ausgabe in den Haushalt zu geben. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, dass das bisher nicht so war, sondern dass immer Ergebnisvorträge, positiv wie negativ, immer aus den Vorjahren in den nächsten Doppelhaushalt veranschlagt werden mussten, veranschlagt worden sind, und entsprechend wurde alles andere Haushaltsgeld dann natürlich ausgegeben und diente dazu, wie Herr Hikel bereits ausgeführt hat, strukturelle Unterfinanzierungen zu stützen.

Für den Bezirk Mitte insgesamt können wir Ihnen gerne die Tabelle aufliefern, wie die jeweiligen Ergebnisvorträge pro Jahr sich geändert haben. Das waren zuletzt 11 Millionen Euro,

die sind vollumfänglich auch in diesem Doppelhaushalt drin und verausgabt, denn ansonsten hätten wir keinen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen können. Es gibt also keine Ergebnisrücklage, keine konsumtive Rücklage, auch wenn immer wieder versucht wird, das zu behaupten. Sonst wäre ich wesentlich entspannter, denn Sie können mir glauben, dass ich Geld suche. Bei diesem Haushaltsrisiko, das wir tragen, suchen wir überall, wo noch ein Pfennig herumliegt. Ich kann auch sagen, dass unsere Verfügungs- und Verstärkungsmittel, die wir haben, pro Jahr noch 310 000 Euro betragen. Das ist zum Auffangen von Risiken nicht sonderlich viel.

Unsere unbesetzten Stellen lagen Stand letzten Monat bei 319, das sind knapp um die 10 Prozent. Alle diese Stellen sind aber auch in Ausschreibungen. Wiederholte Ausschreibungen haben wir insbesondere im technischen Bereich, im Baubereich bei Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieuren und im Bereich der Sozialarbeit. Ich möchte aber auch darauf aufmerksam machen, dass unser Hauptproblem nicht mehr die Personalgewinnung ist, unser Problem ist es, das Personal, das wir haben, zu halten. Der Großteil unserer Personalgewinnungsverfahren ist auch deshalb nicht wissenstransfermäßig groß vorzubereiten, weil wir spontane Abgänge haben, weil andere Ebenen, mit denen wir konkurrieren, sowohl andere Bezirke, aber auch das Land und der Bund – Sie wissen das, wir sind in Berlin – im Moment suchen und uns ständig Leute abwerben – Klammer auf, das Land teilweise mit sehr unfeinen Methoden, Klammer zu –, sodass eine wesentlich größere Zahl der Stellenbesetzungsverfahren fluktuationsbedingte Zahlen sind. Das ist auch für unsere Kosten- und Leistungsrechnung ein Problem, weil wir sehr große Verluste bei Wissensbeständen haben, einen sehr großen Aufwand beim Einarbeiten von Kolleginnen und Kollegen. Falls Sie diese Frage, wie wir strukturell einsparen, interessiert und was der Unterschied zwischen Kameralistik und KLR ist, könnte ich dazu weiter ausführen. Die Zeit unserer Besetzungsverfahren liegt im Moment bei 130 Tagen.

Ich gucke jetzt mal auf Ihre konkreten Fragen. Zu Musikschulen und Volkshochschulen: Wir haben bei der Musikschule eine Gebührenerhöhung vorgenommen, um Mehreinnahmen in Höhe von 125 000 Euro einzunehmen, um im Angebot stabil bleiben zu können. Selbstverständlich haben wir Ihren Beschluss respektiert, und die Gebührenerhöhungen sind nicht aufgrund der Unterzuweisung geschehen, sondern weil wir einen Eckwert gebildet haben und da dieses Defizit für den Musikfachbereich bestand.

Was die Tarifsteigerung bei freien Trägern in den verschiedenen Bereichen angeht – im Bezirk insbesondere im Jugendamt –, haben wir die feste Ansicht, dass aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts die Pflicht besteht, die Leute bei freien Trägern gleich zu bezahlen. Das möchte ich hier explizit zur Debatte stellen, weil diese Tarifsteigerungen für die freien Träger den Bezirken nicht zugewiesen worden sind, was ich für einen der schlimmsten Faktoren halte. Ich darf sagen, dass wir uns in sehr ernsten Gesprächen mit unserem Jugendamt bewusst dafür entschieden haben, die Tarifsteigerungen bei den freien Trägern zu zahlen, das heißt aber, dass wir Einrichtungen schließen werden müssen.

Ich möchte mich ausdrücklich noch mal – das habe ich auch brieflich schon gemacht – beim Hauptausschuss dafür bedanken, dass er uns damals, als gutachterlich deutlich war, dass der alte Standort der Anna-Lindh-Schule an der Guineastraße so verschimmelt war, dass es nicht mehr verantwortbar war, dort noch weiter zu beschulen – – Unser Gesundheitsamt hat den Standort geschlossen, und wir hatten nur wenige Monate, um für die damals größte Grund-

schule Berlins einen Ausweichstandort finden zu sollen. Wir haben den am Saatwinkler Damm zu ausgesprochen vernünftigen Quadratmeterpreisen gefunden. Allerdings ist eine 700 Kinder starke Schule sehr platzbedürftig. Sie können sich vorstellen, dass wir am Markt nicht gerade die große Auswahl hatten. Wir haben diesen Mietvertrag damals hier vorgelegt. Es war absolut klar und stand auch darin, dass wir diesen Mietvertrag überhaupt nur bekommen haben, wenn wir eine mehrjährige Laufzeit, und zwar heißt das konkret bis zum Jahr 2028, abschließen.

Deshalb haben der Bezirk und ich die Zustimmung durch die Senatsverwaltung für Finanzen und den Hauptausschuss damals so verstanden – das stand so auch in der Drucksache –, dass uns die Gesamtsumme als außerplanmäßige Ausgabe anerkannt worden ist. Ich mache seit 17 Jahren Haushalt, abwechselnd im Bezirk und im Land und jetzt wieder im Bezirk, erstmals in exekutiver Position. Ich habe im Traum – im Albtraum – nicht damit gerechnet, dass die These aufgestellt würde, wir könnten das jetzt, nachdem es ja nun vorhersehbar ist, aus dem Haushalt wegdrücken. Ich habe auch mit ehemaligen Staatssekretären gesprochen, und auch die haben gesagt, dass das aus ihrer Sicht ein ganz klarer Tatbestand einer Sonderzuweisung an den Bezirk ist.

Zum aktuellen Stand: Unser Schulstadtrat, Herr Fritz, ist in intensiven Diskussionen mit der Bildungsverwaltung zu der Frage, wie das an dem Standort aussehen kann. Die Schule ist aufgrund des ungünstigen und unsicheren Schulwegs und der weiten Entfernung mittlerweile um über 200 Kinder geschrumpft. Wir planen deshalb – eine Planung, die ich auf der Ebene der Schülerzahlentwicklung durchaus kritisch finde –, die Schule, wenn der Neubau an der Reinickendorfer Straße fertiggestellt wird, dahin zu ziehen und würden dann den Saatwinkler Damm freiziehen. Wir müssen ihn aber weiter bezahlen. Es gibt Verhandlungen mit der Bildungsverwaltung, die dort gern Willkommensklassen reinpacken möchte. Ich darf sagen, dass wir uns einig sind, dass wir das nur zulassen werden, wenn uns die Miete abgenommen wird.

Die Freitreppe am Humboldtforum ist, glaube ich, ein Tatbestand, wo ich mich frage, wie kompliziert das Land noch eine Mikrosteuerung betreiben will. Mein Stand ist, dass wir zuletzt eine Fast-Einigung über die Frage haben, ob Mehrkosten ausgeglichen werden oder ob nur unverhältnismäßige Sondermehrausgaben ausgeglichen werden, und nicht klar ist, ob Schäden im Aufzug, die durch Vandalismus und Ähnliches bestehen, jetzt ein normaler oder ein anormaler Fall sind. Darüber kann man sich länger streiten. Es geht dabei um eine Streithöhe von 32 000 Euro.

Die Beratungsstelle Habersaathstraße haben wir nicht mehr im Haushalt, das waren 154 000 Euro, die wir nicht mehr gefunden haben. Da ich gesagt habe, dass wir die PMA noch nicht umgelegt haben, kann ich die Frage, was im Sozialamt konkret nicht finanzierbar ist, noch nicht zuverlässig beantworten. Aber klar war in den Chefinnen- und Chefgesprächen auf jeden Fall, dass die geplante Obdachloseneinrichtung im Haus der Statistik perspektivisch noch nicht abgedeckt wäre.

Zum Leopoldplatz: Ich möchte mich ausdrücklich bedanken, dass der Sicherheitsgipfel stattfand, weil ich mir da noch große Hilfe erhoffe. Im Moment glaube ich, sagen zu müssen, dass das der schwierigste, härteste Platz der Stadt ist. Der Bezirk und auch die Bezirksverordnetenversammlung haben uns jetzt noch mal 100 000 Euro gegeben, um zu zeigen, dass wir die Verantwortung nicht auf das Land abschieben wollen.

Aber der Bezirk gibt mittlerweile ungefähr 1 Million Euro im Jahr aus, um dort unter anderem die Suchthilfe, die aufsuchende Wohnhilfe – was Sie als Parkläufer kennen, heißt bei uns Platzdienst –, und das Café Wendepunkt zu finanzieren, das soziale Angebote und Familienangebote macht, und ähnliche Dinge. Wir sehen aber nur Hoffnung, die Lage vor Ort in den Griff zu bekommen, wenn tatsächlich auch die organisierte Drogenkriminalität so entschlossen bekämpft wird, dass auf dem Platz weniger harte Drogen ankommen, und wir in der Tat das Thema Suchthilfe und Unterbringung verstärken. Wir haben noch kein konkretes Haus der Hilfe, das wir kaufen könnten. Wir suchen seit Jahren vergeblich im Umkreis. Mitte ist ein relativ dichter Bezirk. Insofern kann, glaube ich, die Kollegin Clara Herrmann für Friedrichshain-Kreuzberg, die schon ein konkretes Projekt weiter in der Planung hat als ich, bezifferbarere oder veranschlagungsreifere Kosten benennen. Wobei ich gleichzeitig sagen will, dass wir tatsächlich auch weiter suchen und selbstverständlich auch bereit wären, ein Haus der Hilfe aufzumachen. Wir wollen auf keinen Fall irgendwie die Süchtigen durch die Stadt schieben.

Zur Parkraumbewirtschaftung habe ich schon ein bisschen was gesagt – der Optimismus der hohen Mehreinnahmen –, wenn Sie dazu detaillierte Nachfragen haben, habe ich extra meinen Ordnungsamtsleiter, Herrn Kummert, dabei, der alles rund um die Parkraumbewirtschaftung beantworten kann. Ich darf nur sagen, dass zusätzlich zu der hohen Gewinnablieferung, über die wir lange mit Herrn Kummert verhandelt haben, auch kommt, dass wir am neuen Standort für das Ordnungsamt, der zur Sanierung vorgesehen war, wo die Kollegen schon arbeiten, die Sanierung geschoben haben, um wiederum eine höhere Gewinnablieferung in den Haushalt zu bekommen, um einen verfassungsgemäßen Haushalt zu bekommen. Das heißt, ich muss mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken oder entschuldigen, dass jedenfalls diese Sanierung mindestens zwei Jahre geschoben wird. – So weit. Wie gesagt, wenn ich was vergessen habe, fragen Sie bitte nach!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Dann komme ich zu den Nachfragen und rufe die Wortmeldung des Kollegen Matz auf. – Bitte schön, Herr Kollege!

Martin Matz (SPD): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will mich jetzt ausdrücklich nicht in die Debatte um die Anna-Lindh-Schule einschalten, weil mir da die entsprechenden Detailkenntnisse fehlen, sondern Sie haben allgemein zum Thema Rücklagen etwas gesagt, und ich hatte mir sowieso vorgenommen für heute, das Thema mal aufzugreifen, weil Sie genauso wie die Kollegin Herrmann aus Friedrichshain-Kreuzberg schon vor einigen Wochen gesagt hatten, es sei eine Mär, dass die Bezirke frei verfügbare Rücklagen hätten. Heute haben Sie es mit dem Wort „Mythos“ noch mal wiederholt. Deswegen möchte ich gerne mal von der Finanzverwaltung wissen, ob sie zu ihrer Formulierung in der Präsentation zum Jahresabschluss der Bezirke 2022 steht, denn das würde dazu im klaren Widerspruch stehen. Dort heißt es:

> Das kamerale Guthaben eröffnet den Bezirken Spielräume für neue Projekte, Maßnahmen und Personaleinstellungen in den kommenden Jahren.

Und der Senat erwartet auch,

dass in den kommenden Jahren gezielt und in eigener Verantwortung für die Stärkung der Leistungserbringung diese Guthaben eingesetzt werden und sich so die kameralen Guthabenbestände weiter reduzieren.

Dann findet sich in derselben Präsentation ein Guthabenbestand des Bezirks Mitte von 24,7 Millionen Euro und ein Guthabenbestand des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg von 12,9 Millionen Euro. Jetzt muss man natürlich ausdrücklich das Jahr 2023 aus der Betrachtung ausnehmen, weil wir ja nicht wissen, wie das ausgeht. Das wissen auch die Bezirke noch nicht, denn das hängt ja zum Schluss von der Basiskorrektur und deren gezieltem Einsatz durch die Senatsverwaltung für Finanzen ab. Aber die Frage ist dennoch: Gibt es solche Guthaben in den Bezirken, und sind diese frei einsetzbar? Dazu ergänze ich noch, dass man im Fall des Bezirks Mitte ja auch in Kapitel 4500 im Titel 35911 – Entnahme aus der Ergebnisrücklage – sehen kann, dass dort geplant wird, im Zeitraum des Doppelhaushalts etwa 13,3 Millionen Euro an Beträgen aus der Ergebnisrücklage zu entnehmen, was dann aber heißen würde, dass dem Bezirk Mitte noch weitere 10 Millionen Euro Guthaben verbleiben würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Die Frage ging direkt an die Senatsfinanzverwaltung. – Deshalb zur direkten Beantwortung, Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben eben exakt die Betrachtungs- und Sichtweise der Senatsverwaltung für Finanzen dargestellt. Wenn ich Ihnen hier die Aufstellung mit dem Ist-Ansatz aus dem Jahr 2022 einmal kurz vortragen darf, dann betrifft der Geldbestand der Rücklagen insgesamt zum 31. Dezember 2022 451 Millionen Euro. Die Ergebnisrücklagen, wie gesagt, sind neu, und die sind auch in den Bezirken unterschiedlich. Das Positive hier betrifft nur neun Bezirke, es beträgt 114 Millionen Euro. Die investiven Einzelfallrücklagen betragen 203 Millionen Euro, die Schulrücklage beträgt 34 Millionen Euro und sonstige Rücklagen betragen 100 Millionen Euro. Wir gehen davon aus, dass die in der Tat für die unterschiedlichen Instrumente frei verfügbar sind, wir haben es schon angesprochen: Auflösung von Pauschalen Minderausgaben, Personal und dergleichen. Dass hier, wie von der Frau Bezirksbürgermeisterin dargestellt, gegebenenfalls in der Umstellung der Systematik auch mit der Ergebnisrücklage Probleme auftreten, ist mir jedenfalls neu. Das werden wir uns noch mal angucken. Wir haben ja angekündigt, dass wir einen entsprechenden Bericht auch zu den einzelnen Rücklagen geben und das von den Bezirken auch noch mal abfragen wollen. Insofern gehen wir davon aus, dass diese entsprechenden Mittel auch vorhanden und verfügbar sind.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Herr Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Bürgermeisterin, danke für die Ausführungen! Wenn ich Sie am Anfang richtig verstanden habe, dann haben Sie zu der Frage des Aufwuchses auf geplante 20 Millionen Euro Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung ausgeführt: Na ja, wir haben diese Zahl halt genommen, damit wir einen verfassungsmäßigen Haushalt vorlegen können. Das werden wir nicht erreichen. – So habe ich Sie verstanden. Ihr Kollege Hikel hat vorhin gesagt: Ja, wir haben im Haushalt 130 000 Euro für den Wachschutz an Schulen, aber die werden wir nicht ausgeben können, weil das in die PMA fällt. – Ich habe mal gelernt: Haushaltsklarheit und -wahrheit. Wir haben jetzt von zwei Be-

zirkshaushalten gehört, die alle nett verfassungsgemäß vorgelegt werden, und von zwei Bürgermeisterinnen oder Bürgermeistern erfahren wir hier: Das geht alles nicht. – Wie ist denn Ihre Einstellung als Bürgermeisterin dazu – ich habe einen Haushalt, von dem ich weiß, der funktioniert sowieso nicht – und wie kann man das dann im Sinne von Haushaltsklarheit und -wahrheit darstellen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Willkommen in Berlin! Da kann man sich den Landeshaushalt angucken, dagegen ist das, was in den Bezirken passiert, glaube ich, harmlos. – Zu dieser Rücklagenfrage: Es ist ja lustig, dass wir mit immer neuen Personen die Diskussion immer wieder bei null anfangen. Insofern wäre die Nachfrage konsequent, ob SenFin mal eine Auflistung macht, welche Schulrücklagen tatsächlich nicht gesetzlich gebunden, sondern frei sind. Das würde mich konkret interessieren, denn Sie haben die Schulrücklagen extra eingeschlossen, und zumindest in der letzten Koalition waren wir uns einig, dass wir den Schulen nicht ihre Whiteboards, oder was die gespart haben, wegnehmen wollen. Wenn die Finanzverwaltung das inzwischen anders sieht, wäre es gut, uns mal aufzuschreiben, in welchem Bezirk welcher Teil dieser Schulrücklage frei verfügbar ist.

Aber ich wollte zur Frage von Haushaltssperren als Instrument, um die PMA zu erbringen, auch noch mal Mitte fragen, wie Sie das einschätzen: Ist es realistisch, dass Sie die nächsten zwei Haushaltsjahre steuernd unter den gegebenen Rahmenbedingungen durchkommen, oder rechnen Sie damit, dass Sie dann auch mit Haushaltssperren die Funktionalität und das Funktionieren von Mitte beziehungsweise auch der Stadt steuern müssen, um die PMA am Ende zu erbringen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Die Frage zu den Rücklagen wird vermutlich schriftlich beantwortet werden. Dann rufe ich jetzt die Wortmeldung des Kollegen Schaal auf.

Lucas Schaal (CDU): Vielen Dank! – Frau Bezirksbürgermeisterin! Es gibt ja im Bezirk Mitte einige Verkehrsprojekte, die in Ihrer Hoheit realisiert werden, die noch umstritten sind. Ich nenne beispielsweise das Thema Singerstraße. Da haben Sie ja in Ihrer Hoheit jetzt schon einige Maßnahmen direkt baulicher Natur gemacht, obwohl es noch Widersprüche und auch Klagen gegen diese Maßnahme gibt. Inwiefern sehen Sie ein Haushaltsrisiko darin, das sich möglicherweise beim Rückbau der von Ihnen angebrachten Baumaßnahmen in diesem Bereich oder auch in anderen realisieren könnte? Wie hoch schätzen Sie das in etwa ein, und gibt es dafür Vorsorgen, die getroffen worden sind?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Die letzte mir vorliegende Wortmeldung ist vom Kollegen Freier-Winterwerb. – Bitte schön, Herr Kollege!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Ich würde gern noch mal auf das Thema Rücklagen zurückkommen, weil wir mir das wirklich wichtig ist und ich das Gefühl habe, dass wir hier alle miteinander ganz unterschiedliche Sprachen sprechen. So lange, wie ich mich im Bezirk engagiere, wird immer wieder gesagt: Das sind nicht frei verfügbare Mittel, es sind manchmal sogar fiktive Größen, wo wir nicht einfach umverteilen können. – Und der Senat sagt immer wieder: Das Geld ist da, man könnte damit ja was machen. Wir bräuchten hier gar keine PMA

und so weiter und so fort. – Mir ist daran gelegen, mal aufzuklären – und das würde ich dann auch alle Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister bitten zu beantworten –, was denn hier die Kommunikationsschwierigkeit ist, beziehungsweise woran das eigentlich liegen kann, dass wir alle von unterschiedlichen Dingen sprechen.

Mir ist ganz wichtig, dass nicht immer dieses Bild zurückbleibt, dass quasi die Bezirke auf Hunderten Millionen sitzen und die aber nicht wollen, sondern immer nur mehr raffen wollen, denn sonst hätten wir manche Debatte in dieser Stadt nicht. Wir haben ja schon einen Berichtsauftrag an SenFin, der natürlich wieder die Sicht von SenFin darstellt, und deshalb wünsche ich mir von den Bezirken, von jedem einzelnen, noch mal eine Bewertung dieses Sachverhalts, damit wir gegenüberstellen können und vielleicht ein für alle Mal hier auch Klarheit hinbekommen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Ich nehme an, dass das dann auch schriftlich zur zweiten Lesung beziehungsweise zur Nachschau der Bezirke erfolgen soll. – Zur Beantwortung der anderen Fragen hat jetzt die Frau Bezirksbürgermeisterin das Wort. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte): Vielen Dank! – Selbstverständlich beantworten wir das gern auch noch mal schriftlich, denn in der Tat ist uns das Thema auch wichtig, weil – ich bleibe bei dem Wort „Mythos“, der uns als Bezirken schadet – immer suggeriert wird, wir hätten so viel Puffer oder Geld, das wir vor Ihnen verstecken würden.

Herr Schyrocki! Wenn ich falsch verstanden worden bin: Ich finde die Umstellung der Systematik explizit sehr gut, ich habe nur gesagt, wir konnten noch nicht davon Gebrauch machen, das nicht in den Haushalt zu packen, weil … und so weiter. Nicht, dass das falsch rübergekommen ist!

Zu den 24,726 Millionen Euro, die offensichtlich in einer Senatsdrucksache stehen: Das sind die zusammenaddierten Ergebnisvorträge aus 2019, 2021 und 2022. Den Ergebnisvortrag aus dem Jahr 2019 in Höhe von 11,376 Millionen Euro haben wir veranschlagt, um das Jahr 2021 zu stützen. 2020 und 2021 waren aufgrund von Corona auf null gesetzt. Das heißt, es waren jetzt verbleibend auch aus dem Jahr 2022 13,350 Millionen Euro Ergebnisvortrag. Darin waren allerdings ungefähr 7,4 Millionen Euro enthalten, die kein positiver Ergebnisvortrag in dem Sinne sind, sondern das waren nicht verausgabbare Bauunterhaltungsmittel, also Mittel, die wir nicht geschafft haben auszugeben, obwohl es Leitlinien gab. Das heißt, es ist eigentlich eine 7-Millionen-Last zu schaffen, die wir jetzt als Nachholbetrag in diesen Doppelhaushalt mitnehmen, zusätzlich zu den Bauleitlinien, die wir haben. Der reale Ergebnisvortrag im Sinne von einem positiven Ergebnis, das den Doppelhaushalt 2024/25 stützt, beträgt also nur ungefähr 6 Millionen Euro, die wir auf die Jahre 2023 und 2024 aufgeteilt haben. Die sind im Haushalt jetzt drin. Das heißt, der Betrag von 24,726 Millionen Euro, die konsumtive Rücklage – deshalb habe ich das gesagt und bleibe dabei –, ist nicht mehr da.

Ich möchte das Wort an der Stelle an meinen Amtsleiter Herrn Walsleben weitergeben. Er kann Ihnen die Zahlen für die Bestände in den Rücklagen, die ich sonst genannt habe, nennen, insbesondere für konkrete Baumaßnahmen, die wir zum Beispiel aufgrund des verzögerten Bauablaufs in den Jahresscheiben nicht verbraucht haben. Dafür wird eine vorhabenspezifi-

sche Baurücklage gebildet. Die haben wir für ungefähr 20 Vorhaben, die da im Stau liegen. Die Summe kann gleich Herr Walsleben sagen.

Mein Verständnis von Rücklagen bei Lehr- und Lernmitteln ist, dass das legitime Rücklagen der Schulen sind, dass das Mittel sind, die wir durchreichen, die wir nicht für den Bezirkshaushalt verwenden sollen. Wenn Sie möchten, dass wir an die Rücklagen der Schulen rangehen und die Rücklagen für Lehr- und Lernmittel nicht mehr gebunden sein sollen, dann bitte ich dazu um eine explizite Aussage des Abgeordnetenhauses. Ansonsten sind wir da bis jetzt nicht rangegangen. – Zu den Zahlen: Herr Walsleben, können Sie ergänzen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön, gern auch in kompakter Form! Es besteht auch immer die Möglichkeit, bei umfangreicheren Zahlenwerken schriftlich zu antworten. Aber Sie haben das Wort, bitte schön!

Stephan Walsleben (BA Mitte): Das geht ganz schnell. Ich habe hier in einer kleinen Liste, was Frau Remlinger zu den pauschalen Zuweisungsmitteln für Investitionen sagte: Da haben wir einen Stand von 32 Millionen Euro sonstige Rücklagen, die übrigens aus städtebaulichen Fördermitteln kommen, und auch Ausgleichsbeträge von unserem Umwelt- und Naturschutzamt, die auch zweckgebundene Einnahmen sind – wenn wir sie so nicht verausgaben, dann sind die entsprechend wieder weg, die können wir also auch nicht irgendwo anders hinbringen –, sind 23 Millionen Euro, die besagte Schulrücklage ist auf 4,4 Millionen Euro aufgelaufen, dann haben wir noch eine Sonderinvestition Stephanus-Kirche, die wir auch beabsichtigen auszugeben, von 7,5 Millionen Euro, und der Rest sind eigentlich auch nur Ausgleichsbeträge, die dann noch mal auf rund 23 Millionen Euro auflaufen. Also Sie sehen, das ist alles sehr zweckgebunden.

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte) Wir haben das jetzt hier – vielen Dank, Herr Vorsitzender, für Ihre Geduld! – nur einmal so explizit gesagt, um zu zeigen, dass wir keine Zahlenzauberei betreiben, sondern uns das sehr genau angeschaut haben, wie gesagt, wir suchen jeden Pfennig.

Die Frage war: Haushaltswahrheit und -klarheit. – Dem fühle ich mich auch sehr verpflichtet, deshalb spreche ich es heute so deutlich aus, dass sich das hier so verhält. Ich habe aber nicht die Möglichkeit, einen nicht verfassungsgemäßen Haushalt hier überhaupt einzubringen, und Sie haben nicht die Möglichkeit, einen Landeshaushalt zu verabschieden, wenn es keinen Bezirkshaushalt gibt. Ich kann sagen: Ja, wir haben seit Mai dieses Jahres eine Haushaltssperre. Ich halte die Einsparungen, die darüber erbracht werden können, im Grunde für nicht wesentlich im Sinne von: nicht annähernd dazu geeignet, die PMA zu erbringen. Wir sind einfach in allen Bereichen durch Veranschlagungsleitlinien, Rechtsansprüche und auch durch die verschiedenen Gesetze, die das Abgeordnetenhaus in den letzten Jahren in guter Absicht, die ich absolut teile, erlassen hat – ich nenne mal das Jugendfördergesetz, das Familienfördergesetz, die Zielvereinbarung Bibliotheken und alles –, so klar gebunden, dass kaum noch was frei bleibt.

Beim Personal möchte ich auch nicht sparen. – Herr Schneider ist gar nicht mehr da. – [Heiko Melzer (CDU): Das ist keine Personaleinsparung!] – Das ist keine Personaleinsparung, dass er nicht da ist, das stimmt; sonst würde ich die gern erbringen. – Entschuldigung! Ich schätze den Kollegen sehr. Bringen Sie mich hier nicht durcheinander!

Die CDU hatte noch nach den Verkehrsprojekten gefragt. Ich fürchte, ich habe da schlechte Nachrichten für Sie. Beim Thema der Verkehrsprojekte zur Herstellung von Schulwegsicherheit, insgesamt mehr Verkehrssicherheit freut es mich ausdrücklich, dass der Senat weiterhin auch die Vision Zero aufrechterhält, das bedeutet auch Radwegeausbau und Ähnliches. Das ist erheblich billiger, als neue Straßen zu bauen oder zu sanieren. Das heißt, die nicht erbrachte Bauunterhaltung, war im letzten Jahr auch bei der Tiefbauunterhaltung – – Es ist im Grunde kein Haushaltsthema, sondern eine verkehrspolitische Auseinandersetzung, die Sie angesprochen haben, für welche Art von Dingen man es ausgibt. Radwege, wie gesagt, und auch ein Kiezblock und so weiter sind für den Bezirk überhaupt kein Haushaltsrisiko, weil eben sehr günstig. – So, ich glaube, ich habe es.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Ich habe noch genau eine Nachfrage des Kollegen Matz. – Bitte schön, Herr Kollege!

Martin Matz (SPD): Ich will den Laden hier nicht weiter aufhalten, denn wir haben ja noch zehn andere Bezirke, mit denen wir uns unterhalten möchten, aber ich muss trotzdem noch einmal auf das Thema Rücklagen zurückkommen, denn das, was der Kollege Freier-Winterwerb hier vorhin geschildert hat, ist natürlich genau jetzt eingetreten. Der Bezirk trägt so lange vor, dass man am Ende den Eindruck hat: Aha, es sind doch keine Rücklagen da. – Das war das Ergebnis, wenn man das mal zusammenfasst. Dann will ich an der Stelle noch mal sagen: Ich habe nicht über die Rücklagen gesprochen, die für bestimmte Investitionsvorhaben zweckgebunden sind, ich habe nicht über die Rücklagen gesprochen, die bei den Schulen sind, und da will auch keiner reingreifen. Dazu dient die Debatte hier überhaupt nicht. Es geht ausschließlich um die Ergebnisrücklagen. Insoweit Sie jetzt sagen, einen Teil davon bräuchten Sie aber auch, weil sie bei der baulichen Unterhaltung im letzten Jahr nicht so weit gekommen sind, wie Sie das wollten – so habe ich es verstanden –, spricht die Erfahrung an der Stelle auch dagegen, weil wir, wenn wir uns die Übersichten über die bauliche Unterhaltung bei den Bezirken angucken, reihenweise Bezirke haben, die in diesem Bereich Jahr für Jahr nicht in der Lage sind, den vollen Betrag auf die Straße zu bringen. Das ist auch schwierig, weiß ich, kenne ich auch aus langen Debatten zum Thema in Steglitz-Zehlendorf. Das ist nicht ganz einfach, aber es wird auch nicht gelingen, im nächsten Jahr das Doppelte zu machen, weil man im letzten Jahr nicht so viel geschafft hat, sondern das ist eher unrealistisch. Deswegen bleibe ich bei der Feststellung: Da sind 24,7 Millionen Euro – das ist auch gut so, das freut mich; vielleicht werden es durch den Jahresabschluss 2023 weniger, das wissen Sie nicht, das weiß nicht –, und ansonsten gibt es Ergebnisrücklagen, die ohne jede Zweckbindung für die Bezirke sind, so, wie es die Finanzverwaltung gesagt hat.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Herr Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Bezirksbürgermeisterin! Ich habe jetzt diese Antwort einfach nicht verstanden, liegt wahrscheinlich an mir. Wenn ich den Kollegen Schaal richtig verstanden habe, dann ging es ihm ja nicht darum, dass Fahrradwege günstiger als Straßen sind und deshalb die Singerstraße, wenn man sie als Fahrradstraße macht, günstiger ist, sondern es ging ihm, glaube ich, um das Problem, dass die juristischen Anfechtungen, die laufen, zu einer erheblichen finanziellen Belastung des Bezirks führen könnten. Das haben wir ja schon in der Friedrichstraße durch Ihre Verkehrsstadträtin kennengelernt, da haben wir das Desaster ja auch schon gehabt. Sie haben selber das Thema Kiez-

blocks angesprochen. Auch da geht es nicht darum: Wie teuer ist ein Kiezblock? –, sondern um die Frage: Welche juristischen Folgen finanzieller Art können solche Anbringungen haben? Insofern noch mal meine Frage an Sie: Gehen Sie jetzt und hier davon aus, dass alle diese Prozesse, die dort drohen oder auch schon eingeleitet sind, keine finanziellen Folgen für den Bezirk haben werden, und haben Sie deshalb auch keine Rücklagen gebildet? Oder habe ich das einfach missverstanden?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Schulze, bitte!

André Schulze (GRÜNE): Ich hatte jetzt eigentlich nicht vor, mich an dieser Frage zu beteiligen, aber bevor wir den restlichen Tag damit verbringen, hier Haushaltsystematik von Bezirken und Rücklagen zu erlernen: Es gibt zwei Arten von Rücklagen. Die eine ist die Ergebnisrücklage, zu der SenFin vorhin ausgeführt hat, die 24,7 Millionen Euro, frei verwendbar. Wir können jeden der Bezirke fragen, bei jedem wird die Antwort sein, er hat sie im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 2024/25 jetzt auch verwendet, um den Haushalt zu finanzieren. – [Zuruf] – Meinetwegen auch teilweise verwendet, weil der Haushaltsgesetzgeber in seiner Weisheit beim letzten Haushalt eine Änderung vorgenommen und den Bezirken die Möglichkeit gegeben hat, die Ergebnisrücklage auch überjährig und nicht nur zwei Jahre später einzusetzen.

Dann gibt es die zweckgebundenen Rücklagen, deren Liste diesem Hauptausschuss dieses Jahr, glaube ich, dreimal in verschiedenen Formen vorgelegen hat, mir zuletzt beim vorläufigen Jahresabschluss 2022 – 20 Seiten lang jeder einzelne Rücklagetitel, jede einzelne Baumaßnahme in Mitte, in Pankow, in Reinickendorf, wo auch immer. Diese sind zweckgebunden bis auf vielleicht einzelne Ausnahmen, die Sie erkennen mögen, aber der Hauptteil davon ist zweckgebunden und nicht so einfach im Haushalt einsetzbar. Ich verstehe nicht, warum wir diese Debatte immer wieder auf demselben Startniveau führen müssen.

Und die Leitlinien: Ja, da gibt es Bezirke, die sie nicht erbringen, und jetzt können Sie sagen, Herr Matz: Das ist unfair, und die werden die auch im nächsten Jahre nicht erbringen. –, aber auch da sehen unsere Regeln für die Bezirke gerade vor, dass sie die im nächsten Jahr erbringen sollen, wenn sie sie im Vorjahr nicht erbracht haben. Dann gibt es Sonderregelungen, wenn das besonders abweicht, dass man das irgendwie über mehrere Jahre verteilt, aber die grundsätzliche Regel ist: Was nicht erbracht ist, soll im Folgejahr erbracht werden. Wie realistisch das ist, müssen wir dann vielleicht eher uns als Haushaltsgesetzgeber fragen als die einzelnen Bezirke. Aber ich finde jetzt immer wieder die Debatte über die Rücklagen, als wenn wir das erste Mal darüber diskutieren würden, was für Arten von Rücklagen es in den Bezirken gibt, auch ein bisschen müßig.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Herr Kollege Ziller! Ich nehme an, Ihre Wortmeldung hat sich dann erledigt, oder ist die noch aktuell?

Stefan Ziller (GRÜNE): Wir müssen ja nicht immer einer Meinung sein. – Der Senat hat vorhin sehr deutlich bei den Rücklagen die Investitions- und die Schulrücklage aufgezählt und gesagt, die soll zur freien Verfügung stehen, und deswegen entsteht der Diskurs. Wenn der Senat sich jetzt auf die Position von Kollege Schulze bezieht und die einnimmt, wären wir zufrieden. Ansonsten glaube ich das noch nicht – das werden wir dann in den schriftlichen Berichten genau sehen –, denn der Diskurs der letzten Jahre ging immer um die gebundenen

Rücklagen: Wie viel davon ist frei und wie viel nicht? – Und, wie der Kollege Freier-Winterwerb sagte, wenn wir da mal für die nächsten Jahre zu einem Punkt kommen, wäre das, glaube ich, in unser aller Interesse.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann, Frau Bezirksbürgermeisterin, haben Sie das letzte Wort, wenn man so will, bitte gern in kompakter Form, bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte): Vielen Dank! – Ich hatte es bislang nicht so verstanden, dass es da einen Dissens zwischen Abgeordnetenhaus und SenFin gibt, ob wir die Schulrücklagen oder die Investitionsrücklagen angehen sollen. Deshalb habe ich gesagt: Wenn das der Wille ist, dann müssen Sie das explizit sagen. Wir sind bis jetzt der Meinung, dass diese Rücklagen geschützt sind, und selbst wenn wir die Investitionsrücklage für konkrete Bauvorhaben auflösen würden – also da steht für jedes einzelne Vorhaben drin, welche Jahresscheibe in welcher Höhe zurückgelegt ist –, könnten wir die nach unserer haushaltsrechtlichen Auffassung nicht einfach konsumtiv für irgendwas anderes im Haushalt verbraten. Deshalb bin ich so weit bei Ihnen, Herr Matz, als dass ich Sie so verstanden habe, dass Sie über diese zwei Rücklagen nicht reden, sondern Sie reden über die konsumtive Rücklage beziehungsweise über die Ergebnisvorträge.

Jetzt verzweifele ich aber doch an der Kommunikation, wenn Sie nach meinen Darlegungen immer noch sagen, wir hätten 24 Millionen Euro. Ich versuche es noch mal. Die 24 Millionen Euro bestehen aus Ergebnisvorträgen von vier Jahren. Die 11 Millionen Euro aus dem Jahr 2019 sind im Jahr 2021 ausgegeben worden, die sind weg. Die 13 Millionen Euro, die 2022 entstanden sind – – Was schütteln Sie da den Kopf?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Matz! Sie haben eine Zwischenfrage? – Bitte schön!

Martin Matz (SPD): Schönen Dank! – Das stimmt ja einfach so nicht, denn ich habe aus der Senatsunterlage per 31. Dezember 2022 zitiert. Wenn Sie also irgendwas im Jahr 2021 schon ausgegeben haben, dann war es da auch schon weg. – [Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte): Ja!] – Aber wenn es denn so ist, dann können wir es tatsächlich nur schriftlich klären, denn so scheint es nicht zu funktionieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Das wird dann sicherlich schriftlich zu klären sein. – Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte): Sie kriegen es schriftlich, Sie kriegen es auch fünfmal schriftlich: Das Geld ist weg.

Zu der 13-Millionen-Rücklage habe ich gesagt, dass das im eigentlichen Sinne nur ein positives Jahresergebnis von rund 6 Millionen Euro ist, weil nur das buchhalterisch das ist, was wir bei der Bauunterhaltung – und da haben Sie völlig recht – nicht geschafft haben zu verausgaben, was aber leitlinienbewährt ist und deshalb mitgetragen werden muss. Das heißt, das können wir auch nicht für irgendwas ausgeben, sondern das müssen wir wieder in die Bauunterhaltung geben. Und, ja, wir werden es auch dieses Jahr nicht schaffen, und, ja, wenn Sie uns irgendwie ermöglichen wollen, die PMA zu schaffen, dann könnten wir über diese Bauleitlinien reden, dass ich das Geld anders verwenden kann – was ich nicht schaffe, weil wir die

Leute nicht haben und nicht finden. Aber wir müssen das, was wir letztes Jahr nicht für Bauunterhaltung ausgegeben haben, bei der Bauunterhaltung veranschlagen. Wir haben aber nur einen positiven Ergebnisvortrag im eigentlichen Sinne von 6 Millionen Euro. Das heißt, von den 24 Millionen Euro können Sie die 7 Millionen Euro für die Bauunterhaltung schon mal abziehen, die 11 Millionen Euro auch, die schon weg und verbraucht sind, und dann gibt es noch 6 Millionen Euro, und das haben wir in der Tat – ich korrigiere mich – auf die beiden Jahre verteilt. Das hat diese neue Regelung ermöglicht, aber wir haben das in diesem Haushalt nicht in den Bauunterhalt, sondern in die anderen Bereiche hinein veranschlagt, um unsere Ausgaben zu finanzieren. Wir haben keine konsumtiven Puffer irgendwo rumliegen.

Und, ja, das bisschen Prozessieren ist vernachlässigenswert. Wir haben ein Rechtsamt, und ob wir bei der Singerstraße gewinnen, ja oder nein, ist kein Haushaltsrisiko.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gut! Vielen Dank! – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. – Doch! Frau Dr. Schmidt hat noch eine Wortmeldung. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Ich hätte an der Stelle gern eine sachliche Debatte. Das Thema Rücklagen ist ein wichtiges Thema, und ich bitte darum, dass wir hier die Übersicht bekommen, und zwar genauso differenziert dargestellt, wie wir es gerade besprochen haben, um hier nicht in ein Pingpongspiel zu kommen. Das können wir gern noch fünf Stunden machen, aber ich glaube, das bringt uns heute nicht weiter.

Vorsitzender Stephan Schmidt: In der Tat! Der Berichtswunsch ist schon ausgelöst. Das ist dann noch mal eine Unterstreichung dessen, was schon läuft. Dann kommt das schriftlich, und dann können wir in den nächsten Monaten und vielleicht auch noch länger intensiv die Thematik der Rücklageninterpretationen behandeln. – Ich darf mich bei Ihnen bedanken, Frau Bezirksbürgermeisterin!

Ich rufe den Bezirk

02 – Friedrichshain-Kreuzberg

auf und begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Herrmann mit Mitarbeiterinnen. Wir kommen wieder zur Fraktionsrunde, und ich frage, ob die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Fragen hat. – Keine Wortmeldungen. CDU-Fraktion? – Linksfraktion? – Fraktion der SPD? – AfD-Fraktion? – Bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! Sie haben gleich das Wort. – Eine Frage habe ich übersehen. Das tut mir leid. – Herr Kollege Matz für die SPD-Fraktion, bitte schön!

Martin Matz (SPD): Entschuldigung, Herr Vorsitzender! Ich wollte Sie nicht verwirren, aber ich dachte, dass der hinter mir nicht mehr sitzende Kollege vielleicht eine Frage stellt.

Ich baue gleich der Sorge vor, dass ich vorhätte, bei allen zwölf Bezirken dieselbe Frage zu stellen. Ich werde es nicht tun, sondern ich werde es nur noch bei Friedrichshain-Kreuzberg tun, und das ist auch nicht unpolitisch, buchhälterisch, sonst was, sondern durchaus politisch, weil wir im Zusammenhang mit dem Görlitzer Park eine öffentliche Debatte hatten, in der auch die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg gesagt hat, es sei eine Mär, dass es Ergebnisrücklagen gäbe, aus denen man irgendetwas finanzieren könnte. Ich entnehme der eben schon zitierten Unterlage der Senatsverwaltung für Finanzen, dass es 12,9 Millionen Euro nur Ergebnisrücklagen – wir sprechen nicht über Schulen und nicht über Investitionen – auch im Falle des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg gegeben hat. Wir haben gleichzeitig die Aussage – so auch auf der Homepage des Bezirks, auf der Sonderseite „Görlitzer Park“ dargestellt –, dass alles, was man im Zusammenhang mit dem Görlitzer Park machen müsse, wolle oder solle, erst mal voraussetze, dass der Senat Geld rüber rückt und das finanziert. Sonst könne man gar nichts tun. Das ist sinngemäß die Aussage dieser Seite. Jetzt habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen, dass es offensichtlich Änderungsanträge in der BVV gegeben hat. Einer davon soll gewesen und beschlossen worden sein – vielleicht können Sie das beantworten, weil ich es im Haushaltsplan so noch nicht gefunden habe –, dass für ein Beleuchtungskonzept im Görlitzer Park jetzt sehr wohl bezirkliche Gelder zur Verfügung gestellt werden. Das würde mich sehr freuen.

Ansonsten auch an Sie die Frage, weil Sie im Doppelhaushalt Entnahme aus der Ergebnisrücklage in Höhe von 1,7 Millionen Euro und 1,3 Millionen Euro im Kapitel 4500 – Allgemeine Finanzangelegenheiten – vorgesehen haben, ob – vorbehaltlich der Frage, auch hier wieder fair in alle Richtungen, dass wir den Jahresabschluss 2023 noch nicht kennen – grundsätzlich weitere 10 Millionen Euro an Ergebnisrücklage eigentlich hätten da sein müssen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Der CDU-Fraktion ist auch noch eine Frage eingefallen. – Bitte schön, Herr Kollege Goiny!

Christian Goiny (CDU): Eingefallen war Sie uns schon vorher, deswegen hatten wir sie auch schon an Frau Bürgermeisterin adressiert. Ich will sie hier nur noch mal adressieren, da sie mit beantwortet werden soll: Uns wäre nämlich daran gelegen, im Detail zu verstehen, woran die seit drei Jahren in der Diskussion befindliche Verlängerung des Mietvertrages für den Yaam-Club an der Schillingbrücke scheitert, der seit drei Jahren fast auf der Zielgerade ist.

Wir hatten darum gebeten, uns mal im Detail, gern auch schriftlich, vorzulegen, an welchen Paragrafen, welchem Absatz, welchen Rechtsfragen es konkret noch scheitert.
Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann, Frau Bezirksbürgermeisterin, haben Sie das Wort. Bitte sehr!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Herzlichen Dank und einen wunderschönen guten Tag! Auch ich bin nicht allein hier, sondern darf Frau Noetzel und Frau Gast neben mir begrüßen, die Leiterin und die Stellvertreterin meiner Serviceeinheit Finanzen und des Steuerungsdienstes. Ich bedanke mich nicht nur, dass Sie heute mitgekommen sind, sondern auch für das intensive letzte halbe Jahr! Gefühlt kommen wir gar nicht mehr aus dem Thema Haushaltsaufstellung raus. Ich denke, das geht Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken ähnlich. An der Stelle möchte ich mich noch mal ganz herzlich auch bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung bedanken, dass sie uns so intensiv begleiten.

Ich gehe gleich auf Ihre Fragen ein. Erlauben Sie mir am Anfang noch drei, vier grundsätzliche Worte. Das haben meine Kolleginnen aus den anderen Bezirken auch gemacht, aber ich möchte die Zeit auch nicht überstrapazieren. Wir haben es mit einer insgesamt schwierigen haushälterischen Situation der öffentlichen Finanzen zu tun. Das geht dem Land Berlin so, das geht natürlich den Bezirken auch so. Wir zwölf Bezirksbürgermeisterinnen, ganz unabhängig davon, welche Farbe unser Parteibuch hat, haben im Sommer sehr deutlich gemacht, was die strukturelle Unterfinanzierung der Bezirke für das Land Berlin und vor allen Dingen für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten würde, und deshalb möchte ich an der Stelle dem Finanzsenator und dem Senat danke sagen, dass es diese 100 Millionen Euro Nachschlag pro Jahr gegeben hat, denn diese 100 Millionen Euro helfen wirklich weiter.

Allerdings muss ich auch noch mal sehr deutlich machen, dass wir nicht umsonst aufgeschrieben haben, dass es 250 Millionen Euro pro Jahr braucht. Ich glaube schon, dass sich auch das Abgeordnetenhaus perspektivisch in der finanziellen Gesamtsituation, in der sich die öffentlichen Haushalte befinden, die Frage stellen muss, welche Aufgaben wir für die Berlinerinnen und Berliner noch leisten und welche nicht. Da sind es wir Bezirke – ob es die Frage ist, wie die Zustände unserer Parkanlagen und unserer Spielplätze sind, der viel angesprochene Bürgeramtstermin oder die Musikschule oder die Volkshochschule –, die die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. An der Stelle konstatiert auch Friedrichshain-Kreuzberg, dass es mit diesem Haushalt eine strukturelle Unterfinanzierung gibt. Wie sind wir in diesem Doppelhaushalt damit umgegangen? – Ich gehe dann auch auf Ihre Fragen ein. Wir haben alles mobilisiert, was geht. Wir haben auch Mehreinahmen eingeplant; ich bin gespannt, was die Senatsfinanzverwaltung dazu in der Nachschau sagt, ob sie das für realistisch hält oder nicht. Wir haben selbst verständlich das, was uns zur Verfügung steht, verwendet, um den Doppelhaushalt 2024/25 auszufinanzieren. Wir haben eine pauschale Minderausgabe – mein Bezirk hat einen nicht ganz so großen Haushalt wie Mitte – von 3,8 Millionen Euro und 4,5 Millionen Euro, von der wir heute noch nicht sagen können, wie wir sie auflösen können. Ich muss aber dazu sagen, dass wir im Gegensatz zu anderen Bezirken – vielleicht kommen Sie noch dazu – nicht die Möglichkeit hatten, groß neue zusätzliche Stellen einzuplanen, obwohl wir einen riesigen Mehrbedarf beim Thema Personal haben.

Weil das eingangs auch eine Frage war: Wir haben derzeit eine Fluktuationsrate von 8 Prozent. Ich teile die Einschätzung meiner Kollegin Remlinger: Wir haben eine Riesenfrage

beim Halten des Personals, denn 6 Prozent davon sind ungeplanter Abgang, auch sehr kurzfristige Abgänge. 2 Prozent sind geplante Abgänge, weil sie in den Ruhestand gehen. Wir haben im Schnitt rund 300 nicht besetzte Stellen. Wir haben im letzten Jahr, was die Ausgaben beim Personal anbelangt, eine relative Punktlandung gemacht, wir haben aber riesige Fragestellungen, insbesondere vor dem Sachverhalt der Konnexität, dass den Bezirken in den letzten Jahren sehr viele zusätzliche Aufgaben übertragen worden sind, für die wir nicht immer ausreichend oder überhaupt personelle Ressourcen bekommen haben.

Wissen Sie, wenn mein Bezirk 12 Millionen Euro Rücklagen frei zur Verfügung hätte, dann hätte meine Amtsleiterin, die neben mir sitzt, mir nicht vor ein paar Wochen, im Sommer, raten müssen, eine Haushaltssperre für dieses Jahr zu verhängen. Von daher würde ich Ihnen empfehlen, sich diese Tabelle der Senatsfinanzverwaltung noch mal ganz deutlich und in Ruhe anzuschauen, denn es ist immer auch eine Frage der Transparenz, der Darstellung, des Redens, und ich glaube, diese Debatte zeigt, dass wir die Darstellungen verändern müssen, und dass wir vielleicht insgesamt das Finanzgefüge zwischen Land und Bezirken ein bisschen transparenter und einfacher gestalten müssen, denn dann könnten sich alle Beteiligten viel Zeit ersparen, Pingpong zu spielen, wer denn nun wie viel Geld hat. Wenn Sie in die Anlage der Zusammenfassung der Basiskorrektur schauen – ich nehme an, Sie sprechen von dieser Tabelle –, dann werden Sie zum einen feststellen, dass im letzten Jahr alle Bezirke miteinander, das hat Kollege Hikel deutlich gemacht, fast 32 Millionen Euro Defizit gemacht haben, isoliert. Wenn man das letzte Jahr anschaut, haben die Bezirke 32 Millionen Euro Defizit gemacht. Das heißt, hätten wir nicht einen positiven Vortrag zur Ausfinanzierung gehabt, dann wären wir mit 32 Million Euro Defizit rausgegangen.

Jetzt ist die Frage: Welcher Bezirk hat noch einen positiven Vortrag gehabt? Wie groß war der? Welcher Bezirk hat vielleicht auch schon einen negativen Vortrag? – Es gibt nämlich auch Bezirke, die später noch kommen werden, die bereits negative Vorträge haben, die sie in Zukunft einsparen müssen. Die Entwicklung und die Tendenz ist, dass wir Bezirke strukturell unterfinanziert sind und dass diese Vorträge weg sein werden. Alle, wie sie hier sitzen, werden die Vorträge, die sie jetzt zur Verfügung haben – da empfehle ich Ihnen, sich anzuschauen, wie das erwirtschaftete Jahresergebnis 2022 nach Basiskorrektur aussah, und darüber reden wir, Herr Matz –, verwenden, um den laufenden Haushalt beziehungsweise den Doppelhaushalt 2024/2025 ausfinanzieren zu können, denn das ist die Veränderung, die die Senatsfinanzverwaltung mit den Bezirken vereinbart hat, und wo wir gut finden, dass man nicht mehr immer nur zweijährig, von einem Jahr bis zwei Jahre später guckt, sondern es flexibler miteinander betrachtet. Alle zwölf Bezirke werden, wenn sich an dieser strukturellen Unterfinanzierung nichts ändert, ins Defizit laufen. Die einen sind dort schon, und die anderen, wie mein Bezirk, werden wahrscheinlich spätestens 2025 dort sein. Dann geht es an die eingemachte Einsparliste, die Herr Hikel vorgestellt hat, denn wir haben als Bezirke kaum Spielräume. Wir haben mit unserer Globalsumme, wenn wir ehrlich sind, so viele Leitlinien, Vorgaben, Mindestveranschlagungen und Zielbudgets, dass wir kaum Steuerungsmöglichkeiten haben.

Jetzt wollte ich noch etwas zum laufenden Haushaltsjahr und zur Haushaltssperre sagen, was sich als Haushaltsrisiko im Doppelhaushalt wiederfinden wird. Das betrifft nicht nur meinen Bezirk, sondern auch die anderen Bezirke. Wir haben derzeit massive Mehrausgaben im Bereich der Bewirtschaftungsausgaben, A08, und es zeichnet sich ab, dass eine zweiprozentige Steigerung bei den derzeitigen Entwicklungen, die wir dort erleben, die wir vonseiten des Senats ins Budget bekommen haben, bei Weitem nicht ausreichen werden, um das finanzieren

zu können. Bei Bewirtschaftungsausgaben handelt es sich um Gebäudekosten, darunter fallen dann zum Beispiel die Schulreinigung, die Themen Wachschutz und Dienstgebäude. Wir haben dieses Jahr den Sachverhalt, wo wir von der Senatsfinanzverwaltung schon deutlich gemacht bekommen haben, dass das nicht basiskorrigiert werden wird, dass wir eine Riesennachzahlung bei der Unfallkasse haben, dass die Kosten für die Beförderung behinderter Kinder deutlich teurer werden und dass wir das nicht finanziert bekommen werden. So mussten wir in meinem Bezirk wie in vielen anderen Bezirken auch dieses Jahr eine Haushaltssperre verhängen.

Das Beispiel der Honorare an der Volkshochschule und Musikschule: Dazu haben Sie alle ein Schreiben von allen für Kultur zuständigen Bürgermeisterinnen beziehungsweise Stadträtinnen erhalten, und ich würde Sie bitten, sich das in Ruhe anzuschauen, denn wir begrüßen es sehr, dass es in der AV Honorare in der Vergangenheit für die Honorarkräfte Tarifanpassungen nach oben gegeben hat. Das machen wir sehr gern. Was aber sehr deutlich ist und was in der Fortschreibung des Senats uns Bezirke erreicht hat, ist, dass diese Honoraranpassungen im laufenden Haushaltsjahr für die Honorare in den Volkshochschulen und Musikschulen in der Form nicht in den Plafond gegeben worden sind, und dass wir uns mit diesem Thema an Sie wenden sollen. Die Kolleginnen und Kollegen haben es deutlich gemacht und auch schon gesagt: Es gibt dann nur eigentlich zwei Varianten. Für ganz Berlin bedeutet das dieses Jahr Summen in der Volkshochschule von rund 4,2 Millionen Euro und in der Musikschule rund 3,6 Millionen Euro und 2025 5,7 Millionen Euro und 5 Millionen Euro. Wenn es diese Anpassungen nicht gibt, können wir Bezirke eigentlich nur auf zwei Wegen reagieren, und der eine heißt massiver Abbau des Angebots, und der andere Weg heißt deutliche Erhöhung der Entgelte für die Teilnehmenden, wobei auch hier zu berücksichtigen ist, dass das irgendwann seine Grenzen hat. Ich kann die Entgeltschraube nicht unendlich nach oben schrauben. Auch eine deutliche Angebotsreduzierung ist angesichts der Nachfragesituation, die wir in den Bezirken haben, dramatisch. Erlauben Sie mir zu sagen: Auch für die Honorarkräfte wäre nichts gewonnen, weil sie im Zweifel weniger Unterricht geben können und damit nicht eine bessere Absicherung haben.

Bevor ich auf Ihre zwei Fragen eingehe, wollte ich noch ein Thema ansprechen, das bisher ein bisschen unterbeleuchtet ist. Seit Jahren bleibt die pauschale Investitionszuweisung für die Bezirke gleich hoch. Wir haben mittlerweile die Situation, dass der Baupreisindex und die Entwicklungen, die wir hier haben, so exorbitant sind, dass wir kaum noch neue Maßnahmen machen können, sondern das Geld benötigen, um die bereits beschlossenen Baumaßnahmen auszufinanzieren. Wir laufen in den Bezirken auf einen riesigen Sanierungsstau zu, und das ist finanzpolitisch nicht klug, denn das ist ein Verfall unserer Infrastruktur. Ich würde Sie dringend bitten, das im Weiteren zu berücksichtigen, wenn Sie über generationengerechtes Haushalten sprechen.

Sie hatten nach dem Yaam gefragt, Herr Goiny. Ich hatte das so verstanden, dass Sie gern Details wissen wollen. Details kann ich Ihnen in der genauen Gemengelage, wenn Sie wirklich Formulierungen wissen wollen, hier natürlich nicht geben. Ich müsste noch mal abklären, wie das läuft. Ich kann Ihnen sagen, dass es einen Vertragsentwurf gibt, der beim Yaam liegt, die sich den derzeit anschauen, dass es um einen sehr langen Mietvertrag geht, dass es sehr konstruktive gemeinsame Gespräche sind, dass es aber ein sehr komplexer Zusammenhang ist. Die Kollegen und Kolleginnen, die schon lange im Hauptausschuss beziehungsweise im Unterausschuss Vermögen Mitglied sind, werden sich an die Debatten um die Uferwand, das

Gebäude und Ähnliches erinnern. Darum geht es. Von daher sind wir guten Mutes, dass es bald zu einem Vertragsabschluss kommt. Die Gespräche laufen sehr konstruktiv. Erlauben Sie mir als Bezirksbürgermeisterin mit der höchsten Clubdichte positiv hervorzuheben, dass Friedrichshain-Kreuzberg ein Bezirk ist, der sogar bezirkliche Immobilien für Clubs zur Verfügung stellt, nicht nur für das Yaam, sondern auch für das About Blank, was nicht selbstverständlich ist, denn wir sind von der Fläche her der kleinste Bezirk. Wir unterstützen die Clubkultur an der Stelle sogar sehr weitgehend.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wenn Sie gestatten, Frau Bezirksbürgermeisterin: Der Kollege Goiny hat dazu noch eine kurze Nachfrage. – Bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! Ich würde darum bitten, dass Sie uns diese Details schriftlich, notfalls in einer entsprechenden vertraulichen Einstufung, schicken, denn diesen Zustand, dass der Vertrag im Entwurf vorliegt und fast fertig ist, haben wir seit über drei Jahren. Es heißt immer, es gebe Probleme beim Rechtsamt, die nicht erläutert sind; die würde ich gern mal kennenlernen. Die Uferwand kann kein Problem mehr sein, weil hier die Finanzierung senatsseitig gesichert ist. Darum haben wir uns gekümmert, das beginnt jetzt. Dort gab es ja auch mit Beteiligung der Bezirksverwaltung einen Ortstermin. Das kann jetzt kein Hinderungsgrund mehr für einen Vertrag mehr sein.

Um hier einer Legendenbildung vorzubeugen, wollte ich darauf hinweisen, dass dieses Grundstück damals als eines der ersten im Zuge der Neuordnung der Liegenschaftspolitik vom Senat nicht verkauft worden ist. SPD und CDU haben sich damals verständigt, dass das Grundstück nicht verkauft, sondern für diesen Club zur Verfügung gestellt wird und der Bezirk damit – das war eine Verabredung, die man mit dem damaligen Bezirksbürgermeister Schulz von den Grünen getroffen hatte – gebeten wird, dieses Grundstück dauerhaft dem Yaam zur Verfügung zu stellen. Das ist keine Wohltat, die der Bezirk alleine organisiert hat, sondern das war eine politische Entscheidung, die damals auf Landesebene getroffen wurde, um dieses Grundstück dauerhaft dafür zur Verfügung zu stellen. Der Bezirk hat den Auftrag, das rechtlich umzusetzen und abzusichern. Vor diesem Hintergrund stellt sich genau die Frage, warum der Bezirk das mit einem langfristigen Mietvertrag seit drei Jahren nicht macht, obwohl die entsprechenden bautechnischen Fragen mit der Uferwand inzwischen geklärt sind und ein langfristiger Mietvertragsabschluss zur dauerhaften Sicherung des Clubs an dem Standort allein in der Hand des Bezirks liegt. Wir erwarten ganz klar, dass das bis Ende des Jahres umgesetzt wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! Dann ist der Berichtswunsch ausgelöst. – Frau Bezirksbürgermeisterin! Sie können gern fortsetzen.

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Danke! – Dann will ich kurz noch etwas zum Görlitzer Park und zum Sicherheitsgipfel sagen. Ein Dankeschön an den Regierenden Bürgermeister auch für die Einladung zum Sicherheitsgipfel! Das sind durchgängig intensive Gespräche, die wir hier miteinander führen. Wir sind uns an manchen Punkten nicht einig; wir sind uns an vielen Punkten einig. Das können Sie der Zeitung entnehmen und dort lesen. Sie finden auf unser Bezirksamtsseite, Herr Matz, auch eine ganz lange Liste, was der Bezirk alles im Görlitzer Park und rund um den Görlitzer Park tut, auch, was wir finanziell machen. Die Gesamteinschätzung, das wird Sie nicht wundern, das konnten Sie auch in den Zeitungen lesen, ist, dass wir die Situation vor Ort als dramatische Entwick-

lung wahrnehmen, dass man den Görlitzer Park in keiner Weise isoliert betrachten kann, dass das eine Entwicklung ist: Kottbusser Tor, Reichenberger Kiez, Görlitzer Park, Wrangelkiez. – Wenn Sie sich die neuen Zahlen der Polizeistatistik anschauen, wird bestätigt, dass wir ein massives Kriminalitätsproblem, insbesondere auch im Wrangelkiez, haben. Diese inhaltliche Positionierung haben wir deutlich gemacht und machen sie in den laufenden Gesprächen deutlich.

Was wir rund um den Görlitzer Park tun, können Sie auf unserer Webseite nachlesen. Wir haben zum Beispiel Gangway vor Ort, wir haben des Parkmanagement und viele andere Maßnahmen. Ich habe zum Sicherheitsgipfel Vorschläge mitgebracht, und das ist nicht allein meine persönliche Auffassung, es hat Arbeitsgruppen gegeben, es gibt konstruktiv vor Ort mehrere Runden, Runde Tische, Praktikerinnenrunden mit Trägern, mit der Polizei, mit den Akteurinnen, mit den Anwohnenden vor Ort, die seit Jahren Vorschläge erarbeitet haben; diese Vorschläge habe ich zum Sicherheitsgipfel mitgebracht. Und dann, Herr Matz, werden Sie sehen, dass wir für den Görlitzer Park insgesamt ein Investitionsvolumen von rund 30 Millionen Euro haben, wenn man diesen Park insgesamt umbaut und auch die Wegegestaltung neu macht, die Eingänge neu gestaltet und die Häuser im Park saniert, die auch dringend sanierungsbedürftig sind. Jetzt wissen Sie, weil Sie im Hauptausschuss sitzen, dass wir mit unseren pauschalen Investitionsausgaben über Investitionen mit einem Volumen von 30 Millionen Euro gar nicht entscheiden.

Dann, und das ist korrekt, haben Frau Remlinger und ich sehr deutlich gemacht, dass das Thema soziale Antworten braucht, insbesondere das Thema Obdachlosigkeit und Sucht eines ist, das wir dringend zu adressieren haben. An der Schnittstelle haben wir im Land Berlin durchaus noch Optimierungsbedarf. Sie können mir glauben: Ich war diesbezüglich in der Vergangenheit viel im Austausch sowohl mit den für Soziales als auch für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltungen. Das ist eine schwierige Klientel und passt nicht in die normale Angebotsstruktur hinein. Leider fallen Suchtkranken und wohnungslose Menschen bei solchen Angeboten durch das aktuelle Raster durch. Dazu habe ich vor zwei Wochen, glaube ich, mit unserem Sozialstadtrat und stellvertretenen Bürgermeister Oliver Nöll und den Trägern vor Ort, den Johannitern und Fixpunkt als erfahrene Träger der Wohnungslosenhilfe und der Suchthilfe, ein Konzept vorgestellt, wie wir im Reichenberger Kiez ganzjährig eine Notunterbringung für die Nacht für über 80 Personen schaffen könnten. Ich denke, damit würden wir nicht nur in Kreuzberg, sondern für ganz Berlin einen großen Beitrag leisten. Uns fehlen aber 1,5 Millionen Euro, um das finanzieren zu können, weil sich das eben nicht mit den normalen Kostensätzen finanzieren lässt.

Das sind Punkte, die wir in den Sicherheitsgipfel getragen haben, die ich jetzt auch hier anspreche. Wenn man mehr möchte als schnelle Schlagzeilen, weil sich der Görlitzer Park schnell in Schlagzeilen wiederfindet, braucht man nachhaltige Lösungen, und dazu gehören insbesondere soziale Antworten. Die Erfahrung, die wir im Bezirk mit ganzheitlichen Konzepten machten mussten und die die Träger vor Ort machen mussten, ist, dass dafür leider der lange Atem und vor allen Dingen die Finanzierung nicht ausreichend vorhanden ist. Wir haben sehr intensiv mit der Innenverwaltung Runde Tische zum Kottbusser Tor gehabt. Hier hat das Abgeordnetenhaus – danke noch mal dafür! – im Nachtragshaushalt für dieses Jahr 250 000 Euro zur Verfügung gestellt, damit neben der Polizeiwache auch ganzheitliche Lösungen gemacht werden können. Wir als Bezirk machen insbesondere Kiezhausmeister und aufsuchende Sozialarbeit. Diese Mittel werden wir wohl nächstes Jahr nicht mehr bekommen

und haben. Das sind Erfahrungen, die wir vor Ort machen, die nicht dazu beitragen, dass wir die Situation und die extremen Folgeerscheinungen von Obdachlosigkeit und Sucht im öffentlichen Raum nachhaltig anpacken können. Dafür brauchen wir nachhaltige Maßnahmen in diesem Bereich. Das habe und werde ich weiterhin als Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg adressieren, und das sehen im Übrigen auch die Kreuzbergerinnen so, die das sehr deutlich an uns herantragen und von uns – nicht nur im Bezirk, sondern von uns gemeinsam – wirklich Antworten und Lösungen erwarten und nicht große Sprüche. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Ich habe noch zwei Wortmeldungen auf meiner Liste. – Herr Kollege Freier-Winterwerb, bitte!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Ich bin immer noch auf der Suche nach den Töpfen voll Gold und habe das nächste Thema, das ich gerne ansprechen möchte, denn auch da gibt es unterschiedliche Erfahrungen. Ich bin noch nicht so lange hier, und das sind meine ersten Haushaltsverhandlungen, aber wenn man gegenüber dem Senat das Thema Personal anspricht und beispielsweise eine Senkung für Stellen, die noch nicht besetzt sind, und so weiter vorschlägt, dann ist immer großes Entsetzen da, weil alles verplant ist, und wenn keine Personen eingestellt werden können, dann hätte man aber schon andere Ideen. Es ist also alles schon drei- und vierfach verplant; großer Skandal. Im Ergebnis ist es so: Wenn man sich anguckt, was bei den Tausenden Stellen, die wir haben, eigentlich übrig geblieben, dann fällt auf, dass da nicht mehr sonderlich viel übrig ist.

Jetzt komme ich zu den Bezirken: Auch in den Bezirken gibt es diverse Stellen – das ist übrigens wieder eine Frage an alle Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister –, die offen sind, weil sie nicht besetzt werden können. Da müssen wir nicht über BAK, Eingruppierungen und so weiter – darüber weiß ich Bescheid – sprechen. Mich interessiert, was mit dem Geld passiert, das Sie für die Stellenbesetzungen eingestellt haben, das quasi noch rumliegt. Was passiert damit, was finanzieren Sie damit? Das würde ich gern mal wissen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Bürgermeisterin! Sie haben bei der Frage zum Görli in Ihren Ausführungen des Öfteren auf Darstellungen in Zeitungen verwiesen. Das ist vielleicht ein bisschen unüblich im Hauptausschuss, aber kann man machen. Wenn ich aber in die Zeitung gucke, dann lese ich: Die Lage im Görli ist außer Kontrolle geraten. – Dann würde ich Sie persönlich mal fragen: Stimmen Sie dieser Zeitungsaussage auch zu, oder ist aus Ihrer Sicht dort fast alles tutti und in Ordnung?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Matz, bitte!

Martin Matz (SPD): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Sie haben uns eben ausführlich über den Görlitzer Park berichtet. Da waren viele Dinge mit drin, von denen im Übrigen bekannt ist, dass wir sie teilen. Dass es ein ganzheitliches Konzept geben muss, ist ausdrücklich Position der SPD-Fraktion gewesen und spiegelt sich im Senatsbeschluss des Sicherheitsgipfels wider. Da sind 25 Punkte drin, von denen die meisten gerade mit Prävention zu tun haben. Da geht es nur am Rande um einschränkende Maßnahmen, die dort auch beschlossen worden sind. Insoweit müssen wir das gar nicht inhaltlich weiter debattieren, hier geht es um den Haushalt. Ich hatte Ihnen eine ganz konkrete Frage gestellt, um die Sie jetzt noch drum-

herum gegangen sind, nämlich die Frage danach, ob es nächstes Jahr durch den Bezirk Maßnahmen geben wird, um die Beleuchtungssituation im Park zu verbessern, weil ich nämlich beim Kapitel 4500 – Allgemeine Finanzangelegenheiten –, Titel 71901 – Pauschale Zuweisungen für Investitionen – zwar ahne, dass der um 250 000 Euro höher ist, als er vorher war, weil er 2024 plötzlich so eine Biegung nach oben hat; in der Erläuterung zum Titel finde ich allerdings nichts, dass hier irgendeine Zweckbindung erfolgt ist oder dass die BVV damit dafür gesorgt hat, dass ihr Beschluss am Ende durchgeführt werden muss.

Jedenfalls hieß es in dem Antrag in der BVV, diese 250 000 Euro müssen zweckgebunden für eine bessere Beleuchtung im Görlitzer Park im Jahr 2024 eingesetzt werden, und das wurde dann ja offensichtlich mit Mehrheit von CDU, SPD und Linkspartei beschlossen. Ansonsten würden wir gern noch ein paar weitere Nachfragen sowohl zum Park als auch zu anderen Punkten schriftlich nachreichen. Da gilt ja, glaube ich, die übliche Frist bis Freitag.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Genau so ist es. Vielen Dank, Herr Kollege! – Frau Kollegin Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Ich hatte nur die kleine Nachfrage zu den Verfügungsmitteln. Die können Sie bestimmt ganz schnell beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann zur Beantwortung der vier Nachfragen Frau Bezirksbürgermeisterin – bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Grundsätzlich bedanke ich mich für die Fragen. Zu den Verstärkungs- beziehungsweise Verfügungsmitteln, Frau Schmidt, war Ihre Frage, wie hoch die sind? – [Zuruf] – Im Zweifelsfall reiche ich das schriftlich nach, denn das hat sich ja auch noch mal verändert, aber das finden Sie im Haushaltsplan unter Kapitel 4500 – Allgemeine Finanzangelegenheiten –. Die Verstärkungsmittel belaufen sich 2024 noch auf 98 000 Euro und die Verfügungsmittel auf 247 000 Euro und 2025 die Verstärkungsmittel auf 47 300 Euro und die Verfügungsmittel auf 147 000 Euro. Die waren in diesem Jahr und in den letzten Jahren wesentlich höher. In diesem Jahr insbesondere waren die Verstärkungs- und Verfügungsmittel aufgrund der Inflationsentwicklung schon vor Ablauf des Halbjahrs verbraucht.

Zum Görlitzer Park habe ich inhaltlich alles gesagt, auch deutlich gemacht, dass man den Park nicht isoliert betrachten kann, sondern sich die Situation vom Kottbusser Tor inklusive Wrangelkiez her anschauen muss, und dass es nicht zufriedenstellend und eine dramatische Entwicklung ist und die Kreuzbergerinnen und Kreuzberger zu Recht konkrete Lösungen von uns erwarten und dass diese Situation sich verbessert. Es ist nicht tragbar, wenn in Hausfluren Spritzen rumliegen. Auch da bedarf es mehr Angebote der Suchthilfe und Angebote zur Unterbringung von obdachlosen Menschen, insbesondere in der Nacht. Ich erspare Ihnen jetzt, dass wir intensiv über die Crackentwicklung sprechen. Wenn Sie sich mal weltweit umschauen, dann ist das keine Entwicklung, die wir nur in Berlin rund um den Görlitzer Park haben, sondern auch an vielen anderen Orten. Das ist eine dramatische Entwicklung, auch aufgrund der Kokainschwemme, die wir in vielen Großstädten erleben und sehen, und hier müssen wir dringend nachhaltige Antworten und Lösungen geben. Daran arbeiten wir übrigens auch in dem Lenkungsgremium, Herr Matz – ich durfte jetzt mehrfach mit der Staatssekretärin Behrendt durch den Görlitzer Park laufen –, und wir gucken auch, ob wir nicht kurzfristig Lösungen und Vorschläge finden, auch zur Beleuchtung. Und ja, die 250 000 Euro finden sich in Kapitel 4500 – Allgemeine Finanzangelegenheiten – wieder, und wenn sie sich nicht als verbindliche Erläuterung wiederfinden, dann liegt das sicherlich daran, dass das in der Überarbeitung als eine Zweckbindung gesehen wurde, die vonseiten der SE Finanzen so nicht möglich war aufgrund von Vorgaben von SenFin, wo wir aber deutlich gemacht haben im Vorwort – und das müssten Sie auch finden –, dass sämtliche BVV-Beschlüsse vom Bezirksamt einzuhalten und also auch diese 250 000 Euro für den Zweck zu verwenden sind, den die

BVV beschlossen hat, wie bei allen anderen Beschlüssen der BVV auch. Das ist selbstverständlich. – Ich hoffe, jetzt habe ich die Fragen alle beantwortet. Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich höre keinen Widerspruch. – Dann bedanke ich mich für Ihre Beantwortung. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich wünsche Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin, und Ihren Mitarbeiterinnen noch einen angenehmen Tag! – Dann kommen wir zum nächsten Bezirk.

03 Pankow

Ich begrüße auf dem Weg nach vorne Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Koch und ihre Mitarbeiterin. Wir beginnen wieder mit der üblichen Fraktionsrunde und hier zunächst mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Fragen. Fraktion der CDU? – Keine Frage vorab. Die Fraktion Die Linke? – Frau Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Ich habe Fragen zu den Stellenbesetzungen. Mir ist aufgefallen, dass die aus der Fortschreibung der Globalsumme geschaffenen zusätzlichen Stellen sehr ungleich auf die sechs Geschäftsbereiche im Bezirksamt verteilt sind. Zwei erhalten gar keine Stellen, nämlich das Sozialamt und das Jugendamt. Da würde mich schon interessieren, welche Gründe hinter dieser Entscheidung stecken, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass die Aufgaben im Sozial- und im Jugendamt nicht auch mehr werden.

Die zweite Frage ist – ich glaube, das haben wir heute noch gar nicht besprochen –: Jede Stelle ist mit einem Durchschnittssatz ausgestattet, um sie tatsächlich auch bestücken zu können, und das ist ja sogar noch mal aufgestockt worden, gerade für die neu geschaffenen Stellen, auf 60 000 Euro, glaube ich, im Durchschnitt. Ich möchte gern wissen, was davon der Bezirk auch wirklich an die Ansätze durchreicht, damit mit dem Personal besetzt werden kann, das für diese Stellen gebraucht wird, denn die Durchschnittssätze sind nun mal auch gestiegen durch die Tarifabschlüsse.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke, Frau Kollegin! – Hat die SPD-Fraktion vorab Rede- oder Fragebedarf? – Die AfD-Fraktion? – Ist nicht der Fall. – Dann, bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin, haben Sie das Wort!

Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (BA Pankow): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir freuen uns, heute mit Ihnen über den Bezirkshaushalt Pankow zu sprechen. Danke auch für die Fragen der Linken!

Ich fange mal mit den Stellen an. Ich werde jetzt nicht alles wiederholen, was die Vorrednerinnen und -redner schon gesagt haben, vieles von dem Gesagten könnten wir auch wieder so vortragen. Bei den Stellen hätte ich tatsächlich einen Schwerpunkt gemacht. In Pankow – es gab ja die Frage – sind 150 offene Stellen; es sind etwa 6 Prozent der Stellen, die offen sind. Anders als die anderen Bezirke haben wir ein relativ langes Stellenbesetzungsverfahren von teilweise neun Monaten. Wir fragen uns tatsächlich bei den vergleichenden Betrachtungen, die dann auch in den Schriftlichen Anfragen häufig angestellt werden: Wie rechnen das eigentlich die einzelnen Bezirke? – Das wäre noch mal ein Hinweis, dass Sie, wenn Sie solche Anfragen stellen, vielleicht Angaben machen, ab wann das gerechnet wird, weil das so stark differiert. Es ist uns, davon mal abgesehen, viel zu lange, und es wird auch ein Schwerpunkt

sein, sich um das Stellenbesetzungsverfahren zu kümmern, aber wenn das so weit abweicht, dann fragt man sich schon, ob das immer von denselben Parametern ausgeht. – Sie haben nach den Stellen gefragt. Dazu komme ich nachher noch. Wenn ich nicht alles konkret genug beantwortet habe, können Sie ja noch mal nachfragen.

Die Haushaltsplanaufstellung in Pankow erfolgte selbstverständlich auf der Grundlage der zugewiesenen Globalsumme. Wir haben natürlich alle Leitlinien eingehalten. Mindestveranschlagungsvorgaben konnten wir nicht überschreiten. Auch bei uns ist die Globalsumme deutlich zu gering bemessen. Sie reichte erst mal nicht aus, um neue Stellen einzurichten oder um die Bewirtschaftungsausgaben von A08 einigermaßen bedarfsgerecht zu veranschlagen oder auch um freiwillige soziale Leistungen in dem benötigten Umfang abzudecken. Wir haben keine nennenswerten Rücklagen. Das Thema wurde heute ja schon ausführlich debattiert. Wenn wir uns überlegt haben: Wie stellen wir den Haushalt auf? –, dann war die Grundlage immer die Frage: Wie erreichen wir die Bodensatzgrenze von 1 Prozent, sodass wir überhaupt einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen können? Seit Jahren ist es Pankow nicht möglich – das dürfte Ihnen auch bekannt sein –, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Auch für den Haushalt 2024/25 mussten wir eine pauschale Minderausgabe einplanen. Verschiedene Risiken, die auch von den Vorrednern angesprochen worden sind, die in allen Bezirken existieren, sind natürlich auch in Pankow vorliegend für den Haushalt. Da spreche ich noch mal die Energiekosten an, A08; die sind nicht vollständig übernommen worden durch SenFin. Auch der Inflationsausgleich wurde nur mit 2 Prozent angerechnet, es sind aber 8 Prozent real. Ich hatte mir auch vorgenommen, die Honorare für die Musikschulen hier anzusprechen. Das hat Frau Herrmann eben getan, deswegen muss ich nicht noch ausführlich darauf eingehen, aber ich würde auch noch mal gerne auf das Schreiben verweisen, das wir Ihnen zugesandt haben.

Es ist also auch bei uns von Anfang an mit einem Defizit zu rechnen, und ebenso klar ist auch in Pankow, dass wir das Sparversprechen der pauschalen Minderausgabe nicht werden auflösen können. Erst mit der Fortschreibung der Globalsumme bekamen wir dann Finanzmittel zur Verfügung, die theoretisch zwar frei verfügbar und angekündigt waren, um politische Schwerpunkte zu setzen, aber aufgrund der Darstellung einer defizitären Haushaltslage, die ich Ihnen jetzt eben auch hier geliefert habe, beschloss das Bezirksamt Pankow, die frei verfügbaren Mittel primär erst mal zur Minderung des Defizits einzusetzen.

Nur in sehr geringem Umfang hat Pankow politische Schwerpunkte gesetzt, die zusammengefasst zwei politische Ziele verfolgen: Das eine ist, die Verwaltung zukunftsfest zu machen, und zwar in den Bereichen Personal und Digitalisierung. Hier antworte ich schon teilweise auf Ihre Frage eben, Frau Dr. Schmidt, und ich gehe nachher noch mal im Detail darauf ein. Wir haben den Schwerpunkt gesetzt. Wir werden in der nächsten Zeit ein Drittel des Personals verlieren, das in den Ruhestand oder in Pension geht. Wir haben sehr lange Einstellungszeiten, wir haben eine hohe Fluktuation. Das ist heute alles schon angesprochen worden. Aus dem Grund haben wir gesagt, wir müssen einen Schwerpunkt auf die Frage Personal legen: Wie halten wir es? Wir gewinnen wir es, wenn wir es noch nicht haben? Wie arbeiten wir effektiv mit unserem Personal? Das ist eine Kernfrage, die wir in der Zukunft beantworten müssen. Auch das Thema Digitalisierung: Es ist einfach erschreckend, wenn man sich mal anguckt, wie teilweise gearbeitet wird in den Bezirken, wo wir noch stehen. Da brauchen wir einen Schwerpunkt auf die Frage: Wie arbeiten wir in der Zukunft digital? –, weil es teilweise natürlich auch unsere Attraktivität als Arbeitgeber minimiert, wenn die Mitarbeitenden sagen:

Ich arbeite ja hier wie in der Steinzeit. – Das ist keine Arbeitsbedingung, wo Mitarbeitende sagen: Das inspiriert mich, für den Bezirk zu arbeiten.

Das zweite Thema, wo wir ein kleines bisschen Geld eingesetzt haben im Haushalt, ist, Pankow unter den Bedingungen des Klimawandels als lebenswerten Ort zu sichern. Da geht es selbstverständlich um Baumpflanzungen und auch um die Biotopverbundplanung. Da geht es aber auch um Bebauungspläne, die in Pankow in der Vergangenheit nicht in dem Maße aufgestellt worden sind, wie wir sie gebraucht hätten. Auch hier ist ein Schwerpunkt in den Stellen zu sehen, und zwar sowohl im Stadtentwicklungsamt als auch im Straßen- und Grünflächenamt. Im Detail würde ich es gleich noch mal ergänzen, wenn es Ihnen nicht reicht.

Abschließend würde ich gern noch einen Punkt ansprechen – oder noch nicht ganz abschließend –: Pankow ist ein Bezirk, in dem das LAF 16 Prozent der Geflüchteten Berlins unterbringt. Eines möchte ich gerne hier betonen: Mit der Unterbringung ist eines geleistet: Die Geflüchteten haben ein Dach über dem Kopf, aber damit ist eigentlich die Aufgabe, die wir haben, noch nicht vollständig geleistet, damit ist es nicht getan. Sowohl mit Blick auf die dort bereits lebende Bevölkerung als auch natürlich mit Blick auf die hinzukommenden Geflüchteten ist es erforderlich, dass wir den Geflüchteten eine Reihe von sozialen Leistungen zukommen lassen, damit sie selber überhaupt die Chance haben, sich zu integrieren und damit auch das Zusammenwachsen der Bevölkerung in irgendeiner Weise vonstattengehen kann. Ich möchte Ihnen gerne ein Beispiel nennen, und zwar die Beschulung von Kindern. Pankow hat nicht genügend Schulplätze. Pankower Schulkinder fahren bis nach Zehlendorf zur Schule. Wir haben auch nicht genügend Willkommensklassen. Es fehlen uns, glaube ich, 300. Die genaue Zahl müsste ich Ihnen nachliefern, wenn Sie das wissen wollen. Deswegen hat die vorherige Stadträtin die „Hallo-Klassen“ erfunden. Das sind Klassenräume, die speziell ausgestattet sind für den Schulunterricht. Sie sind da, wo freie Räume waren, eingerichtet worden; allein das Problem war, dass sie aus Sicht der Schulaufsicht zu weit weg waren von regulären Schulen und deswegen nicht als Willkommensklassen anerkannt wurden. Was wäre die Alternative gewesen? Dass die Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren einfach in den Einrichtungen darauf warten, dass wir uns irgendwann mal eines Besseren besinnen, Schulen bauen – dauert 10 Jahre – und Willkommensklassen irgendwo einrichten? Ich finde, diese Option haben wir nicht, zu warten, bis diese Kinder vollends frustriert sind. Pankow hat sich deswegen entschieden, diese 30 Kinder – sind es, glaube ich – in den „Hallo-Klassen“ – viel zu wenige, was den Bedarf angeht – in unserem defizitären Haushalt zu finanzieren, 70 000 Euro. Eine Basiskorrektur haben wir dafür nicht erhalten.

Das ist nicht das einzige Beispiel, das ich Ihnen liefern könnte, sondern es gibt zahlreiche soziale Leistungen wie Sprachmittler, psychosoziale Betreuung für traumatisierte Geflüchtete, Begegnungsorte. Ich kann Ihnen zahlreiche Beispiele vorschlagen oder auch noch nachliefern, wo wir sagen, die sind gerade jetzt dringend erforderlich, damit ein – wie wollen Sie es nennen? – friedliches Zusammenleben, gedeihliches Zusammenleben, Integration auch in irgendeiner Form gelingen kann. In der Haushaltssituation mit der nicht auskömmlichen Globalsumme auch nach der Fortschreibung, die wir ja für die Defizitminderung einsetzen konnten, können wir aus unserem Haushalt diese sozialen Leistungen nicht bezahlen. Ich möchte Ihnen gerne die Forderung mitgeben: Wenn das Land bei uns unterbringt – 16 Prozent der Geflüchteten Berlins sind in Pankow untergebracht –, dann muss das auch mit einer finanziellen Unterstützung für die dringend erforderlichen sozialen Leistungen einhergehen. Man kann den Bezirk damit nicht alleinlassen.

Tatsächlich abschließend würde ich gern zu folgendem Aspekt kommen: Die KLR ist heute angesprochen worden; ich möchte aber nicht die Frage ansprechen, ob der Median geeignet ist, um letztendlich unser Budget aufzustellen, sondern ich möchte ganz kurz ein Beispiel aus den Musikschulen mit Ihnen teilen, um zu sagen, dass die KLR zumindest an manchen Stellen genauer gefasst werden muss, um wirklich genutzt zu werden. Das zeigt ein Vergleich der KLR bei den Musikschulen. Es gibt ja ganz offensichtlich, wenn Sie mal auf diesen Vergleich schauen, keine Vorgaben, wie die Budgetierung, also wie das Produkt zu befüllen ist mit den Angaben. Wenn Sie sich die Anzahl der geleisteten Musikschulstunden ansehen, dann haben Bezirke mit vergleichbar hohen Musikschulstunden sehr unterschiedliche Angaben, wie viel Infrastruktur sie gebucht haben. Selbstverständlich bebucht ein Bezirk wie Pankow, der eine funktionierende, extra eingerichtete Musikschule hat, seine Unterrichtsräume auch. Andere Bezirke nutzen zum Beispiel Schulen, wenn ich das richtig weiß. Das könnte zwar eine gute Idee sein, aber ich meine, dass dann auch die Raumnutzung von den Schulen in dieses Budget gebucht werden sollte oder zumindest eine Mindestveranschlagung pro geleisteter Unterrichtsstunde, weil es in den Bezirken, die jetzt noch Schulen nutzen, einen sehr hohen Druck auf die Schulräume gibt. Die werden das in Zukunft auch nicht mehr tun können. Das heißt, Pankow ist da, wo die anderen noch hinwollen. Wir haben eine funktionierende, eingerichtete, spezielle Musikschule. Das ist auch gut so, weil das einen guten Musikschulunterricht bietet. Aber wir leiden natürlich darunter, dass wir diese Raumkosten dann in der KLR der Musikschulen bebuchen müssen, was uns dann natürlich direkt Nachteile beim Haushalt gebracht hat. Da gab es noch mal eine Summe von 6,5 Millionen Euro, die verteilt worden ist. Die wurde auch KLR-basiert verteilt auf die Bezirke. Da haben wir dann entsprechend weniger Geld bekommen wegen der negativen KLR.

Es gibt also eine Reihe von Planungsunsicherheiten in dem Haushaltsaufstellungsverfahren. Das ist das, was ich noch mal ansprechen wollte. Was uns helfen würde, wäre eine 100-prozentige Basiskorrektur für Bereiche wie die Energiekosten zum Beispiel, wo man sagen kann: Das ist nichts, was wir beeinflussen können. – Wir könnten auch noch andere Aspekte aufführen. Im Ergebnis hat Pankow ein Defizit von 6 Millionen Euro je Planjahr, und das ist die pauschale Minderausgabe, die wir veranschlagt haben, von der wir sagen können, dass wir jetzt nicht wissen, wie wir die auflösen sollen. – So weit von mir.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Dann komme ich zur Wortmeldung der Kollegin Klein. – Bitte schön!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe zwei Fragen, einmal Richtung SenFin: Zu Beginn, Frau Bezirksbürgermeisterin, hatten Sie zu den Stellenbesetzungsverfahren und zu der Länge berichtet, und da ist die Frage aufgetaucht, ob es eine Art Leitlinie gibt, was als Stellenbesetzungsverfahren gilt, wann es anfängt und wann es aufhört, oder ob sich die Bezirke das sozusagen selber ausdenken dürfen und eventuell dort dann auch Unschärfen entstehen, wenn wir Abgeordnete abfragen: Wie lange dauern die Verfahren?

Auch an Pankow geht die Frage, die ich vorhin Herrn Hikel gestellt habe: Pankow ist ja einer der drei Bezirke, die den Piloten Kommunalisierung der Schulreinigung vorantreiben wollten. Haben Sie daran immer noch Interesse? Machen Sie da was, oder haben Sie das losgelassen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Herr Kollege Rauchfuß, bitte!

Lars Rauchfuß (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde gern bei dem schon bestellten Bericht zu den Musikschulen noch mal einhaken, weil sich inzwischen drei von vier Bezirken dazu geäußert haben und ich den Eindruck habe, mit dem, was wir bisher an Bericht angefordert haben, werden wir das Problem nicht lösen. Ich befürchte, wir bekommen dann das geliefert, was uns bisher auch schon berichtet wurde, also unterschiedliche Auffassungen zwischen Senatsfinanzverwaltung und Bezirken, wer es denn jetzt zu bezahlen hat. Weil es die Bezirke gesagt haben: Welche Optionen hat man eigentlich in der gegenwärtigen Situation? Ich will noch mal darauf hinweisen, dass wir mit dem aktuellen Doppelhaushalt, dem jetzt gültigen, den Auflagenbeschluss B Nr. 134 gefasst haben, wo wir gesagt haben: bei der Umsetzung der Honorarerhöhung keine Reduzierung von Angebotsstunden und auch keine Erhöhung der Entgelte. – Das waren die beiden Vorschläge, die bisher als Ausweg aus diesem Dilemma hier in der Runde gemacht wurde. Jetzt verstehe ich die Bezirke auf der anderen Seite aber auch, deshalb würde ich SenFin bitten, uns jetzt nicht wieder nur die Position aufzuschreiben: Na ja, bei der Plafondfortschreibung in zwei Jahren ist ja alles tutti, und bis dahin müssen die Bezirke irgendwie sehen, wie sie klarkommen –, denn auch das löst unser Problem nicht. Deshalb würde ich gern diese Berichtbitte konkretisieren: Wie kommen wir aus dieser Frage raus, und gibt es eine Einigung zwischen Senat und Bezirken, um dieses eine Jahr bis zur Planfondfortschreibung zu überbrücken?

Ich würde gern einen zweiten Punkt mit reinnehmen, weil das die Bezirksbürgermeisterin gerade gesagt hat: Wir sollten den KLR-Aspekt und die Infrastrukturkostenrelevanz bei der Aufteilung dieses Budgets auf die Bezirke bitte in dem Bericht auch mitberücksichtigen, damit da keine Ungerechtigkeiten entstehen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Ich hatte ja vorhin gefragt, warum die zusätzlichen Stellen nur in vier Bereiche gehen. Ich würde die Frage gern schriftlich nachreichen, denn die Antwort war für mich nicht nachvollziehbar, warum die Entscheidung so getroffen wurde.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann ist das so vorgemerkt, Frau Kollegin! – Zur Beantwortung zunächst Herr Staatssekretär Schyrocki, bitte!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Abgeordnete! Die Frage der Stellenbesetzungsverfahren beschäftigt uns ja dieser Tage sehr intensiv und ist, glaube ich, einer der entscheidenden Faktoren zur Nachbesetzung und Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Insofern nur die Antwort: Bei unseren Abfragen in den Bezirken geben wir natürlich ganz klar den Zeitpunkt vor, und insofern ist der auch klar definiert, aber der Zeitraum von der Stellenausschreibung bis zur Stellenbesetzung ist ja nur ein Teil des gesamten Stellenbesetzungsverfahrens. Im Rahmen unseres Personalentwicklungsprogramms 2030 stehen ja das Stellenbesetzungsverfahren und die Dauer von Stellenbesetzungsverfahren in einem besonderen Fokus. Insofern muss man sich den gesamten Prozess vom Entstehen einer Vakanz in der Behörde bis zur Besetzung angucken. Das ist der spannende Prozess, der auch vor der Stellenausschreibung stattfindet. Wie lange dauern diese Prozesse mit Anforderungsprofil, BAK und dergleichen? Wir haben das perspektivisch in unsere Planung mitaufgenommen und arbeiten auch schon daran, wie wir diese Sachen messen und letztendlich da auch zu einer Beschleunigung kommen können. Aber, wie gesagt, diese bishe-

rigen abgefragten Zahlen sind klar definiert, und insofern sind die zwischen den Bezirken auch vergleichbar.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann, Frau Bezirksbürgermeisterin, haben Sie das Wort. Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (BA Pankow): Vielen Dank! – Wir haben ja eine Reihe von Fragen, die gestellt wurden, die wir sowieso schriftlich beantworten. Die Schulreinigung gehört dazu, dazu kann ich jetzt keine Antwort geben.

Zu den Stellen habe ich vielleicht Dinge nicht ausgedrückt, die ich sagen wollte. Sie haben 25 Stellen auf einen Stellenkörper von 3 000 Stellen und 6 Geschäftsbereiche. Was wollen Sie damit machen? – Das war die Ausgangsüberlegung. Wenn Sie da zwei, drei oder vier Stellen einfach mengenmäßig in einen Geschäftsbereich reingeben, versickern die. Was geschieht damit? – Die Überlegung war folgende: Wir müssen Probleme angehen. Wir müssen schwerpunktmäßig mit diesen wenigen Stellen versuchen, Probleme zu lösen, die wir haben, und da ist ein wesentliches Thema Personal, ein zweites Thema Digitalisierung, ein drittes Thema Bebauungspläne, und dann haben wir vor allen Dingen die Impfstelle noch aufrechterhalten. Es ist im Übrigen nicht so, dass Geschäftsbereiche keine Stellen bekommen haben, sondern das Jugendamt hatte bereits mit dem Haushaltsplan eine Stelle „Kinderarmut“ bekommen, und die „kinderfreundliche Kommune“ ist letztendlich eine Organisationsstelle, eine Projektleitungsstelle, die zwar in der SPK angesiedelt ist, aber auch viele Projekte im Jugendamt befördert, und da kommen ja auch noch zusätzliche Stellen. Insofern kann ich jetzt nicht sehen, dass es da Geschäftsbereiche gibt, die keine Stellen geschaffen haben, aber der Hauptfokus war: Was können wir mit 25 Stellen erreichen? Wo müssen wir einen Schwerpunkt setzen?

Ich will gerne außer zur Digitalisierung auch noch mal zu den Personalstellen was sagen, das ist nämlich vielleicht auch interessant: Wir haben dezidiert eine Stelle für Anforderungsprofile und BAK benannt, wie es hier schon angesprochen worden ist. Auch in Pankow haben wir einen extremen Rückstand an Anforderungsprofilen und BAK. Das vor die Klammer gezogen: Die Idee war nicht nur, Probleme zu lösen mit diesen Stellen und da Schwerpunkte zu schaffen, sondern bei allen Stellen den Fokus darauf zu legen, dass eine Stelle für möglichst alle Geschäftsbereiche arbeitet, eine Serviceorientierung für möglichst alle Geschäftsbereiche hat oder zumindest für mehrere Geschäftsbereiche Schnittstellenprobleme löst. Das werden Sie sehen bei dieser Stelle Anforderungsprofil/BAK. Die ist zwar in der Serviceeinheit Personal angesiedelt, wird aber wird für alle Geschäftsbereiche tätig sein.

Die nächste Stelle ist durchaus innovativ und seit langem gefordert. Wir werden in der Serviceeinheit Personal einen Changemanager einstellen, und diese Person wird nicht nur in der Serviceeinheit Personal arbeiten, sondern als Erstes beispielsweise ins Sozialamt gehen. Das ist schon verabredet. Sie wissen sicherlich auch, dass die Sozialämter Berlins alle in einer schlechten Verfassung sind, im Bezirksamt Pankow kurz vor dem Zusammenbruch. Dieser Changemanager – oder diese Frau, wie auch immer – wird als Erstes im Geschäftsbereich Soziales tätig sein, um dort die Arbeitsprozesse, den Personaleinsatz und das Klima innerhalb des Personals anzugehen.

Die dritte Stelle – um Ihnen auch davon einen Eindruck zu geben, wie die Stellen ausgewählt wurden – wird Arbeitgeberattraktivität und Mitarbeitendenbindung betreffen. Das heißt, es ist auch eine Stelle, die sich um alle Geschäftsbereiche kümmert. Bei Digitalisierung versteht sich das von selber, Bebauungsplanung erklärt sich auch. Das sind eben Schnittstellen zwischen SGA und Stadtentwicklung. So war die Überlegung: Wie machen wir möglichst viel aus den wenigen Stellen, die wir haben, Stellen, die mehreren Geschäftsbereichen dienen, wenn nicht sogar allen, und grundlegende Probleme lösen? – Trotzdem kriegen Sie es natürlich schriftlich.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Tag und Ihrer Mitarbeiterin natürlich auch.

Ich komme zum nächsten Bezirk

04 – Charlottenburg-Wilmersdorf

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Bauch und ihre beiden Mitarbeiter. Wir beginnen wieder mit der Fraktionsrunde. Ich frage die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Wortmeldungen. CDU-Fraktion? – Die Fraktion Die Linke? – Frau Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Im Prinzip geht es auch bei Charlottenburg-Wilmersdorf noch mal um das Personalthema, darum, wie da jetzt die Stellenbesetzung vorangeht, wie viele Stellen nicht besetzt sind. Letztendlich – vieles kommt ja dann auch schriftlich – geht es uns darum zu gucken: In welchen Bereichen ist es besonders schwierig, Personal zu finden, und wo dauert es besonders lange, die Stellen zu besetzen? Vielleicht können Sie dazu noch mal was sagen, denn 9 Prozent nicht besetzter Stellen ist ja doch eine erhebliche Zahl.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann für die SPD-Fraktion Herr Kollege Rauchfuß!

Lars Rauchfuß (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich würde nur gern kurz die Bitte mitgeben, dass Sie etwas expliziter auf Höhe und Auflösung der PMA bei Ihnen im Bezirk eingehen, denn wir haben es hier mit einem strukturellen Thema zu tun, das ja auch schon im letzten Doppelhaushalt eine Rolle spielte, also ob die PMA insbesondere auf Kosten des Personals aufgelöst wird. Mit dem Verhängen der Haushaltssperre bei Ihnen im Bezirk hatten Sie im bezirklichen Hauptausschuss ja vorgetragen, dass Sie durchaus schon eine andere Strategie verfolgen, nämlich eher über Personalvitalisierung sozusagen Mengen zu schreiben, um dann bei der Refinanzierung besser dazustehen. Wenn Sie vielleicht zur Höhe und Auflösung der PMA und zur strategischen Frage, wie Sie aus der Abwärts- in eine Aufwärtsspirale kommen wollen, etwas sagen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Für die AfD-Fraktion Herr Kollege Wiedenhaupt.

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Bürgermeisterin! Ich möchte mich anschließen beim Thema PMA, wobei Sie ja, wenn ich das richtig gelesen habe, beim Personal gar keine PMA hinterlegt haben, aber Sie haben im Gegensatz zu den anderen Bezirken zwei Positionen geteilt: Sie haben eine allgemeine PMA von 7,9 Millionen und eine Hochbau-PMA von 2,6 Millionen Euro. Da sind wir bei über 10 Millionen Euro. Insofern würde mich auch interessieren, wie Sie dieses auflösen möchten.

Eine zweite Frage: Auch bei Ihnen ist erkennbar, dass die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung deutlich gestiegen sind oder Sie es prognostizieren. Von 7,7 Millionen geht auf 13 Millionen Euro. Das ist ja ein deutlicher Zuwachs. Inwieweit ist das realistisch, oder ist es eher so, wie wir das von Ihrer Kollegin Remlinger gehört haben: Na ja, wir mussten ja irgendwie den Haushalt zum Ausgleich bringen, und dann haben wir diese Position eingestellt?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann, bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin, haben Sie das Wort!

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich mache das jetzt mal so, dass ich auf diesen ganzen Paradigmenwechsel in der Aufstellung öffentlicher Haushalte nicht eingehe. Wir haben es gehört: Wir stehen alle gleichermaßen vor denselben Problemen von Inflationskosten, Mindestlohnerhöhung, Baukostensteigerung, Energiekostensteigerung. Sie wissen das alles. Ich gehe jetzt explizit auf Charlottenburg-Wilmersdorf ein.

Wir sind nach der Globalsummenzuweisung mit 21 Millionen Euro Defizit in die Aufstellung dieses Haushalts gegangen, wobei man ehrlicherweise dazu sagen muss – wir hatten ja das Thema vorhin –: Wir sind einer der Bezirke beziehungsweise der Bezirk mit dem richtig negativen Jahresergebnis gewesen. Wir sind also quasi nicht bei null in diese Aufstellung gegangen, sondern bei minus 4,7 Millionen Euro. Was war da los? – 1,9 Millionen von diesen 4,7 Millionen Euro resultieren daraus, dass wir – die Frage stand vorhin auch schon mal im Raum – unsere Personalmittel im Jahr 2022 überschritten haben. Eigentlich haben wir sie um 4 Millionen Euro überschritten, nach Basiskorrektur waren es dann, Gott sei Dank – in Anführungsstrichen –, „nur“ noch 1,9 Millionen. Ich sage das bewusst, denn Personalmittelüberschreitung ist fiskalisch ein Defizit, bedeutet aber Menschen, die arbeiten, die Produkte produzieren können. Das war auch einer der Gründe, warum wir diese Haushaltssperre verhängt haben. Wir haben klar gesagt: So was darf uns nicht noch mal passieren, weil wir eben keine Überträge mehr haben, die wir dann in die Aufstellung eines Haushalts stecken könnten. – Das heißt, wir standen wirklich mit dem Rücken zur Wand und haben uns gerade das Personal ganz genau angeguckt. Ich komme gleich noch mal darauf zurück.

Vielleicht ein paar Zahlen: Charlottenburg-Wilmersdorf hat ein Haushaltsvolumen von 871 Millionen Euro im Jahr 2024 – ich bleibe jetzt mal bei 2024, denn das ist unser hartes Jahr –, davon sind 854 Millionen quasi gebunden. Das heißt, wir haben eigentlich nur 17 Millionen, wo wir als Bezirk steuern können. Was wir machen können – damit komme ich auf diese strategische Debatte, darüber habe ich letztes Mal schon gesprochen –, ist die KLR. Das wurde bei uns lange Zeit nicht gemacht. Das haben wir ganz massiv verstärkt. Vorhin kam mal die Frage: Was waren die positiven Dinge bei der Haushaltsaufstellung in Charlottenburg-Wilmersdorf? – Da muss ich ganz klar sagen, dass ich sehr dankbar dafür bin – Sie können sich vorstellen, es ist etwas ziemlich Trockenes, wenn man sich diese Produktblätter anguckt und sich mit Kosten- und Leistungsrechnung beschäftigen muss –, dass wir es geschafft haben, erstens das Controlling personell zu verstärken. Ich freue mich, dass wir das Controlling, also den Steuerungsdienst, auch bei Personal und Haushalt mit integrieren konnten und dass wir es geschafft haben, im ganzen Haus durch Schulungen überhaupt ein Grundverständnis zu entwickeln, dass all die Produkte, die wir produzieren, eine Auswirkung darauf haben, was für eine Globalsumme wir am Ende bekommen. In dem Fall, kann ich nur sagen, sind wir bei diesen strategischen Überlegungen immer noch ganz massiv hinterher, gemeinsam als ganzes Bezirksamt. Auch das war etwas sehr Positives zu sehen, dass wir da alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Also das haben wir verstärkt. Der strategische Gedanke oder Moment ist immer noch da, es dauert halt nur ein bisschen, bis das dann wirksam wird.

Jetzt komme ich zum Personal. Wir haben, wie gesagt, diese 1,9 Millionen Euro Defizit gehabt, und dann haben wir uns natürlich überlegt: Wie können wir das in Zukunft verhindern? Also haben wir uns entschieden, die Stellen, die besetzt sind, plus die Stellen, wo wir auferlegt bekommen haben, dass wir die auf jeden Fall einsetzen müssen – Stichwort AG Ressourcensteuerung –, erst mal auszufinanzieren. Das haben wir gemacht, und dann haben wir fest-

gestellt, dass eigentlich die gesamten Personalmittel, die aus der Globalsumme kommen, aufgebraucht sind. Das heißt, fiskalisch betrachtet haben wir gerade mehr oder minder eine Vollbesetzung, inhaltlich, was die Arbeit angeht, haben wir immer noch – Sie haben es gerade gesagt – über 9 Prozent unbesetzte Stellen. Diese Stellen haben wir in unserem Stellenplan drin gelassen. Ich habe das in der Haushaltsplanaufstellung einen ehrlichen Stellenplan genannt, weil er ganz genau zeigt: Wie viel Geld haben wir für Personal, das bei uns konkret im Haus ist? – Es war nicht einfach, diesen bezirklichen Durchschnittssatz zu errechnen, das war ein ziemlich komplexes Unterfangen, aber er war für uns sicherer als der von SenFin, denn da lagen wir mit unseren Prognosen daneben, sonst hätten wir nicht dieses Defizit erzielt. – Das vielleicht erst mal zum Personal.

Vorhin kam die Frage: Wie lange dauern Stellenbesetzungen bei uns? – Wir haben es schlicht gerechnet – Herr Schyrocki, Sie haben es ja schon gesagt, das ist ein langes Prozedere, wo auch ganz viel davor ist –: Von der Veröffentlichung der Stellenausschreibung bis zur Besetzung der Stelle – die Person ist da und fängt an zu arbeiten – dauert es bei uns im Durchschnitt drei Monate. Mangelberufe sind immer noch die, die am schwersten zu bekommen sind, sprich – Sie wissen es alle –: Es sind Ärzte, es sind IT-ler, es sind Sozialarbeiter, es sind Ingenieure. Das sind so die klassischen Stellen. Das klingt jetzt irgendwie traurig, aber dadurch, dass wir sowieso im Moment quasi nicht oder nur sehr begrenzt einstellen können, ist es für uns im Moment irrelevant, ob Mangelberuf oder nicht, weil wir eben unsere Stellen auf eine ganz andere Art und Weise controllen müssen.

Also wir hatten diese 21 Millionen Euro Defizit, wo, wie gesagt, diese 4,7 Millionen negativer Jahresabschluss mit drin waren. Noch mal ganz herzlichen Dank an den Senat, dass wir diese 100 Millionen Euro bekommen haben, denn bei den 21 Millionen waren wir schon kurz vorm Kapitulieren, um mal ganz ehrlich zu sein. Durch das Geld, das wir dann bekommen haben, sind wir realistisch in die Nähe gekommen, überhaupt einen zulässigen Haushalt aufzustellen. Ich habe vorhin gesagt, 871 Millionen Euro, das heißt, wir sind ungefähr – ich runde mal – bei etwas über 8 Millionen Euro, wo man 1 Prozent PMA hätte. Wir haben jetzt im Bezirk eine PMA von 7,9 Millionen Euro. Ich sage ganz offen: Wir haben keine Vorstellung davon, wie wir sie auflösen. Wir wissen es schlicht nicht.

Ich gucke gerade: Habe ich noch irgendwas an Fragen vergessen? – Fragen Sie mich gerne noch mal. Ich bin mir gerade nicht sicher, ob ich irgendwas von den Fragen, die im Raum standen, vergessen habe. Auf jeden Fall mussten wir, um überhaupt in die Nähe dieser 7,9 Millionen Euro PMA zu kommen, im Bereich dieser 17 Millionen, die ich vorhin erwähnt habe, kürzen. Um es ganz klar zu sagen – die Frage wird gleich wieder kommen –: Wir kürzen nicht im sozialen Bereich, zumindest nicht, um erst mal eine zulässige PMA zu erreichen. Das heißt, wir haben im Bereich Schulreinigung, im Bereich Prämien gekürzt, was auch echt ein Problem ist. Sie wissen, wir reden viel über Personalbindung. Sie können davon ausgehen, dass wir als Bezirksämter statistisch gesehen ungefähr alle sechs Jahre unser Personal komplett ausgetauscht haben – nur um mal deutlich zu machen, was für eine hohe Fluktuation wir haben, wenn man alles zusammenrechnet, also Pensionierungen plus Leute, die einfach gehen. In dem Bereich haben wir gespart und sind dann zu den 7,9 Millionen Euro gekommen, aber wie wir die auflösen, wissen wir nicht.

Mir fällt gerade ein, Sie hatten noch zur Parkraumbewirtschaftung gefragt. Bei der Parkraumbewirtschaftung haben wir tatsächlich anfänglich eine Rücklage gebildet, denn wir müssen

diese Zonen ja auch einrichten. Dann stand ja auch lange noch der Gebührenrahmen des Landes im Raum, die Gesetzesänderung, dass die Gebühren erhöht werden. Deswegen waren wir uns lange nicht sicher, womit wir am Ende wirklich realistisch rechnen können. Dann kam es ja, Gott sei Dank, dazu, dass die Einrichtung der Parkraumzonen aus SIWANA-Mitteln finanziert werden kann. Dadurch hatten wir ein Stück mehr Geld zur Verfügung, wo wir vorher dachten, dass wir es als Bezirk aufbringen müssen. Wir werden jedes Jahr zwei Parkraumbewirtschaftungszonen einrichten. Insofern konnten wir das so realistisch hochrechnen, dass wir wussten, dass SenFin uns nicht sagen wird, dass diese Hochrechnung der Einnahmeerwartung nicht zulässig ist.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeistern! – Dann rufe ich die Wortmeldung des Kollegen Ziller auf. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch Ihnen für die Darstellung der Situation! Sie waren jetzt nicht der erste Bezirk, aber ich fand die Ausfinanzierung der Personalstellen doch noch mal dramatisch und die drohende, wenn ich es richtig verstanden habe, zumindest Zögerlichkeit bei der Einstellung von Stellen, die eigentlich da sind und gebraucht werden, ob im Wohnungs-, Bürgeramt oder sonst wo. Der Senat ist ja, auch mit Unterstützung der Opposition, gleichzeitig auf einem Weg, die Stadt zum Funktionieren zu bringen, und auf Initiative von Kai Wegner gibt es jetzt auch einen neuen Versuch, mit Bezirken und Land zusammen tatsächlich mal einen Schritt nach vorne zu kommen. Gerade wenn man weiß, dass das Funktionieren der Stadt am Ende auch von den Mitarbeiterinnen in den Bezirken abhängt, macht mich das jetzt doch stutzig.

Ich versuche mal zu beschreiben, wie ich es verstanden habe, und vielleicht können Sie dann noch mal darstellen, was davon richtig und was falsch ist und was man vielleicht besser noch mal schriftlich darstellt: SenFin weist für die Personalstellen, die da sind, einen Pauschalbetrag für die Globalsumme zu, sozusagen den Personalkostenanteil, und die Bezirke haben, je nachdem, wie sich die Personalstruktur darstellt, ob man mehr E-6er oder mehr E-13er hat, dann das Problem, dass sie ihre Stellen doch nicht ausfinanzieren können, weil sie sozusagen in dem echten Ausgeben einfach drüber sind. Oder stellen die Bezirke von dem Geld, das sie von SenFin kriegen, weniger für Personal ein, weil sie glauben, dass Stellen sowieso unbesetzt bleiben? – Ich würde gern verstehen, wo genau die Schwierigkeit ist, um die Stellen, die ja in den Stellenplänen stehen und damit eigentlich anerkannt gebraucht werden, tatsächlich zu bezahlen. Ich fände es gut, wenn wir da zumindest erst mal zu einem gemeinsamen Verständnis, was Fakt ist, kommen, und dann können wir überlegen, wie man das Problem löst. Ich würde mich nicht damit zufriedengeben, dass wir jetzt sagen, wir schaffen in den Bezirken systematisch, auch zur Auflösung der PMA, nicht mehr die Stellen, die wir eigentlich brauchen und vereinbart haben zu besetzen. Das fände ich den falschen Schritt. Insofern freue ich mich über Erhellung.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Staatssekretär Schyrocki, bitte!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen nur bestätigen, dass der Regierende Bürgermeister das auch mit den Bezirksbürgermeistern thematisiert hat und wir auch beim Thema Bezirksfinanzierung sicherlich daran arbeiten werden. Meines Erachtens ist es auch ein ganz entscheidendes Thema, dass wir dahin kommen, dass wir keine Scheindiskussion über die Stellenvertretung – wir weisen Stellen zu, die letztend-

lich aber doch nicht besetzt werden –, über die Leistungsfähigkeit einzelner Behörden und dergleichen haben. Da müssen wir gemeinsam zu einem authentischen System kommen – das wäre jedenfalls meine Zielstellung und, ich glaube, auch die des Regierenden Bürgermeisters –, das letztendlich auch die Leistungsfähigkeit abbildet. Ich würde gern mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender, meinen Kollegen Herrn Weidenhammer bitten, das aktuelle System noch einmal zu beschreiben, wie es derzeit läuft.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Sehr gerne. – Bitte schön!

Michael Weidenhammer (SenFin): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das mache ich natürlich gerne. Grundsätzlich ist es so, dass wir im Rahmen der Globalsummenerstellung eine Teilplafond Personal aufstellen, der dann in die Globalsumme fließt und über die Kosten- und Leistungsrechnung verteilt wird. Das ist erst mal der Grundsatz. Danach ist es eine Mär, dass wir Stellen finanzieren oder nicht finanzieren. Wir geben nur die Mittel dazu rein, die Bezirke sind in eigener Verantwortung gefragt, wie sie die Personalausgaben veranschlagen. In der Regel geben wir Richtwerte vor, was wir veranschlagen würden, daran sind die Bezirke aber nicht gebunden. Sie veranschlagen mehr oder weniger, je nachdem, wie sie das persönlich einschätzen. Das heißt, grundsätzlich geben wir keine Stellen rein, sondern wir finanzieren nur Summen.

Ansonsten – um vielleicht auch dieses Gerücht gleich aufzulösen –: Alles, was wir über die AG Ressourcensteuerung zusätzlich in die Bezirke geben, muss nicht von den Bezirken finanziert werden. Das finanziert der Senat dann im Nachgang mit einer Zusage für die Basiskorrektur, aber Basiskorrekturzusagen sind bares Geld. – Das wären jetzt die ersten Aussagen dazu.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Direkt dazu gab es eine Wortmeldung des Kollegen Schneider. – Bitte!

Torsten Schneider (SPD): Ich habe mich gar nicht zu Wort gemeldet, ich habe gesagt, ich möchte ein Wortprotokoll. – Hier steht politisch im Raum: Der Bezirk Charlottenburg sagt, er bekommt weniger Geld, als er Stellen hat. Der Senat sagt, er weist Pauschalen zu. Das sind zwei politische Aussagen. Ich möchte jetzt Zahlen hören. Welche Zahl pro rata weist der Senat zu, und welche Zahl pro rata veranschlagt der Bezirk? Dann sehe ich ja, ob es da ein Delta gibt, und dann haben wir eine politische Situation. Ich will keine Prosa mehr, sondern Zahlen, gerne auch schriftlich.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann wird es ein Wortprotokoll geben. – Frau Bezirksbürgermeisterin, Sie wollten direkt dazu auch noch etwas sagen. Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Genau, ich würde das gerne ergänzen. – Es ist so, dass wir Geld über die Globalsumme für Personal auf der Basis eines Ist des Basisjahrs bekommen. Um mal Zahlen zu nennen: Das waren im Jahr 2022 120 Millionen Euro. Jetzt haben wir für Personal 124 Millionen Euro ausgegeben, wovon ein Teil basiskorrigiert wurde, das ist korrekt, und sind sozusagen 1,9 Millionen Euro drüber gewesen. Selbstverständlich können wir als Bezirk entscheiden, ob wir jetzt sagen, wir geben nicht so viel. Deswegen ist das Personal eine der Schrauben, wo man als Bezirk theoretisch steuern kann. Aber ich glaube, wir brauchen nicht darüber zu diskutieren, dass wir alle nicht

weiterkommen, wenn wir sagen, wir stellen jetzt kein Personal mehr ein, sondern nehmen das Geld und machen damit irgendwas anderes. Insofern geht es eher um die Frage: Wie viele Personalmittel mehr können wir noch obendrauf packen?

Was wir gemacht haben, ist, dass wir uns einen Stichtag ausgesucht haben, wo wir gesagt haben, wir gucken ganz genau: Wer ist bei uns an Personal im Haus? Das heißt, man muss ganz genau gucken: Wer ist in welcher Gehaltsstufe im Haus? Wer ist Teilzeit im Haus mit wie vielen Stunden? – und so weiter und so fort. Das haben wir mit einem Durchschnittssatz hochgerechnet, denn das kann man natürlich nicht für jeden Einzelnen berechnen, dann ist man ja Ewigkeiten beschäftigt. Das ist ja etwas Ähnliches, wie SenFin mit seinem Durchschnittswert auch macht. Wir haben uns dann von diesem Tag ausgehend überlegt: Welche Ausschreibungen haben wir noch laufen, und welche Höhergruppierungen und so laufen noch? – Das sind ja Sachen, die müssen und wollen wir als Bezirk auf jeden Fall bezahlen, denn unser Ziel ist natürlich, dass die Menschen, die bei uns sind, sich auch entwickeln dürfen. Entsprechend haben wir diesen Personalansatz um 4 Millionen Euro erhöht. Das heißt, wir haben in diesem Doppelhaushalt jetzt 137 Millionen Euro drin – um einfach konkrete Zahlen zu nennen, die dann auch im Protokoll stehen. Diese 137 Millionen reichen aber nicht aus, wenn man sich alle Stellen anschaut. Man kann jetzt darüber streiten, wo diese Stellen herkommen, man kann sich fragen: Wie viele Menschen braucht man, um 100 Personalausweise zu produzieren? Man kann über all das natürlich streiten, aber man hat diese Stellen über Jahre in einem Stellenplan gehabt, und ob diese Aufgaben alle notwendig sind oder nicht notwendig sind und ob man sie vielleicht auch mit zehn Personen weniger schaffen würde, ja oder nein, das ist natürlich eine Debatte, die wir führen müssen. Aber wir haben entschieden: Wir machen uns ehrlich, wir wissen genau, was die Personen, die bei uns im Bezirksamt arbeiten, kosten, und gucken dann, wie viel Geld wir im Haushalt haben, um dann zu sagen: Gibt es überhaupt noch Stellen, die wir finanzieren können?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte, Ihre Frage!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Danke, Frau Bürgermeisterin, für die ausführlichen Ausführungen! Ich habe eine Verständnisfrage: Wir haben pauschale Minderausgaben von 7,9 Millionen Euro. Sie haben aber weitere pauschale Minderausgaben für Investitionen im Hochbau mit 2,6 Millionen Euro stehen. Wie darf ich das sehen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Bezirksbürgermeisterin, bitte!

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Das ist eine systemische PMA, die wird sozusagen nicht gerechnet. Aber ich würde gerne meinen Haushälter Herrn Köppen bitten, das zu erklären. Der kann das nämlich definitiv fachlicher als ich.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön, Herr Köppen!

Robert Köppen (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Vielen Dank, geht auch ganz schnell! – Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat ein Verfahren genutzt, das die Senatsfinanzverwaltung zugelassen hat im Rahmen der Aufstellung des Investitionsprogramms, wonach es unter bestimmten Bedingungen der Verteilung der pauschalen Zuweisung für Investitionen möglich war, Maßnahmen der Berliner Schulbauoffensive zusätzlich im Maßnahmenrahmen

der pauschalen Zuweisung, also unter 5,5 Millionen Euro, zu veranschlagen. Diese Raten, die pro Jahr dann veranschlagt sind, werden im Haushaltsplan buchhalterisch zunächst mit einer pauschalen Minderausgabe sozusagen ausgeglichen. Das heißt, wir müssen die in dem Sinne nicht bedienen, sondern die deckt erst mal nur den Ausgleich ab. Im Rahmen des Jahresabschlusses funktioniert es dann so, dass weitere Bedingungen zu erfüllen sind, nämlich, kurz gegriffen, die 100-prozentige Verausgabung des Gesamtvolumens der pauschalen Zuweisung. Alles, was darüber hinausgeht und für diese dann über den Durst, wenn ich es so formulieren darf, veranschlagten BSO-Maßnahmen tatsächlich im Ist geflossen ist, wird von uns dann im Rahmen der Basiskorrektur ausgeglichen. Das heißt, es ist nur ein Nachweis und wird in der Prüfung der pauschalen Minderausgaben durch SenFin auch nicht angerechnet, weil es eben systemisch bedingt ist.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Kollege Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank! – Ich hätte gern eine Aufstellung der Senatsfinanzverwaltung über die gesamten Hauptgruppe 4, Bezirke und Hauptverwaltung, wie viel Geld wir ausgeben für echte Menschen. – Ich glaube Ihnen das. Sie haben gesagt: Ich kriege Durchschnittswerte zugewiesen und stelle fest, am Ende des Geldes sind noch viele Stellen übrig –, was natürlich die Frage aufwirft, was Sie damit machen. Die können Sie uns ja dann zurückgeben, weil Sie sie ja offensichtlich nicht finanzieren. Sie sagen, Sie haben sich ehrlich gemacht. Vielleicht muss man das ja tun. Ich weiß es nicht. Also ich möchte jetzt nichts von Deckungsfähigkeit, nichts von sonst was hören, ich will wissen: Wie viel geht in die Lohntüten, und wie viel wird zugewiesen? –, denn sonst führen wir hier eine sehr abstrakte Debatte, die ich absurd finde.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann ist der Berichtswunsch ausgelöst und wird zur Nachschau entsprechend geliefert. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin, und Ihren Mitarbeitern und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag!

Wir kommen zum nächsten Bezirk

05 Spandau

Ich begrüße auf dem Weg zur Bezirksbank Herrn Bezirksbürgermeister Bewig und seinen Mitarbeiter. Ich frage in die Runde, ob die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorab eine Frage stellen möchte. – Das ist nicht der Fall. CDU-Fraktion? – Ebenfalls kein Fragebedarf. Die Fraktion Die Linke? – Ebenfalls nicht. Die SPD-Fraktion? Auch kein Fragebedarf. – Und auch die AfD-Fraktion nicht. – Dann, bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister, haben Sie das Wort!

Bezirksbürgermeister Frank Bewig (BA Spandau): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie haben tatsächlich viele Themen besprochen, und der Bewertung der Globalsummenzuweisung kann ich mich weitestgehend anschließen. Auch für Spandau galt, dass wir in einem ersten Schritt nach der Globalsummenzuweisung im Haushalt kürzen mussten. Das haben wir getan, und wir sind sehr dankbar, dass der Senat noch mal entsprechend nachgelegt hat. Das hat dazu geführt, dass wir in Spandau diese Kürzungen rückgängig machen konnten. Wir sind allerdings auch in der komfortablen Situation, dass wir, wenn Sie sich die Übersicht

der Ergebnisrücklagen anschauen, tatsächlich zweimal 8 Millionen Euro aus der Ergebnisrücklage plus 2024 eine PMA von leicht über 4 Millionen und 2025 von knapp unter 6 Millionen Euro einstellen konnten. Damit konnten wir den Haushalt dann auch aufstellen, ohne dass wir tatsächlich irgendwo massiv eingreifen mussten.

Wir haben Bauvorbereitungsmittel von 1 Million und 3 Millionen Euro einstellen müssen – ein Thema, das heute in der Diskussion noch nicht aufgetaucht ist –, wo wir ja immer in Vorleistung gehen, die wir aus unserem Haushalt erst mal selber einstellen mussten und wo die Systematik sagt, wir kriegen sie später wieder, wenn die Maßnahmen abgeschlossen sind. Wir haben die Veranschlagungsvorgaben tatsächlich auch umgesetzt, und wir haben auch noch an der einen oder anderen Stelle wichtige Schwerpunkte setzen können. Da nenne ich Stichworte wie das Thema New Work, das wir, glaube ich, in den Bezirken, aber auch gemeinsam mit SenFin dringend nach vorne bringen müssen. Wir müssen auch bauliche Veränderungen in Bürodienstgebäuden vornehmen, insofern haben wir da auch zusätzliche Mittel eingestellt. Wir haben das Netzwerk gegen häusliche Gewalt, das uns immer sehr wichtig ist, weiter ausgebaut – alles auf einem niedrigen Niveau, keine Frage –, und wir haben auch personelle Verstärkungen vorgenommen, denn – wir haben über die funktionierende Stadt gesprochen – wir haben in Spandau zumindest erhebliche Schwierigkeiten, und das sieht man auch an den Ergebnissen, die wir erzielen, in der Bauunterhaltung, in der Schulbauunterhaltung die Mittel auch zu verausgaben. Insofern haben wir bei uns im Hochbau noch mal zusätzliche Stellen geschaffen, und wir haben die Hoffnung, dass wir in Zukunft bei der baulichen Unterhaltung mehr abfließen lassen können. Auch im IT-Bereich haben wir noch mal verstärkt. Insgesamt werden auch wir mit dieser PMA im kommenden Haushalt zu arbeiten haben und können noch nicht so richtig einschätzen, an welchen Stellen wir diese PMA auflösen. Das wird sich dann im Laufe des Jahres zeigen. Natürlich können wir nicht ausschließen, dass wir irgendwann auch Sperren ansetzen müssen, aber wir sind guter Dinge, dass wir das im laufenden Haushalt vollziehen können.

Hier sind ganz viele Fragen gewesen. Wenn Sie wollen, fliege ich schnell noch durch ein paar Fragen durch. Oder wollen Sie sie schriftlich beantwortet haben? – Wir haben Rücklagen auch im investiven Bereich. Die halten sich allerdings in Grenzen, insofern kann ich nur abraten, da reinzugreifen. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ist das in der letzten Wahlperiode passiert. Knapp 6 Millionen Euro sind Spandau dort verlorengegangen. Das hat erheblich zu Problemen geführt: Wir haben ganze I-Maßnahmen gestrichen, konnten sie nicht beginnen, und haben die Maßnahmen ausfinanzieren müssen, die laufend waren. Das sind – ich will es einfach nur mal sagen – eine Schulbaumaßnahme und eine Straßenbaumaßnahme gewesen. Insofern: Von der Systematik bei den Rücklagen bei I-Planungen, die tatsächlich eine Verknüpfung haben, wo es einen Hintergrund, eine Maßnahme gibt, kann ich nur abraten. Bei den Schulrücklagen: Ja, ich verstehe die Diskussion, wir reden auch mit Schulen, dass man diese Mittel auch ausgibt, aber das Prinzip gilt ja für Schule auch, etwas anzusparen und nach einer Sanierung, einem Neubau, auch mal ganze Schultrakte mit Tafeln neu auszustatten. Das ist das Prinzip. Insofern kann man auch diese Mittel mal als Rücklage bilden. Das ist absolut gewollt aus meiner Sicht, und deswegen sollten wir da auch keine falschen Signale geben.

Herr Goiny ist nicht da, dann sage ich ihm nachher persönlich, dass ich ihn gerne unterstütze bei der Clubcommission und der Kulturförderung. Das ist auch für uns in Spandau sehr wichtig. Wir haben gerade auch einen neuen Club für die Zitadelle gewinnen können. Ein Besuch lohnt sich an der Stelle.

Honorare für freie Mitarbeiter der Musik- und Volkshochschule: Da haben wir tatsächlich keine Zuweisung bekommen. Wir haben das aus eigener Kraft jetzt umgesetzt. Wir wollten keine Kürzungen, und wir wollten keine Kostensteigerungen für die Kurse, und das musste dann im Grunde – ja, das ist nicht schön – tatsächlich auch wieder auf Kosten des Personalbereichs im Weiterbildungs- und Kulturamt geschehen. Dann fehlen eben an anderer Stelle die Stellen, die wir auch dringend besetzen müssten. Aber wir haben gesagt: Wir wollen keine Tarifsteigerung, und wir wollen auch das Angebot aufrechterhalten.

Die Zuwendungen – das wurde ja auch besprochen – versuchen wir weiterzureichen. Es gibt mit SenFin einen guten Austausch dazu, dass auch Tarifsteigerungen im Zweifel basiskorrigiert werden, und es wäre gut, wenn das in Zukunft auch so ist, weil wir das dann tatsächlich einfach den Trägern weitergeben.

Die Stellenbesetzung liegt bei uns bei etwa 93 Prozent, und wir brauchen in der Regel von Ausschreibung bis Zusage etwa drei Monate. Da kann man immer noch schneller werden, keine Frage, aber wenn man sich den Prozess anguckt, gibt es auch Fristen, die man einhalten muss, und danach kommt in der Regel noch die Frage, wann der Kollege tatsächlich kommen kann, und dann kann es sein, dass noch mal drei Monate plus x draufkommen.

Der Kollege, der für das Bürgeramt zuständig ist, hat mir gerade noch zugerufen: Wenn man in Spandau zu einem Bürgeramt kommt, persönlich vorbeischaut, kriegt man innerhalb von einer Woche einen Termin, und wenn man es online schafft – das ist das große Problem, wenn man online überhaupt freie Kapazitäten findet –, dann klappt es wohl innerhalb von drei Wochen.

Dann haben wir noch das Thema Integrationsfonds. Da würde ich Sie bitten, dass Sie das in Ihre Beratungen mitnehmen. Da haben wir auch nach aktuellen Planungen für die Zukunft über 300 000 Euro weniger. Das wäre mir ein großes Anliegen. Wir haben funktionierende Projekte, wir haben Träger, die schon aktiv sind, die an verschiedensten Stellen Geflüchteten helfen. Wir würden gern diese Maßnahmen fortführen. Insofern wäre es toll, Sie würden dort noch mal verstärken. – So viel von mir. Ein paar Fragen habe ich, glaube ich, beantwortet. Die anderen Antworten würde ich im Zweifel, wenn der Bedarf da ist, schriftlich nachreichen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Eine Frage kommt definitiv dazu, nämlich die des Kollegen Ziller. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch für Ihre Darstellung! Es ist bedauerlich, dass auch bei Ihnen im nächsten Jahr, zumindest potenziell, eine Haushaltssperre oder die Auflösung der PMA im Personaltitel nicht auszuschließen ist. Eine Frage: Sie haben gesagt, Sie haben beide Jahre aus der Ergebnisrücklage 8 Millionen Euro eingeplant. Ist danach noch etwas übrig, oder ist die dann aufgebraucht? – Das wäre die erste Frage.

Die Zweite: Vermutlich gab es auch in Spandau Projekte im Rahmen des Netzwerks der Wärme. Gibt es bei Ihnen Diskussionen, dass der Wunsch nach Verstetigung im Raum steht oder dass es Projekte gibt, wo es schön wäre, die weiterzuführen, oder sind Sie einverstanden damit, dass die alle zum Ende des Jahres auslaufen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Dann, Herr Bezirksbürgermeister, haben Sie das Wort zur Beantwortung!

Bezirksbürgermeister Frank Bewig (BA Spandau): Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für Ihre Frage! Die Ergebnisrücklage ist dann aufgebraucht, denn wir haben einen Teil in diesem Jahr schon genutzt, und den Rest haben wir dann für die beiden Jahre vorgesehen. Insofern bleibt da nichts mehr, es sei denn, es entsteht wieder etwas Neues. Das wissen wir alle noch nicht.

Zum Netzwerk der Wärme: Dazu habe ich eine Position, und die gilt, glaube ich, für ganz viele Themen im Land Berlin: Das war alles schön. Es ist über die Bezirke gekommen. Ich glaube, viele Bezirke hatten erhebliche Schwierigkeiten, diese Mittel auszugeben, denn hinter jedem Mittelfluss, der Richtung Bezirke läuft, läuft immer auch Arbeit. Es ist nicht einfach

so, dass der Bürgermeister einen Scheck rausgibt, sondern man braucht Mitarbeiter, die das abwickeln, Zuwendungssachbearbeiter und andere Dinge. Insofern kann ich immer nur dafür werben, lieber die Regelausstattung der Bezirke zu verbessern und nicht immer mit solchen kurzfristigen Programmen zu kommen. Wir haben damit gute Maßnahmen gemacht, wir haben unter anderem, wie alle Bezirke, die Öffnungszeiten der Bibliotheken ausgeweitet, auch am Wochenende. Das ist ein gutes Thema, das sollten wir in der Zukunft fortsetzen. Wir sind alle berlinweit an dem Thema dran. Ansonsten: Von diesem Strohfeuer, immer mal noch schnell Mittel an Projektträger rausgeben, bin ich kein Fan, sondern das dann lieber nicht zu machen und die Regelfinanzierung der Bezirke und die Angebote sicherzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann bedanke ich mich bei Ihnen und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag!

Wir haben jetzt sechs Bezirke geschafft, und ich habe die Hoffnung, dass die zweite Halbzeit wesentlich zügiger abläuft, schlage Ihnen dennoch vor, eine kleine Pause zu machen. Der Wunsch ist hier und dort geäußert worden. Reichen 20 Minuten? – Ich sehe mal die Runde: Ja! – Dann geht es um 15.50 Uhr weiter. Ich unterbreche die Sitzung.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.34 Uhr bis 15.57 Uhr]

Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort, und ich rufe als Nächstes auf

06 – Steglitz-Zehlendorf

Mitberaten wird:

Bericht BA Steglitz-Zehlendorf – FS L – vom 28.09.2023 **KLR-Statusbericht des Bezirks Steglitz-Zehlendorf** (Berichtsauftrag aus der 14. Sitzung des UA BezPHPW vom 28.06.2023)	0552 D Haupt

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg herzlich bei uns im Hauptausschuss! – Wir beginnen wieder mit einer Runde der Fraktionen. Die Grünen-Fraktion wäre zunächst an der Reihe – ich sehe aber keinen Fragebedarf. – Die CDU-Fraktion hat auch keine Fragen. Die Fraktion Die Linke? – Hat auch keine Frage vorab. – Die SPD-Fraktion hat eine Frage. – Bitte schön, Herr Kollege Rauchfuß!

Lars Rauchfuß (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde mich gern auf die mitlaufende rote Nummer 0552 D konzentrieren, weil das ein Vorgang ist, der mich schon seit einem Jahr mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf verbindet. Es tut mir ein bisschen leid, nach dieser schönen Kaffeepause gleich die Stimmung verderben zu müssen, aber so hatte ich mir das, ehrlich gesagt, nicht vorgestellt. Als ich diese eine Seite, die Sie uns als KLR-Statusbericht verkaufen wollen, gesehen habe, war ich einigermaßen verärgert. Ich mache das als Vorbemerkung, weil ich hoffe, dass Sie dann Gelegenheit haben, in Ihrem Statement darauf einzugehen. Ich hatte im Unterausschuss Verwaltung relativ deutlich und explizit gemacht, was wir mit dem Bericht von Ihnen erwarten, worum es uns geht. Ich hatte Ihnen ein Beispiel

aus einem anderen Bezirk gegeben; die haben einen KLR-Statusbericht mit 97 Seiten, auf denen die 20 stückkostenrelevantesten Defizitprodukte qualitativ analysiert werden. Von Ihnen habe ich einen Zettel bekommen, eine Seite, mit einem knappen Jahresergebnis des Bezirks. Ich frage Sie: Was soll ich damit? Wie sollen wir damit weiterarbeiten? Der Hintergrund ist doch, dass wir solche Berichte von Ihnen abfordern, nicht, weil wir Ihnen Arbeit machen wollen, sondern weil wir es bei Steglitz-Zehlendorf mit einem strukturell notleidenden Bezirk zu tun haben und es doch dringend geboten und auch in Ihrem Interesse sein muss, dass wir qualitativ mal angucken, woran das eigentlich liegt. Das werden Sie mit dieser einen Seite nicht beantworten können. Deshalb würde ich Sie bitten, ein Jahr nach Beschluss im Hauptausschuss, daran weiterzuarbeiten. Es muss einen Folgebericht geben, der qualitativ besser ist. Ich würde mich freuen, wenn Sie in Ihrem Redebeitrag gleich diese strukturellen Fragen, wie Sie bei den notleidenden Produkten vorankommen wollen, aufgreifen, denn sonst drehen wir uns hier im Kreis und kommen mit den immer gleichen Argumenten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Die AfD-Fraktion hat eine Frage. – Bitte schön, Herr Wiedenhaupt!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Etwas kleinteiliger: Frau Bezirksbürgermeisterin! Ich habe das Thema bei der Einnahmenseite bei mehreren Bezirken schon aufgerufen, inwieweit die Gewinnablieferungen aus der Parkraumbewirtschaftung realistisch sind. Sie haben im Vergleich zu 2023 die Einnahmeerwartung für 2024 verdreieinhalbfacht. Mich würde interessieren, ob das eine realistische Zahl ist. Machen Sie das so, wie andere Kolleginnen, dass Sie das einfach zum Ausgleich benutzen, oder gibt es einen logischen Gedanken dahinter?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! Dann haben Sie das Wort.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! Sie haben das Wort! – Sie müssten das Mikrofon selbstständig einschalten. Da gibt es eine Taste. Jetzt leuchtet es.

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Ich möchte mich zuerst auf die rote Nummer beziehen. Ich kann das nachvollziehen. Wir werden da auch noch mal nachliefern. Ich habe jetzt nur eine Frage. Es macht ja wahrscheinlich wenig Sinn, wenn wir uns jetzt mit 2022 beschäftigen. Möchten Sie die Analyse für 2022, oder sollen wir uns, weil wir jetzt schon mitten in 2023 sind – und es zeichnet sich auch 2023 etwas ab, wozu ich jetzt Stellung nehmen könnte, wenn das der richtige Ort ist –, darauf beziehen? Oder würden wir das an einen anderen Punkt verschieben? Das ist meine – in Anführungszeichen – Rückfrage. Ich kann aber auch gerne im Einzelnen auf unsere Punkte, die uns seit Jahren beschäftigen, kurz eingehen und würde das entsprechend ergänzen, vielleicht mit dem Stand Mitte 2023.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich sehe Nicken beim Kollegen Rauchfuß. – Bitte schön! Sie können fortfahren.

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Unser Zwischenstand wird regelmäßig analysiert, und wir haben tatsächlich dabei dasselbe Problem unterschiedlicher Ausprägung wie auch schon in den vorigen Jahren. Das sind im Wesentlichen Defizite, die sich im Bereich des Jugendamts und bei den Transferprodukten abzeichnen. Das ist das Produkt Hilfe zur Erziehung aus den verschiedensten Gründen, unter anderem, weil sich die Zuweisungen, der Ausgleich für Hilfen zur Erziehung, auf Alleinerziehende mit Sozialhilfebezug bezieht; ich sage das jetzt mal so, obwohl es schon lange nicht mehr so heißt. Wir haben in Steglitz-Zehlendorf zwar zahlreiche Alleinerziehende, aber weitaus weniger als andere Bezirke Menschen haben, die im Sozialhilfebezug sind. Das führt bei uns zu einer strukturellen, ich sage mal, Ungerechtigkeit, weil wir nämlich nicht die volle Summe, die wir dort ausgeben, erstattet bekommen. Wir haben Stand Juli 2023 einen Verlust zu verzeichnen, einen KLR-Verlust von 5,28 Millionen Euro.

Ähnlich ist es, wenn auch nicht ganz so hoch – hier haben wir uns deutlich verbessert im Vergleich zu vorigen Jahren –, im Sozialbereich. Da ist es im Wesentlichen die Eingliederungshilfe, die ambulante, teilstationäre Eingliederungshilfe für körperlich und geistig behinderte Menschen, was – wie gesagt, es ist ja immer ein Zwischenstand – fast über 3 Millionen Euro ausmacht. Dann haben wir noch geringere Verluste, aber weiterhin welche, aus dem Bereich Gewährung von Asylbewerberleistungen. Da wird dann ein Teil wieder als echte Transfersumme ausgeglichen.

Wir haben Verluste im Schul- und Sportamt, wie gesagt, im Augenblick, bei 3,5 Millionen Euro, mit einem wesentlichen, großen Kostenproblem – ich würde nachher noch mal darauf kommen – bei der Frage der Beförderung von Kindern mit Behinderungen in die Schulen.

Das sind also die wesentlichen Verlustbringer, die ich hier – in Anführungszeichen – auf die Schnelle bieten kann, ohne jetzt in die einzelne Analyse von einzelnen Produkten zu gehen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Das war das Ende Ihrer Ausführungen?

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Das war das Ende zu diesem Thema.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Der Kollege Rauchfuß hat sich sowieso schon gemeldet. Ich würde vorschlagen, Sie führen erst einmal zu Ende aus, und dann rufe ich die bis dahin anliegenden Wortmeldungen auf.

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Okay! Dann würde ich jetzt zum Haushalt 2024/2025 kommen. Wir haben – ich glaube, das ist in dem Bereich hier unstrittig – keine Rücklagen aus Überschüssen vergangener Jahre mehr, die wir 2024/2025 einsetzen können. Unsere letzten Überschüsse haben wir in den Haushalt 2022/2023 eingesetzt. Am Ende des Tages, nachdem wir mit einer Unterdeckung von 12 Millionen Euro gestartet sind und uns da schon keine goldenen Türklinken geleistet haben, konnten wir durch verschiedene Kürzungen und auch durch die dankenswerterweise vom Senat zugewiesenen 60 Millionen Euro – wir haben leider keine 60 Millionen Euro bekommen –, durch den Anteil, der uns davon zustand, aber auch durch die Unterstützung in anderen Bereichen mit den verbleibenden 40 Millionen Euro am Ende mit einer pauschalen Minderausgabe von 6,73 Millionen Euro den Haushalt erst mal aufstellen. Diese weitere Zuwendung, diese weitere Summenerhöhung, hat es uns ermöglicht, große Risiken, die wir im Bereich der Unfallkasse hatten, abzufedern.

Damit komme ich zum Personalbereich. Wir leisten uns schon seit Längerem einen relativ guten Bereich an Menschen, die sich darum kümmern, unser Personal zu gewinnen, aber auch Personal zu binden, durch verschiedenste Maßnahmen, durch Fortbildungen und so weiter. Diese Maßnahmen konnten wir dadurch nicht kürzen. Wir konnten sie auch nicht aufstocken, aber wir mussten sie nicht kürzen. Das sind typische Bereiche, wo man sagen kann, da kann man auch mal was einsparen, da gibt es keine Vorgaben. Wir haben allerdings keine zusätzlichen Stellen aus der Globalsumme aufgestellt. Selbstverständlich haben wir die Stellen, die uns aus den Maßgaben der vergangenen Koalition zugewiesen wurden, die berühmten Zweimal-200-Stellen, im Haushaltsplan aufgeführt. Auch weitere Stellen, die zugewiesen und finanziert wurden, deren Finanzierung übernommen wurde, sind im Haushaltsplan aufgestellt, aber keine weiteren Stellen aus unserer allgemeinen Globalsumme.

Wir haben bei den Personalkosten den Referenzwert eingestellt. Die Erfahrung aus dem letzten Jahr ist: Auch 2023 werden wir ziemlich genau mit einer Punktlandung hinkommen, wenn nicht noch eine Katastrophe passiert, sodass wir davon ausgehen, dass wir mit den Personalmitteln keine Personalbesetzungssperre verhängen müssen, weil unser Personal ausfinanziert ist.

Vielleicht zu dem, was vorhin diskutiert wurde, wie viel zugewiesen und wie viel eingestellt wird: Eine Stelle ist nicht deshalb unnötig, weil sie nicht besetzt wird. Es gibt Stellen mit einer Langzeiterkrankung, die aber dringend wieder besetzt werden müssen, es gibt Erziehungsurlaub, es gibt die berühmte Zeit, die man braucht, bis eine Stelle neu besetzt ist, und so weiter. Deshalb ist nicht die gesamte Summe, die bei voller Ausfinanzierung sämtlicher vorhandener Stellen nötig wäre, diejenige, die wir tatsächlich wirklich brauchen.

Wir haben ein gewisses Risiko, beziehungsweise wir wissen noch nicht, wie wir das finanzieren können, und zwar ist das bei uns eine große Summe im Bereich – was ich vorhin schon

mal bei dem Stand 2023 gesagt habe – der Beförderung von Kindern mit Behinderungen, die im Bezirk Steglitz-Zehlendorf insbesondere wegen der Johann-August-Zeune-Schule für Blinde Kinder aus der ganzen Stadt befördert, während die Fallzahlen sich an den beförderten Kindern bemessen und nicht an den Kilometern, die sie befördert werden. Wir würden uns wünschen, dass da ein Paradigmenwechsel stattfindet, weil wir die Kinder weiterhin in die Schulen transportieren und nicht nach der Hälfte des Jahres zu Hause lassen möchten. Das ist für uns ein Risiko, von dem wir noch nicht wissen, wie wir es lösen sollen.

Zu den Mitteln für die Honorarkräfte der Musikschulen und Volkshochschulen haben, glaube ich, meine Vorrednerinnen und Vorredner schon alles Notwendige gesagt. Auch wir können diese Erhöhungen nicht aus dem Haushalt einfach so finanzieren.

Wir waren kurz davor, Mittel zu kürzen, die wir aus eigenen Bezirksmitteln für die Schulstationen an, ich glaube, sechs oder sieben Schulen finanzieren, die zusätzlich zu denen finanziert werden, die im Senatsprogramm sind. Wir haben das jetzt durch Einsparungen in anderen Bereichen abgewendet, ziemlich weit verteilt, zehntausendeuroweise haben wir uns das zusammengesucht. Das ist aber etwas, was der Bezirk gerne weitermachen möchte, was bei anderen Bezirken nicht anfällt, weil dort die Schulstationen sämtlich über den Landeshaushalt finanziert werden.

Was wir getan haben: Wir haben einen Schwerpunkt auf die Grünpflege gelegt, indem wir dort mehr Mittel eingestellt haben als in den letzten Haushalten, was auch dringend nötig ist, um den verschiedenen Herausforderungen, die wir in Steglitz-Zehlendorf mit, ich glaube, 60 000 Straßenbäumen und Unmengen von Straßenbegleitgrün und Grünanlagen haben, gerecht zu werden. Das ist notwendig, um diese zu erhalten und die resilienten Grünflächen herzustellen.

Zur Frage der Parkraumbewirtschaftung: Wir haben dort aus unserer Sicht eine reelle Einnahmenerhöhung vorgenommen. Es wird in Steglitz-Zehlendorf eine Umwandlung der Parkscheinautomaten geben. Die werden dann gleich so programmiert, dass es eine Erhöhung gibt. Rücklagen, die wir ursprünglich mal für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung eingestellt hatten, brauchen wir, zumindest in den kommenden zwei Jahren, noch nicht vollständig. Wir streben aber eine Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung Richtung Tempelhof-Schöneberg an, weil es dort Parkraumbewirtschaftung gibt. Wie das dann so ist, parken nun alle in Steglitz-Zehlendorf. Wir halten den Druck für so groß, dass wir davon ausgehen, dass dort die Parkraumbewirtschaftung erweitert werden muss. Das ist auch etwas, was sich die Anwohnerinnen und Anwohner in dieser Gegend dringend wünschen.

Vielleicht noch ein Wort zum Integrationsfonds – es ist schon gesagt worden, aber ich möchte wirklich noch mal darauf hinweisen: Wenn wir diese Projekte schon nicht verstetigt bekommen, was die bessere Lösung wäre, als jedes Mal wieder einen gesonderten Betrag zu bekommen, können wir mit dem Integrationsfonds, der, wie alle, deutlich gekürzt ist, wirklich gute Dinge für die Integration machen. Ich glaube, dass es gerade in diesen Zeiten für das Verständnis nicht nur für Geflüchtete, sondern auch insgesamt wichtig ist, für die Integration Fortbildungen und Projekte zu machen. Es wäre wirklich schön, wenn wir nicht einzelne Projekte, die erfolgreich in unserem Bezirk laufen, entweder gar nicht mehr finanzieren könnten oder kürzen müssten, sodass weniger Angebote gemacht werden. – Erst mal so weit.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Dann rufe ich die Wortmeldung des Kollegen Rauchfuß auf. – Bitte schön, Herr Kollege!

Lars Rauchfuß (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich versuche es mal ein bisschen versöhnlicher als vorhin, nach vorne zu diskutieren. Ich will Ihnen aber noch mal deutlich machen, warum mir diese KLR-Betrachtung so wichtig ist – denn ich glaube, dass auch in Ihrem Interesse als Bezirk darin Potenzial liegt, bestimmte strukturelle Probleme zu lösen. Sie haben es ja jetzt angedeutet, und es ist aber ehrlich gesagt eine Binsenweisheit, dass in Steglitz-Zehlendorf gerade der Jugendbereich relativ notleidend ist, dass wir bei HzE, bei den Transferprodukten ein Problem haben. Das ist doch seit Jahren bekannt. Aber ist das nicht eigentlich gerade der Anlass, in die einzelnen Produkte noch mal genauer reinzugucken und zu sagen, woran es eigentlich wirklich krankt und weshalb? – Das ist mein Ansatz. Ich verstehe auch die Dauerargumentation, die dann immer kommt, zu sagen: Wir haben Infrastrukturkosten, anders als andere Bezirke, denn wir haben noch dieses Jagdschloss da rumstehen, und unsere Verwaltung sitzt in alten Villen in Dahlem. – Alles d'accord, aber auch das kann man im Overhead bei einzelnen Produkten runterrechnen, und die Mühe sollte man sich vielleicht mal machen.

Zur Bevölkerungsstruktur, die Sie angesprochen haben – ja, das ist doch letzten Endes eine Frage der Produktanalyse, dass ich mal gucke: Kann man Ihnen als Bezirk vielleicht sogar dabei helfen, bestimmte Ungerechtigkeiten herauszuarbeiten, wenn wir diese Faktoren mal auf die einzelnen notleidenden Produkte umrechnen? – Aber die Mühe müssen wir uns machen, und da hilft mir kein Jahresabschluss auf einer Seite. Verstehen Sie das bitte! Es gibt noch ein paar weitere Punkte, die, glaube ich, auch eher struktureller Natur sind.

Vielleicht noch eine ergänzende Bemerkung, weil Sie die Beförderung behinderter Kinder angesprochen haben: Auch da würde ich Ihnen ja folgen, wenn man sich dieses Produkt mal genauer anguckt und sagt, es geht um Köpfe und nicht um Kilometer oder anders herum. Das kann man ja in beide Richtungen diskutieren. Von so einer Betrachtung haben Sie am Ende vielleicht sogar einen Vorteil, aber wir müssen sie eben anstellen.

Strukturell ist aus meiner Sicht die Baumittelumsetzung ein Riesenbereich, der in Steglitz-Zehlendorf seit Jahren notleidend ist. Der Kollege hat mir hier gerade die Zahlen von der Schulbauoffensive und der Basiskorrektur vorgerechnet. Da schlackern einem ja die Ohren, was Sie alles nicht umgesetzt kriegen, obwohl Sie doch eigentlich im Grunde sagen: Wir bräuchten das Geld. – Ich glaube, auch das müsste man sich strukturell noch mal angucken. Fehlt es an Personal? Ist es eine Frage der Personalgewinnung? Ist es eine Frage der Struktur? Das muss man ja nicht bösartig machen, aber wir sollten uns dabei gemeinsam auf den Weg machen, weil ich übrigens, um das positiv zu bemerken, Ihren Ansatz von Personalgewinnung und Personalbindung richtig finde. Das ist ja der richtige Ansatz. Wenn das am Ende bei der Baumittelumsetzung vielleicht auch irgendeinen Effekt hat, wäre schon viel gewonnen.

In diesem Sinne appelliere ich jetzt einfach nur: Bitte seien Sie so gut und verstehen Sie auch ein Stück weit mein Drangsalieren hier, weil es mir wirklich darum geht, mehr Anstrengungen zu unternehmen, im Detail dabei zu helfen, dass wir aus dieser strukturellen Defizitsituation herauskommen!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann Herr Freier-Winterwerb, bitte!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Ich habe noch mal eine Frage zum Integrationsfonds, weil das ja keine Geschichte ist, die bei SenASGIVA ist, und man dementsprechend nicht so gut reingucken kann, und wir alle miteinander bekommen natürlich jetzt die Mails, dass wir da nicht kürzen sollen und so weiter und so fort. Da das Wissen, das ich dazu habe, eher Halbwissen ist, hätte ich das gerne noch mal aufgeklärt. Mein Stand ist, dass es mal Geld gab, das zu wenig eingestellt wurde, und dann wurde nachgesteuert. Nichts Genaueres weiß man nicht. Vielleicht hilft es ja, wenn man mehr darüber weiß.

Dann habe ich noch etwas. Ich pflege immer bei jedem anderen Bezirk ein, was mich interessiert. Wenn wir über das Thema Liegenschaften sprechen – ich möchte jetzt nicht über die Verdichtung von Personal sprechen, das ist eine spannende Frage für später –, beschäftigt mich: Wir stellen fest, dass wir immer weniger Flächen haben. Die Kosten- und Leistungsrechnung war gerade ein Thema. Wir müssen miteinander gucken, wie wir die Gebäude gut ausnutzen. Ich finde beispielsweise, dass Musikschulen und Jugendfreizeiteinrichtungen morgens – jetzt nur als random Beispiele – nicht leer stehen müssen, denn man kann dort in der Zeit auch etwas anderes machen. Genauso kann man darüber sprechen, ob man nicht vielleicht eine Schule am Abend öffnet und dort ein Stück weit etwas organisiert, wenn wir miteinander wissen, wie sich die finanzielle Lage dort in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Von daher macht es Sinn, sich über solche Maßnahmen Gedanken zu machen. Das hätte ich gerne tatsächlich noch mal. Ich weiß, bei uns war die Dezentralisierung von Musikschulangeboten, was Fahrzeiten verkürzen würde und so weiter, eine Geschichte, die die Politik und die Verwaltung auch immer haben wollten, aber für die Musikschule war das immer Teufelszeug, als wenn man etwas Anrüchiges gesagt hätte. Ich hätte das tatsächlich gerne auch noch mal als Bericht: Was machen die Bezirke, um die Gebäude, die sie haben, möglichst effektiv auszunutzen, mit einer Mehrfachnutzung und so weiter?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann ist der Berichtswunsch so ausgelöst und zur Nachschau vermerkt. Zur Beantwortung hat die Frau Bezirksbürgermeisterin das Wort. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Herr Rauchfuß, ich bin Ihnen überhaupt nicht böse, Sie haben völlig recht. Ich brauche nur auch Leute, die dabei unterstützen.

Zur Frage der Mehrfachnutzung, zum Beispiel von Räumen für den Musikunterricht in Schulen und so weiter, wird im Bezirk schon sehr viel gemacht, weil die Räume nicht ausreichen, die die Musikschule selbst hat. Wir haben aber gerade zu diesem Punkt natürlich auch das Problem, dass der Unterricht immer länger dauert, zeitlich, und danach ist in den Schulgebäuden noch eine Hortbetreuung, sodass es gerade bei Schulen schon eine relativ lange Nutzung gibt.

Was wir sehr auf dem Plan haben: Wir haben vor, mit Baubeginn 2026 unseren Standort Zehlendorf zu erneuern, sage ich jetzt mal, mit weniger Raumbedarf durch moderne Arbeitsfor-

men. Es ist bei uns schon so, dass wir sehr gut im mobilen Arbeiten für die Mitarbeitenden aufgestellt sind. Jetzt muss man nur noch dahin kommen – wie die Senatsfinanzverwaltung das schon ein bisschen vorgemacht hat –, wie man den vorhandenen Büroraum so nutzen kann, dass man – das ist bei uns der Fall – möglicherweise sämtliche Anmietobjekte abstoßen kann. Wir sind dabei im Augenblick, glaube ich, auf einem guten Weg, um dafür einen Plan zu entwickeln. Man muss die Mitarbeitenden dabei mitnehmen. Das ist bei manchem, der zwischen seinen Gummibäumen sitzt, schwerer zu vermitteln als bei jemandem, der sagt: Ich bin sowieso den halben Tag unterwegs. – Geht das ein bisschen in Ihre Richtung?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Weitere Wortmeldungen gibt es. – Bitte schön, Herr Kollege Wiedenhaupt!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Bürgermeisterin, ich habe nur eine Nachfrage zu dem eben Gesagten. Wir erleben es selten, dass Bezirksbürgermeister sagen, sie brauchen weniger Räume. Wenn das so eine gute Struktur bei Ihnen geworden ist, dass alle im Homeoffice arbeiten, würde mich schon interessieren, prozentual, wie das wirklich aussieht. Wie viel Prozent der Mitarbeiter in den einzelnen Dezernaten arbeiten im Homeoffice? Wenn Sie das jetzt hier nicht sagen können, weil Sie auch keine Mitarbeiter dabei haben, gerne dann als schriftlicher Bericht.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Herr Kollege Matz, bitte!

Martin Matz (SPD): Schönen Dank! – Ich hätte noch die Frage: Wo finde ich denn die Maßnahme zur Gesamtsanierung der Mercator-Grundschule, die auf der Website des Bezirks für die jetzt folgenden Jahre angekündigt ist? Wenn ich sie nicht finde: Warum finde ich sie nicht?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann zur Beantwortung bitte, Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Zum einen: Ich kann Ihnen beim Suchen helfen, aber wir sind auch etwas ratlos. Die Mercator-Grundschule ist im Augenblick in der Investitionsplanung des Landes Berlin in dem Bereich 2-in-1-Schulen. Da taucht die Mercator-Grundschule auf. Wie sie dorthin gekommen ist, ist für den Bezirk etwas undurchsichtig. Wir sind im Augenblick in der Diskussion mit der Senatsbildungsverwaltung, der Senatsfinanzverwaltung und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Unsere Machbarkeitsstudie Wirtschaftlichkeitsuntersuchung kam zu dem Ergebnis: Abriss und Neubau. – Da haben sich jetzt Neuerungen ergeben, dass man noch andere Dinge bei so einer Machbarkeitsuntersuchung Wirtschaftlichkeitsprüfung mit berücksichtigen muss, Stichwort graue Energie und so weiter. Es wird in der übernächsten Woche noch mal ein Gespräch mit der Senatsverwaltung für Bildung stattfinden, inwieweit die Zügigkeit tatsächlich sinnvoll und notwendig ist. Der Bezirk sagt, die Dreizügigkeit muss erhalten bleiben, gerne mit der Unterstützung von allen hier im Haus, auch im Hinblick auf das neue Wohngebiet in Lichterfelde-Süd, weil wir keine Zweiklassenschulen dort haben wollen.

Es stellt sich auch die Frage, was noch notwendig ist, um zu einer tragfähigen, von allen Seiten akzeptierten Untersuchung – Teilsanierung, Abriss, Neubau, 2-in-1-Schule und so weiter – zu kommen, denn wir würden gerne loslegen, wir sind da schon sehr weit. Insoweit hat

sich der Bereich im Bauen im reinen Hochbaubereich etwas verbessert. Wir sind sehr daran interessiert, gerade mit der Mercator-Grundschule, ziemlich schnell loszulegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Es gab noch eine Frage nach weniger Raum. Nein, ich habe noch nicht gesagt, dass wir schon jetzt weniger Raum brauchen. Wir brauchen dann, wenn wir es entwickelt haben, weniger Raum. Ich kann Ihnen nicht sagen, weil darüber keine Statistik geführt wird, wie viel Mitarbeitende tageweise im Homeoffice sind. Wir haben aber eine Dienstvereinbarung mit der Personalvertretung abgeschlossen, dass man bei uns bis zu zwei Tage in der Woche im Homeoffice ist. Was mein Eindruck ist, ist, dass das – natürlich nicht die Gärtnerin oder der Gärtner und auch nicht beim Bürgeramt im Frontoffice – sehr viele, eine überdurchschnittliche Anzahl an Mitarbeitenden in Anspruch nehmen, dass sie einen Tag in der Woche oder einen Tag in zwei Wochen im Homeoffice sind.

Es ist uns gelungen, dass wir eine Möglichkeit gefunden haben, dass auch dort, wenn man auf dem Dienstapparat angerufen wird, über eine besondere Software dieser Apparat weitergeschaltet wird. Denn es war schwierig, wenn die Mitarbeitenden mit dem eigenen Telefon von zu Hause Anrufe erledigen mussten. Ich kriege es intern mit, weil ich, wenn ich anrufe, dann „extern“ angezeigt bekomme. Wer von außen anruft, bekommt nicht mit, ob der Mitarbeitende zu Hause ist oder wirklich an seinem Schreibtisch. Im Augenblick haben aber noch alle eigene Schreibtische. Das ist nicht das, was mit der Zukunft, mit neuem Arbeiten gemeint ist.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Herr Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Ich habe noch eine Nachfrage, Frau Bürgermeisterin, mit Verlaub. Sie adressieren an uns, dass die finanziellen Schwierigkeiten des Bezirks in Zukunft geringer werden würden, weil Sie Liegenschaften verkaufen können. Sie begründen das damit – wir haben ja ein Wortprotokoll, das lässt sich noch mal nachlesen –, dass Sie eine überdurchschnittliche Quote von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben, die im Homeoffice arbeiten, weshalb diese Räumlichkeiten nicht mehr genutzt werden. Auf meine Nachfrage hin sagen Sie: Ja, das ist mein Gefühl, aber ich habe keine Statistik. – Ich darf noch mal nachfragen: Wenn Sie an uns adressieren, dass bestimmte Entwicklungen von Ihnen gesehen werden, dann erwarte ich eigentlich, dass Sie dafür Grundlagen haben, Statistiken, Gutachten, was auch immer, mit denen Sie das belegen können. Aber hier zu sagen: Wir werden die finanzielle Lage durch Verkauf ändern, aber wir wissen gar nicht, wie viele Mitarbeiter eigentlich doch noch einen Bürostuhl brauchen. –, ist mir jetzt eigenartig aufgefallen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Das Wortprotokoll ist für den Kollegen Schneider für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf erbeten worden. Wenn Sie für diesen Bezirk auch eins haben möchten, dann machen wir das natürlich.

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Nein, sorry, Herr Vorsitzender! Dann ist das an mir vorbeigegangen. Ich dachte, wir kriegen insgesamt ein Wortprotokoll. Ich hätte gern ein Wortprotokoll für den Bezirk Mitte angemeldet.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Also für diese beiden Bezirke haben wir dann ein Wortprotokoll. – Herr Kollege Rauchfuß, dann für die ganze Anhörung, nehme ich an.

Lars Rauchfuß (SPD): Das war bisher eigentlich Usus. Auch in den letzten Doppelhaushaltsberatungen hatten wir zu den Anhörungen der Bezirke, schon als Wertschätzung für alle Bezirke, ein Wortprotokoll anfertigen lassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gut. Dann haben wir das geklärt und verfahren auch so. – Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Ich möchte vielleicht noch mal erklären, was ich gemeint habe, wenn ich es vielleicht falsch gesagt habe. Zum einen geht es weniger um Verkaufen, sondern wir haben noch Mietobjekte, die wir extern anmieten, was eigentlich wirklich nicht nötig ist. Das ist eine Entwicklung, und das muss gut geplant und gut organisiert werden, tatsächlich mit dem Umbau von Räumen, dass nicht mehr jeder sein eigenes Büro hat, sondern dass es Shared Desks gibt – das ist das neudeutsche Wort –, geteilte Schreibtische, große Besprechungsräume, Räume, in denen Mitarbeitende mal eine Beratung durchführen können. Das ist aber nicht etwas, wo ich sagen kann: Jetzt könnt ihr ja alle ins Homeoffice, deshalb brauchen wir eigentlich nur noch vier Fünftel der Räume. – Sondern das ist eine Struktur, die auch geplant und wahrscheinlich mit baulichen Maßnahmen verbunden sein muss.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Herzlichen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin, und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag. Der Bericht ist dann zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zum nächsten Bezirk.

07 – Tempelhof-Schöneberg

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Oltmann und seinen Mitarbeiter. Ich beginne mit der Fraktionsrunde. – Bitte schön, Herr Rauchfuß!

Lars Rauchfuß (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielleicht, um die Runde ein Stück weit abzukürzen, die Fragen, die ich sonst hinterher gestellt hätte, jetzt gleich vorneweg: In Tempelhof-Schöneberg ist die Zahl der unbesetzten Stellen mit 460 schon ausgesprochen auffällig, also fast 20 Prozent, leider auch die Steigerung. Vor 18 Monaten, in den letzten Haushaltsberatungen, haben wir über 330 Vakanzen gesprochen. Jetzt sind noch mal 130 oben drauf gekommen, und das trotz Personalwerbekampagnen und aller lobenswerten Initiativen. Frage 1 also zu den unbesetzten Stellen.

Punkt 2 ist ein Teilaspekt, würde mich aber interessieren, weil es einfach auffällt: die Tagesreinigung. Im Doppelhaushalt 2022/2023 hatten wir extra noch mal 8,6 Millionen Euro für alle Bezirke draufgegeben, und Tempelhof-Schöneberg ist der einzige Bezirk ohne einen Mittelabruf, was bei einem eigentlich so wichtigen Projekt schon echt schade ist. Wenn Sie das im Beifang mitnehmen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann hat die Fraktion Die Linke doch noch eine Frage vorab. – Bitte schön, Frau Kollegin Klein!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Apropos Schulreinigung: Hierzu habe ich auch noch eine Frage. Tempelhof-Schöneberg gehört zu den drei Pilotbezirken zur Kommunalisierung der Schulreinigung. Halten Sie weiter an dem Thema fest?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Für die AfD-Fraktion, Herr Kollege Wiedenhaupt!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Drei Fragen habe ich, Herr Bürgermeister. Zum einen zum Bereich Verkehr/Grün. Es gibt da einen Stellenaufwuchs von 65 Stellen nur in diesem einen Bereich einer Stadträtin. Ich hätte gerne gewusst, was eigentlich die Gründe dafür sind. Warum kommt dieser massive Stellenaufwuchs gerade in diesem Bereich?

Zum Zweiten: Wenn ich das richtig gesehen habe, werden bei Ihnen die offenen Stellen nur zu 50 Prozent etatisiert, die Kosten erscheinen also nur zu 50 Prozent. Ich würde gerne eine Erklärung haben, wieso das nur zu 50 Prozent angesetzt ist. Gehen Sie einfach davon aus, dass Sie die sowieso nicht besetzen können, und Sie haben die halt, und, damit die uns nicht weiter belasten, setzen Sie irgendeine Prozentzahl an?

Die dritte Frage zum Thema Jugendhilfe, Kita, Musikschule: Sind hier Tarifanpassungen, Teuerungen et cetera in den Titeln schon eingepreist, oder muss das später erfolgen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Herr Kollege! – Ich glaube, es spricht nichts dagegen, wenn wir die Wortmeldung des Kollegen Freier-Winterwerb noch mit dazu nehmen. – Bitte schön!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Ich habe auch noch mal eine allgemeine Geschichte, von der es mir wichtig ist, dass wir sie dokumentiert haben. Hier möchte ich bitte dieses Mal keine Spardose finden. Wir haben ja mithilfe des Jugendfördergesetzes und auch mit dem Familienfördergesetz die Jugendarbeit und die Familienbildung auf einen relativ guten Stand bekommen. Wir haben heute schon öfter gehört, in welcher Situation Bezirke einfach sind, und wir haben miteinander auch immer wieder über die Mittel aus dem Jugendgewaltgipfel gesprochen. Auf der Landesebene und auch im jetzigen Haushaltsansatz soll es noch mal jeweils einen Nachschlag für die Bezirke geben, die dann entsprechend abgeschichtet werden.

Ich möchte gerne wissen, ob die Bezirke das Geld, das sie im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung erarbeiten, auch dort einstellen. Denn was ich nicht möchte, ist, dass sie sagen: Ah, wir haben dieses und jenes Geld zur Verfügung, bekommen aber auch noch was vom Jugendgewaltgipfel, und dann soll noch was abgeschichtet werden, also reduzieren wir unseren eigenen Beitrag so, dass wir quasi daraus wieder etwas anderes machen können oder irgendwelche Löcher stopfen können. – Ich hätte dazu gerne einen Abgleich, und natürlich interessiert es mich für Tempelhof-Schöneberg auch, wobei ich ziemlich sicher bin, dass das da in die richtige Richtung läuft.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann ist der Berichtswunsch so vermerkt. – Zur Beantwortung, Herr Bezirksbürgermeister, haben Sie das Wort, bitte schön!

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einmal, Ausführungen zu unserem Haushalt zu machen. Dann werde ich Stück für Stück auf die jeweiligen Fragen eingehen.

Die Bezirke finanzieren sich – das haben wir heute mehrfach mitbekommen – im ganz Wesentlichen über das Produktsummenbudget. Wir haben in Tempelhof-Schöneberg schon seit vielen Jahren einen sogenannten kommentierten Kosten- und Leistungsbericht, mit dem wir in der Lage sind, tatsächlich die einzelnen Sachverhalte zu analysieren und das Controlling darauf abzustellen, die managementbedingten Dinge des Lebens an der Stelle wirklich in die Hand zu nehmen, um die Stückkostensituation für den Bezirk besser zu machen.

Da fällt zum Beispiel die Eingliederungshilfe auf. Mit Steglitz-Zehlendorf teilen wir das Schicksal, dass wir hier Sachverhalte haben, die wir als Bezirk nicht beeinflussen können, weil bei der Eingliederungshilfe, insbesondere bei besonderen Wohnformen, die entsprechenden Verträge von der Senatsverwaltung geschlossen werden und wir das Recht der jeweils Betroffenen umzusetzen haben, aber null Komma null in der Lage sind, die Kostensituation an der Stelle zu beeinflussen. Dadurch haben Steglitz-Zehlendorf und auch Tempelhof-Schöneberg in diesem Bereich ein besonderes Defizit.

Insgesamt kann Tempelhof-Schöneberg aber mit dem Budgetierungsergebnis aus der Kosten- und Leistungsrechnung sehr zufrieden sein. Wir haben über alle Geschäftsbereiche hinweg

einen Budgetierungsgewinn von 7 Millionen Euro für den Haushalt 2024 zu verbuchen. Das ist dann ja Teil der Zuweisungen.

Wenn Sie sich mal die Anlage zur Basiskorrektur angucken, dann kann man sehr schön sehen, wie sich eigentlich die Ergebnisrücklage im Einzelnen zusammensetzt. Wir können auf eine Ergebnisrücklage zum 1. Januar 2023 in der Größenordnung von 27,4 Millionen Euro zurückgreifen. Das hört sich alles sehr wunderbar und großartig an. Tatsächlich ist es aber so, dass davon 9,58 Millionen Euro bereits im Haushalt 2023 zur Finanzierung der Regelaufgaben eingesetzt worden sind und wir für den Haushalt 2024 17,8 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt haben. Trotzdem haben wir die Situation, dass die Einnahmen und die Ausgaben für das Haushaltsjahr 2024 planmäßig nicht gedeckt werden können. Wir müssen mit einer pauschalen Minderausgabe von 6,8 Millionen Euro umgehen. Das zeigt, dass, was Herr Hikel eingangs gesagt hat, wir es mit einer strukturellen Unterfinanzierung der Bezirke zu tun haben, denn selbst ein Bezirk wie Tempelhof-Schöneberg, dem es im Verhältnis zu anderen Bezirken noch gut geht, wird die Situation haben, dass wir spätestens 2025 beziehungsweise 2026 genauso mit dem Rücken an der Wand stehen wie einige andere Bezirke. Dabei haben wir bei der Haushaltsplanaufstellung die Leitlinien der Senatsverwaltung für Finanzen eingehalten. Wir haben die Mindestveranschlagung beachtet.

Wir sind bei den Personalausgaben – jetzt komme ich zum Thema Personal – so vorgegangen, wie die Senatsverwaltung für Finanzen es bei den Richtwerten vorgeschlagen hat, indem wir die Ist-Ausgaben 2022 genommen haben und die Tarifanpassung in Höhe von 2,38 Prozent, glaube ich, wenn ich das richtig im Kopf habe, oben draufgeschlagen haben. Wir haben alle Stellen, die im Jahr 2023 noch besetzt werden können, dementsprechend im Haushalt 2024 und 2025 ausfinanziert. Alle darüber hinausgehenden freien Stellen und noch zusätzliche 2025 haben wir nur mit einem Ansatz von 27 000 Euro finanziert, weil wir nicht davon ausgehen können, dass wir den gesamten Anteil von freien Stellen tatsächlich besetzen können.

Woran liegt das eigentlich? – Ich muss Ihnen sagen, dass wir in Tempelhof-Schöneberg bei der Stellenbesetzung eigentlich trotz eines schwierigen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmermarktes relativ erfolgreich sind. Wir haben 385 Arbeitsverträge abschließen können. Wir haben aber die Situation, dass es auf fünf Menschen, die zu uns kommen, vier Abgänge gibt. Das ist natürlich einerseits dem Ruhestand und der Rente geschuldet, es ist aber auch die Situation, dass wir uns in Konkurrenz mit dem Land und dem Bund befinden, aber auch mit dem Land Brandenburg, denn wir sind nicht nur ein Innen-, sondern auch ein Außenbezirk, und wir konkurrieren in vielen Berufen auch mit der freien Wirtschaft. Wenn ich einen Versorgungstechniker bei mir in der FM beschäftigt habe, dann ist es einfach mal so, dass der trotz der Fachkräftezulage in der freien Wirtschaft sehr viel mehr Geld verdienen kann. Deswegen haben wir immer wieder mit Abgängen zu kämpfen, die dann zur Folge haben, dass möglicherweise Bauprojekte nur verzögert umgesetzt werden können oder wir Störungen im Prozessablauf haben. Wir haben uns trotzdem vorgenommen, die freien Stellen nicht einzusammeln, sondern uns diesen Handlungskorridor für die nächsten Jahre zu erhalten. Es geht jetzt darum, im Jahr 2024 die strategischen Weichenstellungen so vorzunehmen, dass wir auch in schwierigem Fahrwasser ab 2025 in der Lage sind, umsetzungsstark zu sein.

Wir haben in der Tat die Sondersituation im Bereich Straßen und Grün. Wenn Sie sich die Personalstatistik der Senatsverwaltung für Finanzen zum 31. Dezember 2022 angucken, werden Sie feststellen, dass in diesem Fachbereich Tempelhof-Schöneberg die schlechteste Per-

sonalausstattung hat. Wir haben in der Vergangenheit schon Stellen reingegeben, und wir mussten jetzt, um diesen Aufholungsprozess abschließen zu können, weitere Stellen in dieser Größenordnung hineingeben. Wir sind zuversichtlich, dass wir weitgehend diese Stellen auch besetzen können.

Um die Abgänge zu vermeiden, ist es nicht nur erforderlich, dass die Bezirke in der Finanzierung konkurrenzfähig ausgestattet werden. Ich wünsche mir eine Ausdehnung des Instruments der Fachkräftezulage, mehr Geld und mehr Berufe, und ich wünsche mir darüber hinaus die Möglichkeit, dass wir mehr Leistungsprämien ausstellen können. Wir müssen uns nichts vormachen, die Tarif- und Besoldungsstruktur werden wir im Bezirk nicht ändern können, aber um hinsichtlich des eigenen Personals handlungsfähig sein zu können, sind diese beiden Instrumente sehr wichtig. Darüber hinaus brauchen wir – das sage ich schon seit Längerem – im Land Berlin eine Personaloffensive, die darin besteht, dass wir nicht nur Unterstützung bei der Akquisition von Personal bekommen, sondern möglichst auch mit einem Motto, das den Bezirken gerecht wird. „Hauptstadt machen“ ist das leider nicht, die Bezirke brauchen ihre eigene Darstellungskraft. Ich bitte darum, dass wir hierfür die Unterstützung der Senatsverwaltung für Finanzen kriegen.

Die Personaloffensive sollte meines Erachtens vor allen Dingen im Ausbildungsbereich stattfinden. Tempelhof-Schöneberg hat einen Studiengang auf den Weg gebracht, der ArchitekturPlus heißt. Damit generieren wir tatsächlich Nachwuchskräfte, auch in den schwierigen Berufen. Wir haben aber natürlich das Problem, dass wir dafür Leute brauchen, die diese Kräfte anleiten, und wir brauchen auch immer einen Mix aus erfahrenen Kräften und Nachwuchskräften. Aber machen wir uns nichts vor: Wir sind darauf angewiesen, dass wir diese Situation ausdehnen und ausbauen. Dazu zählt auch der Studiengang Verwaltung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht. Aktuell hat die neue Koalition hier die Ausbildungskapazitäten von 80 auf 120 hochgefahren. Unsere Einschätzung ist die, dass wir eigentlich mit 300 umgehen müssten. Tempelhof-Schöneberg könnte jedes Jahr 20 dieser Absolventen gut gebrauchen, um die freien Stellen belegen zu können.

Was machen wir selbst? – Wir selbst haben ein Quereinsteigerprogramm, das 40 Personen pro Jahr umfasst, das wir zentral finanzieren, bis dann die Quereinsteiger auf freie Stellen in die jeweiligen Fachbereiche gehen. Das läuft sehr gut. Das sind E-5- und E-9-Stellen. Das sind die klassischen Verwaltungsaufgaben, die dann von den jeweiligen Quereinsteigern sehr gut belegt werden können. Aber auch hier wünschen wir uns eine stärkere Unterstützung des Landes, und wir wünschen uns auch, um die Personalentwicklung und die Personalbindung vorantreiben zu können und eben nicht Abgänge verkraften zu müssen, eine stärkere Unterstützung bei der Ausdehnung der Kapazitäten der VAk.

Ich muss leider feststellen, dass wir ein Schreiben bekommen haben, laut welchem diese Kapazitäten zurückgefahren werden sollen. Wenn es an den Lehrkräften liegen sollte, dann kann ich nur sagen, wir haben in den eigenen Reihen sehr gute Leute, die als Lehrkraft zur Verfügung stehen können. Die möchten nur nicht ihre Dienstzeit noch mal dafür aufwenden, dass sie an der VAk als Lehrkraft zur Verfügung stehen. Vielleicht ist das eine Geschichte, der Sie sich widmen können, ob wir hier nicht zu einer anderen, besseren Bedingung kommen können. Und wenn man das mit der Privatwirtschaft vergleicht, sollte vielleicht auch darüber nachgedacht werden, die Aufwandsentschädigungen für Lehrkräfte hochzuheben. Wir brauchen auf jeden Fall eine Personaloffensive, die vor allem auf Aus- und Weiterbildung setzt.

Jetzt wollte ich noch mal gucken, welche einzelnen Fragen es gab. – Die Tagesreinigung ist in der Tat etwas, was mich selber wurmt. Ja, es ist richtig, dass wir es durch den Personalwechsel in der Führung leider verabsäumt haben, diese Mittel abzurufen. Ich finde die Tagesreinigung politisch nach wie vor sehr wichtig und hoffe sehr, dass der Bereich jetzt im Jahr 2023 zumindest anteilig die Mittel abruft, um sie für die Tagesreinigung zur Verfügung zu stellen. Tagesreinigung bedeutet ja nicht nur eine verbesserte Reinigung in den Schulen, sondern wirft auch den Blick auf die Reinigungskräfte selbst. Sie sind damit in der Lage, am Tag am Stück arbeiten zu können und können damit auch Familie und Beruf stärker und besser miteinander vereinbaren. Es ist, glaube ich, für diese Klientel sehr wichtig, dass wir hier als öffentliche Hand vorangehen. Insoweit wurmt es mich, dass wir diese Mittel haben und nicht abrufen können.

Was hatten wir noch? – Rekommunalisierung: Ja, pro forma sind wir immer noch Projektbezirk, aber wir merken auch, dass es an der Stelle von der Landesebene nicht weitergeht. Es war ja die Idee, dass wir hierfür den Landesbetrieb in Anspruch nehmen. Wir warten eigentlich auf den Impuls der Landesebene, dass wir mit der Tagesreinigung an der Stelle weitermachen können.

Eine Tarifanpassung VHS und Musikschule haben wir nicht vorgenommen. Wir gehen davon aus, dass das ein Faktor sein wird, der in Ihren Beratungen noch mal eine Rolle spielt. Wir wollten eigentlich gleichsam mit allen Bezirken handeln. Sollte es nicht zu einer Veränderung kommen, müssten wir einen der verbotenen Wege beschreiten, nämlich entweder die Leistungen kürzen oder tatsächlich die Entgelte erhöhen. Eine andere Lösung haben wir nicht.

Ich will aber noch mal auf einen Punkt aufmerksam machen, weil das bei der Tarifanpassung immer untergeht, das sind nämlich die Träger im Bereich der Jugendhilfe. Dort haben wir es einerseits mit Zuwendungen zu tun, wir haben es aber auch mit klassischen Dienstleistungen zu tun. Wenn wir eine Tarifanpassung vom Land finanziert bekommen, dann werden die Dienstleister oft vergessen. Deswegen haben wir in Tempelhof-Schöneberg in diesem Bereich über die BVV noch mal Geld zur Verfügung gestellt, das aber nicht ausreichen wird, um tatsächlich die Tarifanpassung finanzieren zu können.

Jugendförderung: Ja, es ist völlig klar – das Bezirksamt fühlt sich insgesamt verpflichtet, dass alles, was an zusätzlichen Mitteln über den Jugendgipfel bereitgestellt wird, tatsächlich auch zusätzliche Leistung bedeutet und wir nicht einfach anfangen, die Regelstrukturen infrage zu stellen. Es ist ohnehin so, dass der Geschäftsbereich Jugend und Gesundheit auch durch die Krisen, die wir in den letzten Jahren durchmachen mussten, mittlerweile den größten Personalkörper stellt. Wir haben nach wie vor Schwierigkeiten, auch hier Personal zu finden, beziehungsweise haben wir auch hier das Problem des Haltemanagements. Gleichwohl gehen Sie mal davon aus, dass die politische Führung hier ein großes Augenmerk darauf wirft und alles dafür tun wird, dass dieser Bereich weiterhin gestärkt bleibt. Er ist, wie gesagt, der größte Personalkörper. – Wir sind durch.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank!

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg): Darf ich noch einen Punkt ansprechen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Natürlich!

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg): Und zwar das Thema bauliche Unterhaltung – das ist für mich ein Evergreen: Ich bin der Vorgängerregierung dankbar, dass sie die Leitlinien für die bauliche Unterhaltung für die Schulgebäude angepasst hat. Damit haben wir wirklich einen großen Schritt nach vorne machen können, was den Bestandserhalt angeht. Tempelhof-Schöneberg zum Beispiel geht mit 15 Millionen Euro in der baulichen Unterhaltung für Schulgebäude um. Leider ist das nicht bei den nichtschulischen Gebäuden passiert, und das schon seit Jahren nicht. Das ist eine Situation, wo wir jetzt schon erkennen können: Wir geben in der baulichen Unterhaltung viel zu wenig Geld für den Bestand aus, und wir laufen hier in den nächsten Sanierungsstau. Wenn Sie sich nachher angucken, welche Investitionsvorhaben bei Ihnen in der Investitionsplanung später eine Rolle spielen, gehen Sie mal davon aus, dass noch einige Gebäude in den nächsten Jahren dazukommen werden, die wegen Sanierungsstaus im Grunde genommen nicht mehr mit der baulichen Unterhaltung beziehungsweise den pauschalen Investitionsmitteln der Bezirke abgefangen werden können. Da kommen weitere gezielte Investitionsbedarfe auf Sie zu. Wenn Sie das nicht weiter aufsteigen lassen wollen, dann bitte tun Sie strukturell etwas dafür, dass wir in der baulichen Unterhaltung für die nichtschulischen Gebäude eine Anpassung erfahren! Meine Empfehlung ist, hier auch einen Kalkulationsfaktor einzubauen und nicht einfach nur Geld reinzuschieben, denn sonst haben wir die Debatte bei jedem Doppelhaushalt neu.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Dann rufe ich die Wortmeldung des Kollegen Ziller auf. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Wir lernen ja immer dazu, in jeder dieser Sitzungen, auch wo es noch Baustellen gibt. Vielen Dank für den Hinweis mit den Tarifanpassungen bei Leistungsverträgen oder Vergaben! Mein Vorschlag wäre: Ich weiß nicht, ob die Senatsverwaltung für Finanzen dazu etwas sagen kann oder ob wir dazu von der Sozialverwaltung zu den Zuwendungsberichten, die wir im Einzelplan 11 auch haben, uns das noch mal im Zusammenhang der ganzen Tarifanpassungen im Gesamten angucken. Denn wenn wir die Zuwendungen und die Entgelte haben – tatsächlich haben wir in manchen Bereichen Leistungsverträge, weil wir auch sagen, dass die Zuwendung nicht immer das richtige Instrument ist –, wollen wir natürlich in allen Bereichen, dort, wo öffentliches Geld ist, gute Arbeit haben. Insofern können wir uns vielleicht von der Senatsverwaltung für Finanzen oder der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung zur Lesung des Einzelplans 11 noch mal auflisten lassen, wie das in den Entgelt- oder aber auch in den Leistungsvertragsbereichen aussieht, und dann noch mal gucken, wie groß da der Handlungsbedarf ist. Meine These: Die zentrale Vorsorge ist nur für Zuwendungen. Insofern zu sagen, wir nehmen die dafür auch noch, wird wahrscheinlich nicht reichen. Wie groß das Problem ist, sollten wir uns aber in dem Zusammenhang im Einzelplan der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung angucken.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gut, dann ist der Berichtswunsch so aufgenommen, zur zweiten Lesung des Einzelplans 11. – Herr Kollege Wiedenhaupt, Ihre Wortmeldung, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke! – Zunächst auch danke von mir für die ausführlichen Darstellungen Ihres Bezirks! Sie selber haben die 6,8 Millionen Euro PMA angesprochen. Wir

haben hier schon sehr offene Worte aus vielen Bezirken gehört. Insofern die Frage an Sie: Halten Sie es für realistisch, diese PMA einzubringen, oder gehen Sie von vornherein davon aus, dass das im Endeffekt nicht machbar ist?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke! – Herr Kollege Matz, bitte!

Martin Matz (SPD): Schönen Dank! – Ich finde es ja immer gut, wenn wir hier Anregungen bekommen, auch über das Zahlenwerk hinaus, mit denen wir dann etwas anfangen können. Ich habe das mit den Leitlinien bei der Bauunterhaltung jetzt aber eben gerade nicht so ganz verstanden, deswegen, weil ich dem Rundschreiben der Senatsverwaltung zur Basiskorrektur entnehme, dass es auch eine Leitlinie zur Hochbauunterhaltung außerhalb des Fachvermögens Schule gibt. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Leitlinien besteht ja nur darin, dass es dort 1,2 Prozent des Gebäudewiederbeschaffungswertes sind, und bei den Schulen sind es 1,32 Prozent. Es scheint mir sogar angemessen, dass bei den Schulen schneller etwas kaputt geht, ansonsten kann ich gar nicht so einen großen sachlichen Unterschied erkennen. Aber vielleicht können Sie uns aufklären, ob es da tatsächlich irgendetwas gibt, was wir noch ändern können.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann Herr Staatssekretär, bitte, zur Beantwortung!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Wir können im Moment dazu wenig aufklären, oder, Frau Dube?

Katrin Dube (SenFin): Danke schön! In der Tat gibt es hier eine andere Systematik, orientiert am KGSt-Modell für Schulen, dass wir gesagt haben, da nehmen wir den Wiederbeschaffungswert und rechnen mit 1,32 Prozent. Bezogen auf den baulichen Unterhalt von Verwaltungsgebäuden ist das ein Anliegen, das wir uns tatsächlich aktuell noch ansehen, ob es auch da zielführend für die Zukunft ist, in eine andere Systematik, KGSt-orientiert, mit einzutreten. Insoweit ist das eine kleine Verlängerung dessen, was Herr Staatssekretär Schyrocki sagte. Wir können dazu zwar etwas sagen, und zwar sagen wir, dass wir uns das noch näher betrachten.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann bitte zur Beantwortung zu der Frage PMA, Herr Bezirksbürgermeister!

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg): Bei der pauschalen Minderausgabe – da verrate ich kein Geheimnis – werden wir vermutlich – – Wir haben die pauschale Minderausgabe den Geschäftsbereichen zugewiesen, je nachdem wie das Ergebnis aussieht, und überlassen es den Dezernenten, die pauschale Minderausgabe dann tatsächlich zu erwirtschaften. Aber auch hier müssen wir uns ehrlich machen: Das wird dann überwiegend über Personalausgaben stattfinden. Wir gehen davon aus, dass wir im Jahr 2024 diese pauschale Minderausgabe noch erwirtschaften können, aber 2025 mit unserer Rekord-PMA von 25 Millionen Euro werden wir das nicht schaffen. Wir kennen ja das Jahresergebnis von 2023 noch nicht. Ich hatte ja eben schon gesagt, dass wir beim letzten Jahresergebnis mit 17,8 Millionen Euro ganz gut gefahren sind, aber wir gehen auch davon aus, dass wir dieses gute Ergebnis 2023 nicht wiederholen können, weil bei uns 2022 im Zuge der vorläufigen Haushaltswirtschaft wirklich sehr vorsichtig mit den Mitteln umgegangen wurde, sodass wir

kameral ein relativ dickes Plus eingefahren haben, das sich nicht nur aus den Personalausgaben speist, sondern auch aus den Sachausgaben. Beim Jahr 2025 werden wir also auf die Bereiche zugehen müssen, und es wird wahrscheinlich auch darum gehen, Sperren zu verhängen beziehungsweise Stellen ganz bewusst nicht zu besetzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister! Ich wünsche Ihnen und auch Ihrem Mitarbeiter noch einen schönen Tag.

Wir kommen zum nächsten Bezirk

09 – Treptow-Köpenick

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Igel sowie Mitarbeiterinnen. Ich frage wieder in die Runde, ob die Fraktionen vorab Fragen anmelden möchten. – Nein. – Dann bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister! Sie haben das Wort!

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank! – Ich würde zunächst die Zeit nutzen – aber nicht dazu, die Aufmerksamkeitskurve zu senken –, Sie auf eine Frage, die vor viereinhalb Stunden gestellt wurde, hinweisen: Wann gibt es Bürgeramtstermine? – Im Moment, wenn Sie jetzt ins Internet gehen, können Sie für morgen Mittag Termine buchen. Gerade eben war für 14 Uhr auch in Köpenick noch ein Termin frei. Aber das war ja nur ein Aspekt der Haushaltsberatungen.

Ich will vielleicht noch mal aufgreifen, wie wichtig an der Stelle eine gute Ausstattung der Bezirke ist, denn im Moment, in der Situation, wo noch zu wenige Dienstleistungen im Bereich der Bürgerdienste digital abgewickelt werden können, sind wir darauf angewiesen, dass ein ausreichender Personalkörper – im Übrigen in ganz Berlin – zur Verfügung steht, um die Nachfrage nach solchen Terminen zu befriedigen. Deswegen ist es wichtig, dass dieser Personalkörper erstens auf einem hohen Niveau gehalten wird und auch noch erweitert wird. Wir haben in unserem Haushaltsplan hier einen Stellenaufwuchs vorgesehen. Wir sind aber auch seit längerer Zeit in der Situation, dass zu viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir für das Bürgeramt gewinnen, das als Einstieg in den öffentlichen Dienst nehmen und sich dann relativ schnell auf andere Stellen erfolgreich bewerben, wo es dann vielleicht ein anderes Arbeitsumfeld gibt.

Das führt mich auch zu einer der grundsätzlichen Problematiken, die wir im Haushalt darlegen. Eigentlich haben wir zwei, die ich Ihnen an dieser Stelle vorstellen würde. Das eine ist das Thema Personal, das andere ist das Thema Investitionen. Wir haben 358 unbesetzte Stellen. Nach einer Hochrechnung, wie wir unsere Mittel für Personal in diesem Jahr ausschöpfen werden, kommen wir am Jahresende voraussichtlich auf 99,83 Prozent. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden also ausgeschöpft. Wir haben viele offene Stellen, und es gibt einen riesigen Bedarf, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch die Amtsleiterinnen und Amtsleiter, noch für Personalaufwüchse nennen, und zwar durchaus in Größenordnungen.

Das alles kriegen wir nicht gelöst, jedenfalls bisher kriegen wir das nicht gelöst. Wir brauchen an der einen Stelle tatsächlich mehr Geld für Personal, wir brauchen an der anderen Stelle überhaupt Bewerbungen, wir brauchen qualifizierte Bewerbungen. Und ja, es wäre auch gut,

wenn wir an der einen oder anderen Stelle sogar noch schneller in den ganzen Verfahren werden. Wir haben im Moment bei uns eine durchschnittliche Dauer bei Stellenbesetzungsverfahren von 86 Tagen. Das ist im Berlinvergleich jetzt nicht so schlecht, aber es wird von außen betrachtet, wenn wir neue Menschen für die Berliner Verwaltung begeistern wollen, trotzdem als extrem lang empfunden. Da gibt es also Baustellen.

Ich will auch dafür werben, dass Sie sich mit dem Thema Personal in den Bezirken intensiv befassen, weil die Situation in allen Bezirken ähnlich sein wird – dass viele Ämter, da nenne ich nicht nur die Ämter für Soziales, am Limit sind, dass sie sagen: Wir haben eine so enorme Nachfrage, so viele Kundenkontakte, so viele neue Kunden, so viele neue Aufgaben an dieser Stelle, wir kommen nicht hinterher. – Da können wir im Moment gar nicht richtig eine Lösung anbieten, weil wir entweder das Personal nicht finanziert oder aber die Stellen nicht besetzt bekommen. Das Problem bleibt aber, wenn die Bürgerinnen und Bürger in der Schlange stehen.

Das zweite Thema, das ich Ihnen vorstellen möchte, ist das Thema Investitionen. Wir sind als Treptow-Köpenick der Bezirk, der nach der Bevölkerungsprognose des Senats von Berlin bis 2040 zusammen mit Pankow den höchsten Bevölkerungszuwachs haben wird; Pankow in absoluten Zahlen mehr als Treptow-Köpenick, aber prozentual liegen wir gleich. Wir werden knapp 10 Prozent mehr Menschen in unserem Bezirk begrüßen können. Wir arbeiten daran auch sehr intensiv. Wir arbeiten daran, weil wir seit vielen Jahren die höchsten Genehmigungszahlen im Bereich Wohnungsbau vorweisen und auch in der Frage der Realisierung von neuem Wohnungsbau, und zwar durch städtische Wohnungsgesellschaften, durch Wohnungsbaugenossenschaften und durch Private. Aber wir kommen mit der notwendigen Schaffung von sozialer Infrastruktur nur schwer hinterher. Das sorgt für Frust an vielen Stellen, sowohl in der Bevölkerung, die schon bei uns im Bezirk wohnt, als auch bei denjenigen, die neu dazu kommen.

Wir haben eine umfangreiche Anmeldung von Vorhaben für Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms vorgenommen. Es war klar, dass das alles nicht finanzierbar ist, aber wir haben dann auch die Revision unseres Investitionsprogramms erleben müssen, wo eine Vielzahl von Maßnahmen nicht gestrichen wurde, es wurde ja nichts gestrichen, es wird nur einfach nach 2027 verschoben, und das ist ein Problem, denn wir bauen jetzt die Wohnungen.

Wir wollten irgendwann mal den Traum in Erfüllung sehen, dass mit gebauten Wohnungen auch Schulen und Kitaplätze zur Verfügung stehen. Dieser Traum wird nach wie vor nicht verwirklicht werden können, weil wir aufgrund der Finanzlage des Landes ein umfangreiches Zurückfahren von Investitionsprojekten, jedenfalls in dieser Revision, erleben. Wir können formal eine ganze Reihe von Schulbaumaßnahmen nicht beginnen, die wir 2024/2025 beginnen wollten. Das Beste ist noch, dass wir uns vielleicht öfter hier sehen werden, weil wir natürlich vielleicht immer eine Vorlage bei SenFin einreichen, die dann hier eine Vorlage im Hauptausschuss wird, und vielleicht bekommen wir die Mittel einzeln freigegeben. Dann werden wir uns aber sehr oft sehen, und dann möchte ich hier einen Stammplatz haben. Aber das kann eigentlich nicht die Lösung sein, weil das natürlich einen enormen Aufwand macht.

Diese Revision des Investitionsprogramms ist für uns – den Begriff Kahlschlag darf man nicht so oft verwenden, deswegen bringe ich ihn nicht – schon ein harter Schlag, zumal wir gar nicht so richtig wissen: Dürfen wir jetzt an der Stelle überhaupt weiter planen? –, denn da steht ja ein Strich oder eine Null im jeweiligen Titel. Wir wissen aber, dass wir eine Schulpflicht haben, dass die Menschen kommen, die die Wohnungen beziehen werden, und es wird realisiert werden. Dann müssen wir als Bezirk die Schulpflicht natürlich durchsetzen, wir müssen den Eltern ein Angebot machen, wir kommen gar nicht drum herum. Das ist eine große Problematik. Ich weiß, ich kann jetzt von Ihnen nicht 20 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich fordern, aber um die tatsächlich notwendigen Vorhaben finanzieren zu können, werden wir wohl jedes Jahr 20 Millionen Euro zusätzlich brauchen.

Um Ihre nicht gestellte Frage zu beantworten, ob wir das denn umsetzen können: Natürlich ist im Bereich des Facility Managements im Bezirksamt Treptow-Köpenick auch eine große Zahl an Stellen unbesetzt. Da fehlt uns natürlich eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die als Projektsteuerer, als Umsetzer der einzelnen Hochbaumaßnahmen die Maßnahmen auf den Weg bringen wollen. Auch wir haben im Grunde genommen jetzt versucht, andere Wege zu gehen. Mit dualen Studiengängen wollen wir uns auch in diesen sehr spezialisierten Bereichen Nachwuchs heranziehen. Das wird aber nichts sein, das in den nächsten ein, zwei Jahren wirksam wird, aber wir gehen diesen Weg. Wir gehen diesen Weg, dass wir die Schulbaumaßnahmen umsetzen wollen – das muss an dieser Stelle auch gesagt werden –, zulasten der Kolleginnen und Kollegen, die da sind, sehr zulasten dieser Kolleginnen und Kollegen, die unter der Last dieser Projekte leiden. In anderen Bereichen, in anderen Verwaltungen außerhalb Berlins, hat ein Mitarbeiter als Projektsteuerer im Hochbau ein Projekt, eine Baumaßnahme. Bei uns haben alle Kolleginnen und Kollegen mehrere Schulbaumaßnahmen, die sie gleichzeitig bearbeiten, begleiten und kontrollieren müssen. Das ist eine schwere Belastung für diese Kolleginnen und Kollegen.

Diese beiden Themen wollte ich Ihnen gerne näherbringen, die Themen Personal und Investitionen. Ich freue mich auf die weiteren, nicht gestellten Fragen. – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Dann rufe ich die Wortmeldung der Kollegin Klein auf. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Igel! Ich habe noch eine Frage. Es ist ja ganz praktisch, dass Sie jetzt hier sitzen und aufgrund des Neubaus auch zu dem Schulthema gesprochen haben. Es geht ja manch anderen Bezirken, nicht allen, so, dass sehr viel neu gebaut wird, und es gibt ja auch Richtlinien, wie bei so und

so vielen Wohneinheiten berechnet wird, wie viele Schulplätze das am Ende ausmacht, mal platt gesprochen. Meine Frage an Sie ist: Haben Sie das Gefühl, dass am Ende mehr schulpflichtige Kinder in den Wohnungen landen, als diese Berechnung eigentlich vorgibt?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Herr Kollege Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Gute Frage! Ich hätte ergänzend zu dem Schulthema eine Frage. Sie haben uns gesagt, Sie werden uns dann im nächsten Jahr mit diversen Vorlagen, Einzelvorlagen, zur Freigabe beglücken. Können wir zur Nachschau schon mal die Liste der Schulen, die wir nächstes Jahr erwarten können, bekommen, damit wir uns schon mal vorbereiten können beziehungsweise gucken können, ob man ein Sammelverfahren dafür machen kann? – [Zuruf] – Genau, aber offensichtlich der Senat noch nicht. – [Hendrikje Klein (LINKE): Es soll ja kommen!] – Gucken wir mal, ob das kommt. Können Sie uns zur Nachschau aufschreiben, welche Freigaben Sie nächstes Jahr erwarten, weil die Planungen dann soweit sind? Wir bauen ja in den nächsten Jahren noch Schulen, vielleicht können wir das Verfahren optimieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Herr Bürgermeister, ich habe mal versucht, weil das heute bisher in jedem Bezirk ein Thema war, die pauschalen Minderausgaben bei Ihnen aufzufrischen. Ich habe neun Einträge, aber relativ kleine. Wenn ich diese pauschale Minderausgabe für Investitionen Hochbau mal wegnehme, was, wie wir vorhin gehört haben, nur eine funktionale Sache ist: Wie groß sind denn die pauschalen Minderausgaben bei Ihnen geplant, und warum finde ich die nicht?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Schulze, bitte!

André Schulze (GRÜNE): Ich würde daran anschließen. Bei der Funktionalität der pauschalen Minderausgabe für Bauinvestitionen habe ich, muss ich zugeben, bei Treptow-Köpenick in Anbetracht der Höhe ein bisschen Zweifel. Die steht ja hier mit 8,2 Millionen Euro beziehungsweise dann mit 6 Millionen Euro, in der weiteren Investitionsplanung dann mit 7,4 Millionen Euro und 39,7 Millionen Euro, sie ist auch deutlich höher als in vergleichbaren Bezirken. Jetzt sind wir ja erst mal bei diesem Doppelhaushalt. Vielleicht können Sie uns im Rahmen des Berichtsauftrags aufschlüsseln, wie die Auflösung dieser pauschalen Minderausgabe im kommenden Jahr geplant ist, also konkret, welche Maßnahmen umgesetzt werden und welche nicht umgesetzt werden, und wie sich das auf den Bereich der gezielten Zuweisungen für Investitionen und der pauschalen Zuweisungen für Investitionen verteilt.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann zur Beantwortung, bitte, Herr Bezirksbürgermeister, haben Sie das Wort!

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank! – Frau Klein, das wäre zunächst jetzt mal eine Spekulation, ob die in städtebaulichen Verträgen verabredeten Finanzierungen von Schulplätzen am Ende bei der Realisierung von Wohnungsbau genau in der Größenordnung ausreichend sind oder ob es mehr oder weniger bedarf. Dazu habe ich keinen Erfahrungswert. Allerdings ist es so, dass wir mit den Bauherrinnen und Bauherren auch darüber reden, ob beispielsweise bei der Belegung eine Altersmischung gesteuert werden kann und auch muss. Das können wir in bestimmten Gebieten, wo große Wohnungs-

neubauvorhaben entstehen. Wo wir jetzt schon eine Problematik haben, die Schulplätze zu realisieren, müssen wir solche Beratungen vornehmen, weil wir im Grunde genommen natürlich dann sehenden Auges die Eltern, die dorthin ziehen, in diese Problematik bringen. Darüber muss also zumindest aufgeklärt werden, und das müssen wir dann auch machen.

Dann gab es Fragen nach den pauschalen Minderausgaben. Sie sind tatsächlich an mehreren Stellen im Haushalt verankert. Sie sind nicht so hoch wie in anderen Bezirken. Das will ich aber auch erläutern. Wir haben eine pauschale Minderausgabe bei Investitionen, die gerade erwähnt worden ist, von 8,2 Millionen Euro. Die ist mit der Senatsverwaltung für Finanzen verabredet, weil sie das Ergebnis der Revision des Investitionsprogramms ist. Das ist also verabredet. Wir hatten einen anderen Vorschlag, wir hatten ja 20 Millionen Euro mehr gewollt, aber das ist nicht durchgekommen, Herr Ostermann. Ich weiß nicht, was da bei Ihnen los war. Deswegen sind es nur 8 Millionen Euro, wir wollten mehr haben, und wir haben, glaube ich, auch gute Gründe.

Wir haben im Bereich des Kapitels Jugend 820 000 Euro. Das liegt daran, dass wir dort tatsächlich Steuerungsmaßnahmen erwarten. Der Jugendbereich hat auch im aktuellen Doppelhaushalt eine pauschale Minderausgabe erhalten, wo wir als Bezirksamt auch noch nicht mit der Umsetzung zufrieden sind. Wir werden das im nächsten Jahr fortsetzen. Wir erwarten Steuerungsmaßnahmen, um dort zu signifikanten Ausgabensenkungen zu kommen, und an der Stelle gibt es auch eine Unterstützung, um das Jugendamt auf dem Weg zu begleiten.

Wir haben darüber hinaus eine pauschale Minderausgabe, die im Kapitel Stadtentwicklung verankert ist, in Höhe von 727 000 Euro. Das ist die so nicht genannt werden dürfende Wohnungsbauprämie. Das ist die Situation, dass wir – das hatte ich kurz ausgeführt – seit Jahren auf einem sehr hohen Niveau als Berliner Spitzenreiter neuen Wohnungsbau genehmigen. Wir bekommen dafür eine Sonderzuweisung des Senats, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, für jede genehmigte Wohnung. Wir haben daraus in der Vergangenheit – und wollen das auch für die Zukunft – das Personal finanziert, das das macht. Die Kolleginnen und Kollegen, die Baugenehmigungen erteilen, werden also über diese zusätzlichen Mittel finanziert.

Wir hatten jetzt die Situation, dass wir mit der Zuweisung des Senats allerdings unseren Personalkörper nicht komplett ausfinanzieren konnten. Wir konnten uns nur damit behelfen, dass wir gesagt haben, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden weiterhin auf diesem Niveau neuen Wohnungsbau genehmigen, weil die Antragszahlen bei uns weiterhin hoch sind. Wenn sie das machen, dann werden wir auch wieder eine Sonderzuweisung bekommen. Diesen erwarteten Betrag haben wir jetzt als Ausgabe im Personal etatisiert, und wir haben diese Ausgabe jetzt als pauschale Minderausgabe an der Stelle gegenfinanziert. Wir rechnen damit, dass das entsprechend erfüllt werden kann.

Wir haben darüber hinaus noch eine pauschale Minderausgabe für Personalausgaben im Kapitel 3307; das ist ihr Kapitel, Frau Siegel. Wir haben es leider nicht geschafft, mit den zur Verfügung stehenden Personalmitteln unsere Nachwuchskräfte auszufinanzieren. Wir werden aber weiterhin daran festhalten, dass wir ausbilden. Ich kann Ihnen jetzt hier aber nicht sagen, wie wir das gegenfinanzieren. Diese 500 000 Euro werden dann vielleicht auch nicht erbracht. Das ist dann so. Dann haben wir noch weitere, das ist alles zu vernachlässigen, was an der Stelle noch ist.

Wir hätten in Größenordnungen noch pauschale Minderausgaben zur Finanzierung weiterer Personalbedarfe aller Ämter ansetzen können, um an die 1-Prozent-Grenze heranzukommen. Wir wissen aber, dass die geschätzten Kollegen bei SenFin sehr intensiv in der Nachschau ganz viel finden werden, wo sie – ich sehe schon das Nicken – uns die pauschale Minderausgabe dann selbst noch mal hochschieben werden, und wenn irgendwo wieder 1 000 Euro, die falsch veranschlagt wurden, gefunden werden. Das wird wieder so klappen. Deswegen ist das der – in Anführungsstrichen –Puffer, den die Kollegen glanzvoll füllen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Doch. – Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Sorry, Herr Vorsitzender! – Herr Bürgermeister, ich habe Ihren Ausführungen entnommen, was wir ja alle gut finden, dass Sie bei sich im Bezirk dafür sorgen wollen, dass Stellen besetzt werden, dass Sie auch genügend Stellen vorhalten, damit Service passieren kann. Jetzt haben wir vorhin von Ihrer Kollegin aus Zehlendorf gehört, dass sie davon ausgeht, dass man für das Personal immer weniger Räumlichkeiten braucht, weil ja immer mehr im Homeoffice arbeiten. Jetzt würde mich die Einschätzung von Ihnen, der Sie ja einen besonderen Wert darauf legen, Personal zu haben, zu dieser Frage interessieren. Gehen Sie im Bezirk auch davon aus, dass die Mitarbeiter zumeist von zu Hause oder mit Desksharing arbeiten, oder gehen Sie davon aus, dass Sie entsprechende Räumlichkeiten brauchen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Bezirksbürgermeister, bitte, zur Beantwortung!

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Zunächst, bevor ich die gestellte Frage beantworte, hatte ich eine Frage nicht beantwortet: Das war der Wunsch nach der Sammelvorlage oder danach, welche Projekte in den nächsten Jahren erwartet werden. Wir haben in den Erläuterungen im Haushaltsplan bei den einzelnen Investitionsvorhaben bereits geschrieben, wann mit einer geprüften BPU gerechnet wird. Das heißt, da steht das auch schon drin. Ob sich das dann erfüllt, werden wir dann sehen, oder ob das dann für das eine oder andere Quartal doch nicht eintrifft. An der Stelle haben wir das aber schon im Rahmen des Haushaltsplans hier veröffentlicht.

Wenn Sie fragen, wer in der Sammelvorlage vorkommen will, dann möchte ich dort alle Investitionsvorhaben sehen, die jetzt im Rahmen der Revision des Investitionsprogramms für die nächsten beiden Jahre auf null gesetzt wurden. Da wir heute ein Wortprotokoll haben, kann ich das ja jetzt schon mal anmelden. Ich würde mich jetzt nur auf die Schulvorhaben beschränken, denn das sind ja nicht so viele, weil wir nicht so viel bauen: Edison-Schule, Gesamtsanierung und Erweiterungsbau ist für 2025 auf null gesetzt; dann – das wird aber dank guter Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Finanzen anders gelöst – die Grüne-Trift-Schule, Reaktivierung als Grundschule, Gesamtsanierung Bestandsgebäude, das kriegen wir wahrscheinlich noch hin; Anna-Seghers-Schule, Ausbau und Erweiterung des Schulstandortes; Treptow-Kolleg, Neubau Sporthalle, denn das ist ein Gymnasium geworden; dann – kein schulischer, aber ein Bildungsbereich – Errichtung eines Volkshochschullernzentrums am Stellingdamm; ganz wichtig: Heide-Schule, Erweiterung der Schule durch Reaktivierung fremdgenutzter Bereiche ist gestrichen, also verschoben –; Schule an der Wuhlheide, Neubau Mehrzweckraum Mensa ist dringend erforderlich; energetische Sanierung Schmöckwitzer

Insel-Schule, dabei auch Erweiterung von Plätzen; Bouché-Schule, energetische Sanierung Bestandsgebäude und Schaffung von Barrierefreiheit; Schule am Heidekampgraben, Sanierung der Schulfreiflächen; Schule am Pegasuseck, ebenfalls Sanierung der Schulfreiflächen; Müggelschlößchen-Schule, energetische Sanierung, barrierefreie Erschließung; Alexander-von-Humboldt-Schule – auch da haben wir wahrscheinlich eine andere Lösung, aber da werde ich wohl auch hier im Hauptausschuss auftauchen –, energetische Sanierung, Höhensanierung, Schaffung von Barrierefreiheit; Gerhart-Hauptmann-Schule, Sanierung Schulfreiflächen; Treptow-Kolleg, Sanierung Schulfreiflächen ebenfalls. – Das waren jetzt die Schulbaumaßnahmen. Dazu kommen noch in den Bereichen Jugend, Sport und Senioren weitere Reduzierungen, die ich genauso für notwendig erachte.

Ich komme zur Frage von Herrn Wiedenhaupt zum Desksharing und, wie der Raumbedarf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kontext zu sehen ist, dass wir mehr digital arbeiten, dass wir mehr mobil arbeiten. Da wir gleichzeitig allerdings, schon allein durch das Wachstum des Bezirks Treptow-Köpenick, einen auch in den kommenden Jahren, egal, wie die Digitalisierung läuft, egal, was alles noch für Vereinfachungen kommen, insgesamt eher erhöhenden Personalbestand erwarten werden: Wenn das im Moment nur geringfügig erfolgt, können wir sicherlich Effekte nutzen, die über das mobile Arbeiten dazu führen, dass der eine oder andere Raum durch zwei oder drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichzeitig genutzt wird, obwohl nur zwei Schreibtische da sind und die sich irgendwie organisieren.

Im Moment läuft es vor allen Dingen so, dass, wenn ein Amt das Glück hat, zusätzliche Stellen zu besetzen, aber nicht den Schreibtisch hat, diese Lösungen natürlich bereits umgesetzt werden. Das wird aber an Grenzen stoßen. Man wird nicht in einem Dreierbüro acht Mitarbeiter unterbringen können. Da kann man die tollsten Schichtmodelle oder Wochentagsmodelle führen, das wird an Grenzen kommen. Ich will aber nicht verhehlen, dass es für eine fernere Zukunft, wie das, glaube ich, Frau Schellenberg gemeint hat, auch andere Lösungen geben kann, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehrheitlich von zu Hause aus arbeiten können. Dass das am Ende allerdings keine Generallösung ist, das wissen Sie alle, denn es geht natürlich auch darum, dass es einen direkten Kontakt zu Vorgesetzten, zu anderen Kolleginnen und Kollegen geben muss. Deswegen ist das nur begrenzt möglich, aber es werden dort Effekte zu erzielen sein. In welchen Größenordnungen, wird sich erst in der Praxis zeigen.

Wir gehen jedenfalls davon aus, dass wir auch insofern einen Raumbedarf haben, dass wir auch bei uns Dienstgebäude sanieren müssen, auf einen neuen technischen Stand bringen müssen, weil wir diese Arbeitsplätze auch in einem festen Raum benötigen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Tag, Ihren beiden Mitarbeiterinnen natürlich auch. Bevor wir jetzt zum Bezirk Marzahn-Hellersdorf kommen, gibt es einen Wechsel in der Sitzungsleitung. Der Kollege Schulze wird den Rest der Sitzung leiten und – – [Heiko Melzer (CDU): Und ich gehe nach Hause!] – Nein, natürlich nicht! – Wir warten kurz, bis die Frau Bezirksbürgermeisterin Zivkovic bei uns vorne eingetroffen ist, die ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüße, bevor ich übergebe.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank an Herrn Schmidt! – Dann setzen wir fort. Es ist schon angekündigt worden, wir setzen mit dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf fort.

10 – Marzahn-Hellersdorf

Auch ich begrüße noch mal die Bezirksbürgermeisterin Zivkovic. Ich frage in die Runde, ob es Wortmeldungen gibt. – Herr Wiedenhaupt!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Bürgermeisterin! Eine Frage, die wir in jedem Bezirk schon hatten, zu pauschalen Minderausgaben: Bei Ihnen sind diese auch relativ hoch, 7 Millionen Euro 2024, 11 Millionen Euro 2025. Wie realistisch ist es für Sie, dass das auch wirklich eingehalten werden kann, oder inwieweit ist das eine Buchung, die nur einen ausgeglichenen Haushalt herstellen soll?

Dann habe ich noch eine kleinteilige Frage, weil mir das nicht ganz klar ist. Es geht um Ihre Aufwendungen für Beiräte. Sie haben einen Integrationsbeirat, Frauenbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderung und den Queer-Beirat. Der Queer-Beirat hat mehr Mitglieder als beispielsweise der Integrationsbeirat. Was ist bei Ihnen die besonders große Aufgabe im Bereich Queer, dass Sie dort so einen großen Beirat brauchen?

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Frau Dr. Schmidt!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde hier gerne noch mal zum Thema Personal nachfragen, Frau Bezirksbürgermeisterin, weil wir große Schwierigkeiten in der letzten Zeit hatten, Stellen zu besetzen, Stellen sogar doppelt ausgeschrieben werden mussten, um sie besetzen zu können. Mich würde der aktuelle Stand interessieren, ob das inzwischen ein bisschen besser klappt – „klappt“ ist das falsche Wort –, ob das inzwischen etwas anders läuft, weil auch von vielen anderen Seiten schon gesagt wurde, dass es sehr schwer ist, Stellen zu besetzen, und die Randbezirke sind da noch mal besonders gebeutelt.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen von den Abgeordneten sehe ich momentan nicht. – Dann hat Frau Bürgermeisterin Zivkovic das Wort.

Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf): Vielen herzlichen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Fragen! Bezüglich der pauschalen Minderausgabe wäre ich natürlich auch darauf eingegangen, dass wir eine sehr hohe haben. Dass Sie nachfragen, ist selbstverständlich, denn auch wir kommen mit der Globalsummenzuweisung nicht zurecht, sie ist nicht ausreichend. Deshalb haben wir für das nächste Jahr – Sie sagten es schon – eine PMA von 7,7 Millionen Euro und für das darauffolgende Jahr eine PMA von 11 Millionen Euro.

Bezüglich Rücklagen: Wir als Bezirk haben keine, die wir einsetzen könnten. Daher werden wir uns zu der PMA noch einmal mit dem Bezirksamt zusammensetzen, noch vor der zweiten Lesung, die Sie für den 27. November angesetzt haben, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, um zu schauen, wie wir noch mal mit dieser hohen PMA umgehen. Denn ich möchte eins nicht machen – da folge ich Herrn Igel, er hat das vorhin sehr schön gesagt –: All die Maßnahmen, die wir in den Bezirken umsetzen, tragen wir auf dem Rücken des Personals aus, das wir haben. Ich möchte nicht am Personal sparen, sondern im Gegenteil, ich möchte

den Personalaufwuchs wahrnehmen, damit wir die Aufgaben, die wir haben, auch wirklich umsetzen können. Denn – das hatte, glaube ich, Herr Oltmann schon gesagt – bei uns fangen die Kolleginnen und Kollegen an, werden gut ausgebildet und wandern dann häufig in die Senatsverwaltungen ab, es sei ihnen gegönnt – Frau Duwe, nicht alle, nur die Besten, Sie wissen, wen ich meine. Das gönne ich Ihnen auch von Herzen, aber wir wollen natürlich, dass die Kolleginnen und Kollegen bei uns in den Bezirken bleiben. Häufig ist die Wohnortnähe ein entscheidender Faktor. Wir müssen die Kolleginnen und Kollegen mit einer ausreichenden Personalstärke unterstützen. Deshalb ist es nicht mein Ansatz, an der Stelle sparen zu müssen.

In Bezug auf die Wohnortnähe möchte ich auf die Frage von Frau Dr. Schmidt eingehen. Sie fragte, wie es bei uns mit der Stellenbesetzung läuft. Wir haben im Durchschnitt einen Ansatz von vier bis viereinhalb Monaten, die wir zur Besetzung benötigen. Wir haben im Moment 257 Stellen offen, von 1 911 Stellen insgesamt. Schwierige Bereiche sind Straßen- und Grünflächenamt, Facility Management, Soziales, Jugend, Gesundheit, gerade die medizinischen Berufe. Dazu eine kurze Anekdote aus meinem Freundeskreis: Ich habe einer befreundeten Ärztin das Stellenangebot gezeigt. Sie ist am Universitätsklinikum in Dresden beschäftigt, und Sie hat auf die Gehaltszahlung geblickt und hat gefragt: Ist das halbtags, was ihr da anbietet? – Das nur mal so zur Einordnung. Da müssten wir uns, um den Fachkräftemangel zu beseitigen, wirklich verbessern.

Bezüglich der Wohnortnähe bin ich sehr froh, dass sich die Serviceeinheit Finanzen auf den Weg gemacht hat und dieses Wochenende, am 13. und 14. Oktober, bei uns im Freizeitforum Marzahn eine Jobmesse selber durchführt. Ich weiß, Sie führen am Freitag auch eine Messe durch. Es differiert ein wenig, wir sprechen vor allen Dingen Bürgerinnen und Bürger an, die bei uns im Bezirk arbeiten, weil es immer wieder das Argument ist: Ich habe bei Ihnen wegen der kurzen Wege angefangen. Ich habe vorher im Bezirksamt Reinickendorf gearbeitet, meinethalben, und jetzt habe ich bei Ihnen einen Job gefunden. – Das ist etwas, das die Lebensqualität steigert, und deshalb haben wir sehr viel Zeit und Personal in die Hand genommen, um uns auf den Weg zu machen und selber zu werben. Wir bedanken uns für die Erhöhung, die es gab, um mehr Personalmarketing zu machen. Das ist wirklich hilfreich. Vielen herzlichen Dank!

Herr Ziller hatte vorhin noch zum BEK gefragt. Das ist eine Maßnahme, die wir im Bezirksamt sehr sinnvoll finden, die wir auch gut genutzt haben. Unser Klimabeauftragter hat damit angefangen, unser Fuhrparkmanagementkonzept umzuwandeln. Wir hinken als Bezirk da noch hinterher und müssen noch aktiv werden. Das wird uns wahrscheinlich bis Ende des Jahres gelingen. Dafür haben wir die BEK-Mittel eingesetzt, die sehr unkompliziert von der Senatsverwaltung für Mobilität abgefragt werden konnten.

Was mir sehr am Herzen liegt – die Kolleginnen und Kollegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hatten es schon gesagt –, ist der Integrationsfonds. Die Kürzung hat bei uns zur Folge – wir sind ein Bezirk, der sehr viele Geflüchtete aufgenommen hat und sehr aktiv in der Integration ist, wir haben sehr viele, gut funktionierende Projekte –: Wenn der Integrationsfonds so bestehen bleibt, wie er jetzt im Moment ist, bedeutet das für uns eine Kürzung von 34 Prozent. Das gibt mir die Möglichkeit, dass ich entweder in jedem Projekt 34 Prozent kürze oder in drei großen Projekten kürze. Das wäre zum Beispiel ein Projekt der Caritas, das mit 100 000 Euro ausgestattet ist, das Geflüchtete in Wohnraum bringt, das wirklich sehr gut ist und das uns wieder die Möglichkeit schafft, Plätze in den LAF-Unterkünften vorzuhalten, um

dem Druck entgegenzuhalten. Wenn Sie da noch mal in sich gehen, das hat für die Bezirke wirklich große Konsequenzen. Ich bitte um ein Umdenken dazu.

Sie hatten bezüglich der Aufwendungen für den Queer-Beirat gefragt. Ich glaube, wir sind bisher der einzige Bezirk, der einen Queer-Beirat hat. So ist zumindest meine Kenntnis. Mir kann gerne widersprochen werden, wenn das mittlerweile anders ist. Daher kann ich mich gar nicht zur Größe äußern, ob der groß oder klein ist, weil mir die Vergleichsgröße fehlt.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Dann sehe ich die Meldung von Herrn Wiedenhaupt.

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Nur die kurze Nachfrage: Der Vergleich war eigentlich von mir zu den anderen Beiräten, denn das ist deutlich höher als alle anderen. Die Frage wäre normalerweise: Ich habe eine Erwartung, dass mehr zu tun ist als bei Integration, bei Menschen mit und ohne Behinderung oder Ähnlichem.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf): Vielen Dank! – Es stößt auf ein sehr großes und reges Interesse, und wir konnten dadurch auch die Aktivitäten in dem Bereich LGBTQ sehr steigern. Wir haben zum Beispiel eine sehr erfolgreich Pride-Week durchgeführt. Es ist also ein sehr reges Interesse am Thema, das bei uns im Bezirk dafür vorhanden ist.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann vielen Dank an Frau Bezirksbürgermeisterin Zivkovic und Ihre Mitarbeiterinnen. Einen schönen Abend Ihnen!

Ich rufe den nächsten Bezirk auf.

11 – Lichtenberg

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Schaefer. Ich würde, wie immer, mit der Fraktionsrunde beginnen. – Herrn Haustein! – Bitte schön!

Dennis Haustein (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Guten Tag, Herr Bezirksbürgermeister Schaefer! Ich habe sehr konkrete Themen, ich hoffe, das sieht man mir nach, zwei konkrete Themen. Das erste konkrete Thema ist das Projekt der Schulgesundheitsfachkräfte, das wir im Bezirk seit dem letzten Jahr schon implementiert haben. Es gab einen großen Aufschrei, eine große Sorge, bei mir, bei den Schulen, bei den Eltern, weil kurz vor der Sommerpause aus dem Büro der Bezirksstadträtin für Familie, Jugend und Gesundheit, bei Ihnen aus dem Haus, eine Meldung kam, dass diese Gesundheitsfachkräfte nicht mehr verlängert werden, dass das Projekt ersatzlos ausläuft. Mich würde interessieren, dass Sie die Situation noch mal aufklären, sagen, wie die Weiterfinanzierung gewährleistet werden konnte. Wir haben jetzt auf der Landesebene im Einzelplan Bildung diese Schulgesundheitsfachkräfte ab 2025 implementiert. Auch wenn uns noch keine Evaluationsergebnisse vorliegen, habe ich heute glücklicherweise die Antwort auf meine schriftliche Frage tagesaktuell bekommen. Vielleicht können Sie die Situation ein bisschen aufklären.

Das zweite Thema, bevor jetzt andere fragen: Wir hatten im Bezirk häufig die Diskussion um die Rekommunalisierung der Schulreinigung. Mich würde interessieren, ob Sie aktuelle Zahlen dazu haben, ob das finanziell durchführbar ist, ob Sie schon ein bisschen den Blick in die Zukunft gewagt haben. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Dann hat als nächstes die Abgeordnete Klein von der Linksfraktion das Wort.

Hendrikje Klein (LINKE): Herr Vorsitzender! Herr Schaefer! Ich habe noch zwei Fragen. Zum einen wissen wir ja, dass Lichtenberg schon seit vielen Jahren einer der Bezirke ist, die es irgendwie geschafft haben, sich mit der KLR und der Budgetierung rechtzeitig auf einen guten Weg zu machen und dadurch häufig ein positives Jahresergebnis hatten. Deshalb frage ich, wie Sie mit den Überschüssen umgehen. Werden die vor allem investiv gebunden?

Die zweite Frage: Vielleicht können Sie uns noch mal in die schwierige Lage der Wohngeldstelle zur Bearbeitung der vielen Anträge mitnehmen. Wie ist da gerade der Stand der Dinge? Was brauchen Sie, vielleicht von uns hier oder von SenFin, um eine Linderung herbeiführen zu können?

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank! – Dann Herr Wiedenhaupt!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Bürgermeister! Wie auch in anderen Bezirken schon die Frage nach den pauschalen Minderausgaben, insbesondere dabei – das haben wir heute gesehen – zu den sehr verschiedenen Auffassungen der Bezirke. Einige haben schon aufgegeben und haben gesagt: Das werden wir sowieso nie erfüllen, das ist halt eine Zahl, die ich reingestellt habe. –, während eben beispielsweise in Marzahn-Hellersdorf das Thema war: Ja, ich habe mir eine Vorstellung gemacht, und wir werden das in einer bestimmten Zeit auflösen. – Die Frage ist also: Wieso so hoch? Gibt es Vorstellungen, das auch wirklich zu erbringen? – Oder aber ist bei Ihnen auch im Hinterkopf: Das schaffen wir sowieso nicht?

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Weitere Wortmeldungen sehe ich im Moment nicht. – Dann würde ich Herrn Bezirksbürgermeister Schaefer um die Beantwortung bitten.

Bezirksbürgermeister Martin Schaefer (BA Lichtenberg): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich steige vielleicht mal mit der KLR-Frage ein, weil das natürlich ein Beispiel ist, das uns geholfen hat, insgesamt bei der Aufstellung unseres Haushaltes. Wir konnten etwas entspannter an die Aufstellung herangehen als manch andere Bezirke. Das ist auch wichtig, weil wir, wie Treptow-Köpenick, einer der am meisten wachsenden Bezirke sind. Wir sind allein in diesem Jahr schon um 7 000 bis 8 000 Menschen gewachsen, in den letzten zwölf Jahren um 50 000. Wir brauchen also vor allen Dingen die Investitionen in eine gute Verwaltung, die die Dienstleistungen für die Menschen erbringen kann, und natürlich auch in die soziale Infrastruktur, die zum Wohnungsbau dazu gehört, also dass wir eigene Schulgebäude, die wir noch hatten, sanieren, dass wir aber auch in die Schulbauoffensive selbst intensiv einsteigen. Dazu gehört aber auch der ganze Bereich der Sanierung von Straßen, die Grünanlagenpflege, die Pflege der Bäume und all diese Dinge.

Die KLR hat in der Rücklage dann auch dazu geführt, dass wir mit einer Ergebnisrücklage von knapp 20 Millionen Euro in die Haushaltsaufstellung gehen konnten. Die haben wir komplett in die Aufstellung des Haushaltes verausgabt. Das, was Ihnen wahrscheinlich vorliegt – damit komme ich gleich zur PMA –, ist dann eine Chance gewesen, dass wir durch die Nachschiebeliste und die 100 Millionen Euro, die den Bezirken noch zur Verfügung gestellt wurden, unsere PMA noch einmal reduzieren konnten, sodass wir jetzt im Jahr 2024 weit weg von 1 Prozent sind, im Jahr 2025 an 1 Prozent kratzen, aber wir sind sehr optimistisch. Wir werden sicherlich die Ergebnisrücklage vom vergangenen Jahr in diesem Jahr nicht wieder einholen, aber wir glauben, dass es ein gutes Ergebnis werden kann und werden wird und dass wir in der eigenen Wirtschaft die PMA auflösen können. Wir haben einen Plan und sind ganz zuversichtlich.

Wachsender Bezirk heißt, dass wir in viele Bereiche intensiver schauen müssen. Kollegin Zivkovic sprach den ganzen Bereich des Integrationsfonds an, auch das möchte ich für uns noch mal aufgreifen. Wir werden Ende des Monats unsere 13. Einrichtung eröffnen. Wir sind

damit, was die Gebäude angeht, absoluter Spitzenreiter in Berlin. Mit den 105 Leuten, die dazu kommen, haben wir dann auch Tempelhof-Schöneberg überholt und sind dann auf Platz 3. Es sind vier Bezirke, die die Hauptlast dieser Stadt tragen. Diese vier Bezirke kriegen aber nicht mehr aus dem Integrationsfonds. Jetzt traue ich mich das auch zu sagen, weil nur noch wenige meiner Kolleginnen und Kollegen da sind. Das ist der Vorteil, wenn man die Nummer 11 ist. Es wäre aber ratsam zu überlegen, ob die, die mehr Häuser, mehr Einrichtungen, mehr Menschen haben, auch mehr aus dem Integrationsfonds bekommen. Ich weiß, dass freie Träger auch in anderen Bezirken aktiv sind, aber wir werden über 4 100 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften oder Erstaufnahmeeinrichtungen haben, und wir brauchen jedes Geld händeringend.

Die aktuelle weltpolitische Lage, in der wir auch diese Sitzung heute hier durchführen, macht uns, glaube ich, nur sensibel dafür, dass wir noch gar nicht wissen, was vielleicht gerade in den nächsten Monaten auf uns zukommen wird. Wir können als Bezirke hier nur warnen: Die integrativen Leistungen geschehen in den Bezirken, und wir werden jeden Cent und jeden Euro hier sehr gut einsetzen. Wir brauchen das Geld des Integrationsfonds wirklich. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der uns wichtig ist.

Ich möchte auch etwas zu den Stellen sagen. Ein wachsender Bezirk braucht auch mehr Stellen. Wir werden in den nächsten sechs bis acht Jahren 25 Prozent unserer Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand verabschieden. Das ist eine Riesenzahl. Wir werden das nicht einfach so auflösen und aufgreifen können, wenn es nicht eine sehr deutliche Tariferhöhung in diesem Jahr gibt. Durch den TVöD und durch andere Bereiche ist das ein sehr deutliches Thema auf unserer Personalvollversammlung gewesen, dass die Menschen hohe Erwartungen an uns haben. Wir kämpfen sowieso um bessere Eingruppierungen, die schon auf der Senatsebene sind. Ich habe einen dringenden Appell auch an Ihr Haus, dass wir bei dem ganzen Bereich der Stellenbewertung und des Tarifrechts und Tarifgesetzes einheitlicher vorgehen. Es kann nicht sein, dass die gleiche Stelle, die die gleiche Arbeit macht, nicht nur auf Landes- und Bezirksebene unterschiedlich bewertet wird, sondern dass die Bezirke manchmal unterschiedlich bewerten. Das wird in den nächsten Jahren ein Konkurrenzkampf aufgrund der demografischen Entwicklung werden, der uns nicht gut tun wird, weil er ein schmutziger Kampf ist, denn wir brauchen die Menschen. Wir werden natürlich in die Digitalisierung mehr investieren müssen, um den Mangel an Kolleginnen und Kollegen ausgleichen zu können, aber wir sollten das auf Augenhöhe tun und in einer guten Art und Weise miteinander diese Herausforderungen anpacken.

Vielleicht noch ein paar Gedanken zu den Volkshochschulen und auch zu den Honoraren im Musikunterrichtsbereich: Wir werden aus eigenen Mitteln hier weiter investieren, sodass wir die Gebühren nicht erhöhen müssen. Wir gehen in 2024 mit 500 000 Euro stärker rein und in 2025 mit 700 000 Euro, um das Niveau halten zu können. Wir glauben, das ist auch für die Integration ein ganz wichtiger Punkt, nicht nur für die Integration der Menschen, die zu uns gezogen sind, sondern auch für die Integration der Familien, die es schwerer haben, Teilhabe am öffentlichen Leben zu haben. Deshalb sind diese Maßgaben sehr wichtig und sehr nötig.

Ich komme zu den Fragen zurück, die gestellt wurden. Die Schulgesundheitsfachkräfte wurden im Rahmen unserer Aufstellung des Haushalts von der Fachkollegin zurückgezogen, mit dem Verweis, dass das eine Finanzierung über den Senat sein müsste. Ich habe dann über das 100-Millionen-Programm den Vorschlag gemacht, die Finanzierung in die Nachschiebeliste

mit hineinzupacken, und so ist es uns jetzt nachträglich gelungen, hier noch einmal zu investieren. Ich glaube, dass das ein sehr gutes Projekt ist. Auch wenn die Evaluation noch nicht da ist, spiegeln uns das die Eltern, die Kinder und auch die Lehrkräfte vor Ort. Das wird auch ein Thema der nächsten Jahre sein. Kinderarmut und Armutsprävention sind Themen auch für die Schulen und haben auch etwas mit der Gesundheit der Kinder zu tun. Ich freue mich, dass wir zumindest über dieses Programm, die 100 Millionen Euro, eine Finanzierung sicherstellen konnten, die zunächst nicht mehr gewünscht war.

Die Kommunalisierung der Schulreinigung war bei uns ein Thema. Wir haben lange überlegt, auch in den letzten Jahren, ob wir uns für dieses Pilotprojekt anmelden. Es ist einfach unfassbar teuer. Wir haben eine Simulation gemacht. Es ist nicht vertretbar, ein Fünffaches an Geld auszugeben. Wenn ich allein nur die Hälfte nehmen würde und die Verträge mit den Firmen verbessern würde, hätte ich schon eine bessere Leistung. Ich glaube, es ist einfach ein Mythos, der hier herrscht, vielleicht aus einer guten alten Zeit, als es noch die eine Putzkraft gab, die sich um die eine Schule kümmert und die ganz damit verbunden ist. Diese Zeiten gibt es nicht mehr. Wir müssen Personal vorhalten, wenn die Leute krank sind, im Urlaub sind, ausfallen, der Stellenpool, Umkleide, Duschen, auch der Mehraufwand, der im Personalservice nötig wird, wenn man auf einmal 200 Kolleginnen und Kollegen mehr einstellt, also 10 Prozent mehr – das ist nicht finanzierbar. Ich meine auch, dass es nicht wirklich in einem einzigen Bezirk einen Piloten zur Kommunalisierung gibt, sondern dass erst mal die Standards neu gebildet werden sollen. Ich glaube, wir begeben uns hier auf einen Irrweg, und es wird in keinem der Bezirke ein Erfolgsrezept geben.

Zum Umgang mit der Rücklage habe ich gesagt, dass wir sie komplett auflösen. Wir werden dann auch die Rücklage, die wir hoffentlich in diesem Jahr bilden, für 2025 komplett auflösen müssen. Das werden wir alle gemeinsam im März 2024 dann wissen.

Zum Umgang mit den Wohngeldanträgen: Wir sind der Bezirk, der prozentual den meisten Zuwachs an Anträgen hatte. Wir sind nach der Gesetzesänderung wirklich überrannt worden. Wir haben reagiert, indem wir nun viele Kolleginnen und Kollegen einstellen konnten. Wir sind noch nicht an der Spitze angekommen, aber die Arbeit konnte beginnen. Was hat uns die Arbeit schwer gemacht? – Es war tatsächlich die Bereitstellung von Räumlichkeiten. Das dauert zu lange. Ich kann auch nur appellieren. Ich weiß, es ist Ihr gutes Recht, bei jeder Vermietung mitbestimmen zu wollen. Es bremst uns extrem aus, wenn wir warten, warten, warten, bis es Zusagen für Anmietungen gibt. Das dauert. Über das ITDZ war es einfach noch eine Schwierigkeit, die Infrastruktur zu bekommen. Auch das hat uns noch mal enorm zurückgeschmissen. Wir waren zwischenzeitlich bei fast 30 Wochen pro Wohngeldantrag. Das ist für die Menschen, die elementar darauf angewiesen sind, eine Katastrophe. Das kann sich diese Stadt eigentlich nicht erlauben.

Mein Kollege, der dafür zuständig ist, hat dann ein ganzes Bürgeramt geschlossen, und alle Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, sind jetzt aktuell angehalten, nur noch Wohngeldanträge zu bearbeiten. Das ist für unsere KLR eine Katastrophe, und das ist natürlich auch für die, die dort tatsächlich andere Dienstleistungen in Anspruch nehmen möchten, auch nicht der richtige Weg. Aber es ist erst mal ein Hilfeschrei, dass wir hier vorankommen müssen. Die Menschen kriegen das Geld dann zwar rückwirkend, das ist dann vielleicht auch ein schöner Geldsegen, aber es hilft Monat für Monat überhaupt gar nicht. Was wir also brau-

chen: schnellere Zusagen zu Räumlichkeiten und eine schnellere technische Infrastruktur. – So viel vielleicht als Einstieg.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank! – Dann habe ich die Meldung von Herrn Ziller.

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Zu verschiedenen Fragen, auch zu den Anmietungsvorlagen und was wir uns alles angucken und was nicht, glaube ich, werden wir noch mal eine Debatte im Rahmen der Auflagen führen.

Ich habe eine konkrete Nachfrage. Wir haben uns mit der Schulreinigung hier im Ausschuss, im Unterausschuss, schon umfassend auseinandergesetzt. Eine Verfünffachung der Kosten habe ich tatsächlich in keiner der Kalkulationen und keinem der Gutachten gesehen. Mich würde das aber tatsächlich interessieren. Da Sie sich die Mühe gemacht haben, könnten Sie uns die zur Nachschau als Bericht schicken, dass wir das auch noch mal in die weiteren Beratungen einbeziehen können.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank! – Der Berichtswunsch ist notiert. – Frau Klein!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank! – Ich habe auch noch eine Nachfrage und eine Sache zu den unterschiedlichen Stellenbewertungen. Wir haben im Unterausschuss Personal mal versucht, uns da heranzuwagen. Bisher haben wir noch nichts aufdecken können, wo bei gleicher Arbeit unterschiedlich gezahlt wird. Weil es viele Bezirke immer wieder sagen, aber bisher noch keine Beispiele bei mir gelandet sind, wäre ich dankbar, wenn wir uns nach den Haushaltsberatungen im Unterausschuss das vornehmen, um vielleicht auch diesen Mythos einmal aufzuarbeiten. Wenn da etwas dran ist, gehört es natürlich auf den Tisch. Wir reden jetzt wirklich schon so lange darüber, bisher ist aber tatsächlich noch kein einziger Fall bei uns hier auf dem Tisch gelandet, was nicht heißen muss, dass es die Fälle nicht gibt. Vielleicht sollten wir uns nach den Haushaltsberatungen konzentriert da mal ranmachen.

Noch eine Sache zu den Anmietungsvorlagen, wenn ich unser Prozedere richtig verfolge, was ich ja tue: Wenn wir Anmietungsvorlagen von Bezirken oder Senatsverwaltungen bekommen, haben wir die sofort auf der Tagesordnung, und in 98 Prozent der Fälle werden die sofort abgestimmt, in der Regel auch positiv. Die Frage ist also: Wo hängt denn das Go für die Anmietung? – Ich habe eine leise Ahnung, weil ich immer mal wieder gehört habe, dass die Hauptverwaltung vielleicht der Bremser ist. Das muss natürlich auch abgearbeitet werden. Ich will Ihnen nur mitgeben: Das Parlament hier ist es nicht.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Dann noch mal Bezirksbürgermeister Schaefer!

Bezirksbürgermeister Martin Schaefer (BA Lichtenberg): Verehrte Kollegin Klein! Allein dass wir für das Parlament das vorbereiten müssen, dauert und bremst uns aus. Allein das kostet ja Zeit. – [Hendrikje Klein (LINKE): Drei Seiten!] – Es sind ja nicht nur drei Seiten, es ist tatsächlich das ganze Prozedere, das da dranhängt. Man kann über die Größenordnung reden, ab welcher Größe man vielleicht welche Dinge machen muss. Aber wir werden in Zukunft, trotz New Work und all dieser Dinge, an Neuanmietungen, glaube ich, nicht vorbeikommen.

Ich kann Ihnen ad hoc Beispiele nennen. Hauptverwaltung Radverkehrsplanung, zwei Eingruppierungen höher als in den Bezirken. Gleiche Arbeit. Jetzt kann man sagen, die machen längere oder größere Straßen, aber die Technik, die man am Tag dort bedient, ist genau die gleiche, und die Arbeit ist genau die gleiche. Ich kann Ihnen sagen, in den Zuwendungen für freie Träger gibt es extreme Unterschiede. Zuwendung ist nicht eigenes Personal, aber es ist natürlich Personal, das wir in Zuwendungsanträgen bewerten. Da haben wir freie Träger, nehmen wir mal Bürgerberatungsstellen, nehmen wir Freiwilligenagenturen. Die einen Bezirke zahlen für die Leitungen dies, die anderen Bezirke zahlen für die Leitungen jenes. Das differiert total. Dass Ihnen in all den Jahren noch kein Beispiel untergekommen ist! Das können wir liefern, das ist gar nicht die Frage, das ist tatsächlich unser täglich Brot.

Zum Thema Schulreinigung liefere ich gerne nach. Die Zahlen sind jetzt allerdings drei Jahre alt, von damals, als wir uns um den Piloten bemüht haben. Ob die Zahlen jetzt noch in irgendeiner Art valide sind, weil sie so alt sind, kann ich Ihnen nicht mehr garantieren. Aber diese Simulation, die wir damals gemacht haben, liefere ich gerne nach.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank! – Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Ich darf mich bei Herrn Bezirksbürgermeister Schaefer bedanken.

Wir kommen zum nächsten Bezirk.

12 – Reinickendorf

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Demirbüken-Wegner. Auch an Sie herzlich willkommen! Ich schaue in die Runde. – Herr Heinemann!

Sven Heinemann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Da wir jetzt beim letzten Bezirk angekommen sind, will ich nur noch mal ankündigen, weil wir heute sehr viele unterschiedliche Sachen gehört haben, dass unsere Fraktion, wie Herr Schmidt das angeboten hat, bis Freitag noch einige Fragen nachreicht.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank für die Ankündigung! Die Option steht natürlich auch den anderen Fraktionen im Nachgang dieser Anhörung offen. – Herr Wiedenhaupt!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Bürgermeisterin! Drei Fragen hätte ich: wie bei allen Bezirken inzwischen die pauschale Minderausgabe. Sie ist in Reinickendorf ja in acht Punkte unterteilt, wenn ich das richtig zusammengezählt habe, round about 6 Millionen Euro 2024; sonst korrigieren Sie mich. Die damit verbundene Frage: Gehen Sie davon aus, dass das in diesen Bereichen einbringbar ist, oder gehen Sie davon aus, dass die Finanzlage so schlimm ist, dass das nicht erbracht werden wird?

Zweite Frage: Gehen Sie davon aus, dass die Mittel, die zur Unterhaltung von Grünanlagen, zur Investition in das Straßenland, in die bezirklichen Liegenschaften gesetzt werden, ausreichen, oder würden Sie eher davon ausgehen, anhand der Zustände in Reinickendorf, dass das dort nicht auskömmlich ist?

Eine dritte Frage, gestatten Sie mir als Reinickendorfer eine kleinteilige Frage: Ich fand es sehr schön, Frau Bürgermeisterin, dass wir jetzt im Bezirk den Einsamkeitsbeauftragten haben, weil ich das für eine ganz wichtige Sache halte. Ich weiß, Sie finden das auch. Was mich aber erstaunt hat, ist, dass dieser Beauftragte keinerlei Sachmittel im Bezirkshaushalt hat. Ich würde gerne hören, ob das wirklich sinnvoll ist und ob man nicht dort auch noch Sachmittel nachschieben sollte.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Dann, Frau Bezirksbürgermeisterin, zur Beantwortung!

Bezirksbürgermeisterin Emine Demirbüken-Wegner (BA Reinickendorf): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Abgeordneten! Vielen Dank für die Fragen! Es ist immer schwierig, als Letzte zu antworten, zumal Sie vieles schon gehört haben. Ich möchte vielleicht damit anfangen, allgemein erst einmal ein paar Sätze zu sagen. Dann gehe ich sehr gerne dazu über, was Sie an Antworten von mir erwarten.

Sehr vieles wurde schon zur Bezirksfinanzierungssystematik gesagt. Elf Kolleginnen und Kollegen haben dazu schon etwas gesagt, auch zur Situation der KLR. Für uns war es einfach so – ich glaube, dass ich das für alle meine elf Kolleginnen sagen kann –, dass die KLR das Jahr 2022 zur Grundlage hatte, und das Jahr 2022 war für uns alle ein sehr schwieriges Jahr. Nicht nur, dass wir eine vorläufige Haushaltswirtschaft hatten, sondern auch pandemiebedingt hatten wir es natürlich mit Zahlen zu tun, die eine Grundlage für die Globalsumme auswiesen, die mit dem Blick auf 2024/2025, wenn man bedenkt, was sich 2023 alles schon entwickelt hat, eigentlich absolut nicht auskömmlich war. Wir hatten, weil die Globalsumme weit von der Auskömmlichkeit entfernt für uns war, ein Defizit in unserem Haushalt von zunächst einmal 20 Millionen Euro vorzuweisen gehabt.

Weil heute sehr oft über die Ergebnisrücklagen gesprochen worden ist: Ich kann nur jedem in den Bezirksamtshäusern danken, die diese Rücklagen hatten, denn dank dieser Rücklage waren wir überhaupt in der Lage – somit hat 2022 auch etwas Positives für uns –, das Haushaltsdefizit auf eine pauschale Minderausgabe 2024 von 8 Millionen Euro und 2025 von 11,7 Millionen zu senken.

Zu Ihrer Frage, ob wir dies auch erbringen können: Wir möchten positiver Dinge sein, gar keine Frage. Wir haben das, wie Herr Oltmann für seinen Bezirk schon formuliert hat, in die Geschäftsbereiche reingegeben, sodass die Kolleginnen mit ihren PMAs diesbezüglich da rangehen und nachjustieren müssen. Aber wenn alle Stricke reißen sollten – das hat auch einer meiner Kollegen gesagt, ich glaube, das war Tempelhof-Schöneberg –, müssen wir uns überlegen, wie wir dann mit den unbesetzten Stellen umgehen, ob wir diese besetzen können oder nicht. Letztendlich müssen wir alle ja die PMA erbringen.

Vielleicht ein kleiner Schwenk auf die Klausurtagung mit dem Regierenden Bürgermeister und den zwölf Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern: Festgestellt wurde hier, wirklich parteiübergreifend, dass wir eigentlich alle mit einer Bezirksfinanzsystematik arbeiten, die eine auskömmliche Haushaltsaufstellung nicht möglich macht. Dass wir es irgendwie trotzdem möglich machen konnten, hat damit nichts zu tun. Ich versichere Ihnen – sehen Sie es mir bitte nach, dass das Gefühl bei mir so ein bisschen entstanden ist –, dass wir nirgendwo irgendwelche Gelder verstecken. Ich versichere Ihnen auch, dass wir nicht seltsam

oder merkwürdig arbeiten. Es hat ausschließlich etwas damit zu tun, dass wir versucht haben, mit den Rücklagen, die immer wieder im Vordergrund stehen, etwas zu kompensieren mit Bezug auf: Sie haben doch die Rücklagen, mit denen Sie ganz viel kompensieren können. Wenn was übrig bleiben sollte, dann geht es in den Landeshaushalt. – Die Rücklagen fließen sowieso in den nächsten Haushalt, und damit arbeiten wir ja. Ohne diese Ergebnisrücklagen hätten wir von dem 20-Millionen-Euro-Haushaltsdefizit, das wir haben, gar nicht runterkommen können, was 2024 und 2025 angeht. Wir möchten also optimistisch sein, wir möchten es gerne erbringen können, aber wenn alle Stricke reißen, müssen wir uns natürlich noch mal bezirksamtsintern damit auseinandersetzen, wie wir mit den unbesetzten Stellen und den PMA, wenn wir es nicht schaffen sollten, umgehen müssen.

In Bezug auf die Grundlage investiver bezirklicher Liegenschaften, ob die auskömmlich sind, kann ich Ihnen sagen, dass die Mittel bei uns in Reinickendorf gerade so ausreichend sind. Natürlich befürworten wir aber eine nichtschulische Gebäudeerhöhung. Das wäre schon ein ganz wichtiger Posten bei uns, der der finanziellen Unterstützung bedarf. Deshalb wäre es eine gute Sache, wenn man das vielleicht noch im Blick behalten könnte.

Dann haben Sie die Stelle des Einsamkeitsbeauftragten angesprochen und dass es dafür keine Sachmittel gibt. Für die Stelle des Einsamkeitsbeauftragten sind für 2024 10 000 Euro vorgesehen, weil wir mit diesem Geld einen Einsamkeitsgipfel veranstalten möchten. Der Auftrag dieser Stelle ist es zunächst einmal, stark konzeptionell zu arbeiten. Konzeptionell zu arbeiten bedeutet, zunächst einmal, zu eruieren, was es im Bezirk gibt, was zusammengeführt werden muss, was gebündelt werden muss, was einer Netzwerkarbeit bedarf und wie wir einen Einsamkeitsgipfel 2024 auf die Beine stellen, was auch total in die Freie-Träger-Landschaft, die Basisarbeit, die Struktur der vor Ort stattfindenden Aktivitäten hineingeht. Insofern hoffen wir, dass wir 2024 mit diesem Einsamkeitsgipfel erst einmal die weiteren Handlungsspielräume in Bezug auf die Arbeitsschritte ausschöpfen. Selbstverständlich ist der Blick beim nächsten Haushalt darauf ausgerichtet, dass hier auch Sachmittel reinkommen. Der Start, die Stelle erst einmal zu schaffen, plus 2024 einen Einsamkeitsgipfel zu veranstalten, ist aber, glaube ich, ein guter Start.

Waren weitere Fragen? Sonst würde ich auf allgemeine Fragen, die in Richtung aller Bezirke gestellt worden sind, eine ganz kurze Replik machen wollen. Eine der Fragen, die an alle zwölf Bezirke gegangen sind, war zu Rücklagen im investiven Bereich. Ganz viele Kollegen vor mir hatten schon eine ganze Menge dazu gesagt. Zu uns in diesem Bereich: Wir haben 32 Vorhaben. Wenn wir in Bezug auf diese Rücklagen, die im I-Bereich angesprochen worden sind, zurückgreifen müssten, müssten wir uns hausintern zusammensetzen und überlegen, welches von diesen 32 Vorhaben wir kippen oder wie auch immer canceln müssten. Das ist eine schwierige Gemengelage.

In Bezug auf die Angebote für freie Träger, die hier angesprochen worden sind: Wir sind sehr froh, dass wir nicht ein einziges Projekt einstampfen mussten und insofern kein freier Träger sein Angebot niederlegen musste. Wir haben das zunächst in diesem Haushalt vollumfänglich aufrechterhalten können.

Zur Frage der Musikschule, die von vielen gestellt worden ist: Fakt ist, wie Sie alle wissen, dass in der Globalsumme keine Honoraranpassung vorgenommen worden ist. Wir haben hier Eigenmittel reingegeben. Für das Jahr 2024 haben wir 330 000 Euro reingegeben und für das

Jahr 2025 420 000 Euro. Das sind unsere Eigenmittel, womit wir dem Musikschulbereich ein Stück unter die Arme gegriffen haben.

In Bezug auf die Ergebnisrücklagen, was sehr oft hier ein Thema war, hat mein Vorredner vorhin gesagt, dass sie bei ihm im Haushalt komplett aufgelöst sind. Das trifft auch auf uns zu. Die Ergebnisrücklage geht bei uns vollständig auf, sodass wir eigentlich nicht mehr von einer Rücklage sprechen können.

In Bezug auf die Raumbedarfe möchte ich eines sagen: Ich habe neulich bei uns eine sehr erfreuliche Veranstaltung gehabt. Ich durfte 50 neue Auszubildende bei uns im Rathaus begrüßen. Die 50 neuen Auszubildenden – – Wir versuchen, als Arbeitgeber so weit wie möglich attraktiv zu sein, wobei wir einige Hürden haben. Die Hürden wurden von meinen Vorrednern sehr ausführlich dargestellt. Ich schließe mich all diesen an. Es fängt an beim Konkurrenzgefälle Bezirk-Bezirk, Land-Bezirk, und als Arbeitgeber sind wir nicht unbedingt die Attraktivsten, wenn wir auf der einen Seite Azubis einstellen, aber für sie nicht mal Mehrzweckräume, Pausenräume, haben. Oder wie soll ich den Auszubildenden erklären, dass wir ein ganz toller Arbeitgeber sind, sie aber in einen Büroraum mit sechs, sieben, acht Mitarbeitern reinsetze? Das ist fern jeglicher Attraktivität und eine schwierige Gemengelage. Insofern ist die Frage des Raumbedarfs eine sehr große, eine drängende, aber an dieser Stelle möchte ich trotzdem auch mal ein ganz großes Dankeschön fallenlassen, dass ein Raumbedarf bei uns ganz neu, ganz frisch bei Ihnen durchgegangen ist. Das ist eine Erleichterung und ein kleiner Schluck aus der Pulle im Sinne der Attraktivität und der Anerkennungs- und Willkommenskultur, die wir in den Häusern ganz groß schreiben und damit unterfüttern können.

Zu der Ausbildungsoffensive wurde auch schon eine ganze Menge gesagt. Da ist auch Reinickendorf aktiv unterwegs, aber die Ausbildungsoffensive kann nur bekräftigt und unterstützt werden, wenn Land, Bezirke und Bezirke untereinander Hand in Hand gehen und ein Stück weit eine Einheitlichkeit vorweisen können.

In Bezug auf die Zuwendungsempfänger mache ich einen kleinen Rollback. Es ist jedes Mal schwierig. Im Haushalt werden Finanzvolumen aufgestellt. Dann kriegt dieser freie Träger 20 000 Euro, der andere kriegt 80 000 Euro. Für die Zuwendungsempfänger ist das mittlerweile nicht mehr attraktiv. Sie arbeiten an diesen komplexen Zuwendungsempfängerunterlagen. Sie brauchen mittlerweile selbst Personal dafür, sodass sie irgendwann sagen: Es lohnt sich für uns nicht mehr. – Insofern stehen wir vor der großen Frage, uns in den Häusern die Frage zu stellen, was sich von den Projekten bewährt hat. Bewährte Projekte müssten irgendwann mal zu einer strukturellen Verankerung übergehen. Das ist eine interessante Frage, die ich gerne in meinem Haus stelle und gern mit Ihnen klären würde, denn wir sind eine wirklich sehr erfolgreiche Stadt mit ganz vielen Projekten, aber die Projekte versagen irgendwann an diesen ganz komplexen Zuwendungsformalitäten. Sie gehen quasi da unter.

Darüber hinaus hatten Sie noch die Frage nach der Stellenbesetzung gestellt. Dazu kann ich Ihnen sagen: Wir haben aktuell bei uns 76 unbesetzte Stellen. Das ist ein Prozentsatz von 4,6 Prozent. Die Abgänge für die nächsten Jahre: Wir werden eine Abgängerquote von circa 10 Prozent haben. Das für uns bedenklich, denn wir bleiben nicht bei diesen 10 Prozent. Die Quote erhöht sich von Jahr zu Jahr. Insofern ist das ein Thema, das uns sehr stark beschäftigt, aber die 76 Stellen, die unbesetzt sind, sind bei uns schon in Arbeit in Bezug auf Stellenbesetzungsverfahren, die wir im Bereich Fachkräfte ausbauen können.

Nach dem Homeoffice hatten Sie in Verbindung mit der Raumfrage gefragt. Bei uns ist es so, dass wir pandemiebedingt, das kann sich jeder vorstellen, eine höhere Homeofficequote hat-

ten. Die Zahl betrug im Jahr 2022 866, aber in diesem Jahr sind wir schon runtergegangen auf 654. Fakt ist, Digitalisierung hin und her, die Bezirksämter, die Fachbereiche, die Abteilungen sind Dienstleister, und wir arbeiten direkt mit den Menschen. Es gibt Bereiche, die kann man noch so digitalisieren, aber Sie werden im Sozialamt die Digitalisierung nie so hinbekommen, dass es keine Sprechstunde mehr gibt, dass die Personen nicht mehr dorthin kommen, um ihre Anträge zu stellen oder diverse Dinge vorzutragen.

Mit Blick auf die Senatsverwaltung für Finanzen kam dankenswerterweise die Nachschiebeliste, und wir durften 1 Million Euro für unseren Bezirk als Plus verrechnen. Wir haben unsere Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung und energetische Sanierung gesetzt. Da haben wir Personal reingesteckt. Wir haben auch Personal reingesteckt, aufgrund unseres BVV-Beschlusses vier weitere Stellen, einmal in die Koordinierungsstelle für Kinder- und Familienarmut. Dann haben wir den Mehrbedarf bei Hilfe zur Pflege abgefangen, den Teilhabefachdienst und die Jugendhilfeplanung. Darüber hinaus haben wir, wie gesagt, den Bereich Digitalisierung, Arbeitsschutz, Katastrophenschutz, was für das gesamte Haus eine ganz wichtige zentrale Rolle spielt, mit Personal unterfüttert, aber auch den Bereich Kinderschutz haben wir mit weiteren drei Stellen unterfüttert.

Wir bewegen uns in einem Bereich, wo wir in diesem Haushaltsjahr sagen können: Wir haben das noch irgendwie hinbekommen, wir haben die Kurve bekommen –, aber mit Blick auf die weiteren Haushaltsjahre, die uns bevorstehen, erwarten wir von uns allen: Wie geht es weiter mit der Bezirksfinanzierungssystematik? Wie gehen wir mit der KLR um? Wie gehen wir um mit den Bereichen, wo wir zum Beispiel – – Nur ein Aspekt, Sie erinnern sich: Als der Ukrainekrieg ausbrach, hatten wir auf einmal ganz viele Flüchtlinge in den Sozialämtern, mit dem Ergebnis, dass wir die Beratung und Betreuung dieser Menschen vor Ort nicht abbilden konnten, aber diese Mehrarbeit hatten, KLR-mäßig nicht abbildbar, kein Produkt, keine Menge. Aufgrund dessen, dass wir in den Anfangszeiten 2022 so überrollt worden sind, standen wir in anderen Bereichen beim Median schlecht da, weil der Bereich des Produktes, der abgebildet worden ist, nicht abgebildet werden konnte gegenüber den Produkten, die abgebildet wurden, aber die wir nicht einbringen konnten. Als ein Negativsoll tauchte das in den Haushaltsberatungen auf, und das war eine ganz missliche Lage, und wir haben große Hoffnung auf das, was das Land Berlin mit Ihnen, mit uns abbilden und vorantreiben möchte, dass wir nämlich den KLR-Median und auch die Bezirksfinanzierung im Blick behalten. Denn was wir jetzt machen, und das zitiere ich wirklich sehr vorsichtig: Wir verwalten eigentlich Mangel, wenn man das so unter dem Strich sehen kann. Diese Mangelverwaltung kriegen wir immer nur gewuppt, weil ich ganz tolle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an meiner Seite habe: für Personal zuständig Frau Dammenhayn, der SD-Chef, Herr Krummacher und Frau Kuhne. Ohne diese tollen Geister in unserem Hause würden wir alle sehr mau dastehen. Glauben Sie uns: Es ist für uns jedes Mal ein sehr großer Spagat, der uns abverlangt wird – mit einer Globalsumme zu arbeiten, die die reale Situation vor Ort nicht abbildet. – Dann gucke ich noch schnell, ob ich etwas vergessen habe. Wenn, dann werden Sie dafür sorgen und Ihre Fragen stellen. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank erst mal! – Ich habe die Meldung von Herrn Ziller gesehen.

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank für die klaren Worte! Ich glaube, wir sollten den Hinweis zu den Zuwendungen, auch zu den Minizuwendungen oder kleineren

Zuwendungen, und dem unverhältnismäßigen bürokratischen Aufwand mitnehmen. Wir haben zur Zuwendung eine Reihe von Berichtsaufträgen im Rahmen der Beratung des Einzelplans 11, und ich denke, wenn der Haushalt durch ist, müssen wir uns nächstes Jahr intensiv mit den verschiedenen Herausforderungen, was die Bürokratie angeht, beschäftigen. Wir haben diese Ressourcen nicht mehr, die wir in den letzten Jahren hatten, dass Träger 20 Prozent, 30 Prozent der Ressourcen für die Bürokratie aufwenden müssen. Bei dem Fachkräftemangel brauchen wir jeden auf der Straße oder in der eigentlichen Tätigkeit und nicht mehr in der Bürokratie.

Das ist vielleicht keine Frage, aber Sie haben bei der Erklärung zu den Rücklagen deutlich gemacht, dass Ihre nach der Haushaltsperiode auch aufgebraucht sind. Ich würde für mich feststellen, dass wir wirklich von allen Bezirken sehr einheitlich, egal, welche Partei, welcher Bezirk, gehört haben, dass die Finanzlage schwierig ist, dass die PMA in der Form kaum auflösbar sind. Ich glaube, wir sind alle angehalten, in den Haushaltsberatungen noch mal in uns zu gehen, ob die Prioritäten in dem Entwurf richtig gesetzt sind – das waren pro Bezirk knapp 10 Millionen Euro PMA, sprich 100 Millionen Euro für das ganze Land, die zwischen dem Funktionieren von Berlin und der Realität stehen, und ob wir die nicht in den Haushaltsberatungen an anderen Stellen noch finden und vielleicht an anderen Stellen das Geld nicht so raushauen und die Prioritäten eher auf das Funktionieren der Stadt als auf andere Bereichen setzen. Ich glaube, das sollten wir alle aus der Sitzung mitnehmen. Insofern vielen Dank für die klaren Worte!

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Ich hätte nur mit Blick auf die Uhr bei aller Bedeutung der Themen, die wir hier diskutieren, die ganz zaghafte Bitte, ob wir uns vielleicht bei unseren Ausführungen und den Antworten etwas kürzerfassen können und grundsätzliche Ausführungen zu den wichtigen Themen vielleicht als bekannt voraussetzen. Das würde auch, wenn ich die höfliche Bitte äußern dürfte, auch für weitere Antworten der Frau Bezirksbürgermeisterin gelten.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Matz hat sich noch gemeldet.

Martin Matz (SPD): Schönen Dank! – Der Beitrag des Kollegen Goiny hat mir erlaubt, meine Tränen zu trocknen, die mir in die Augen schossen, während ich Herrn Ziller zugehört habe. Ich habe den Bezirkshaushalt etwas anders gelesen. Um daraus im Sinne von Herrn Goiny keinen großen mündlichen Schlagabtausch zu machen, hätte ich gern dazu zur zweiten Lesung der Bezirke etwas schriftlich. Das kann auch die Senatsverwaltung für Finanzen im Nachschaubericht machen, wenn Sie wollen, vielleicht auch der Bezirk. Das ist mir im Prinzip egal. Hauptsache, wir kriegen es erklärt.

Der Bezirk Reinickendorf hat im Jahr 2022 mit einem Überschuss von 5,8 Millionen Euro abgeschlossen. Der Bezirk Reinickendorf hat in seinen Haushalt reingeschrieben, dass er für 2023 ein Jahresergebnis von 7 Millionen Euro erwartet, die er gern 2025 wieder ausgeben möchte, und dann ist plötzlich im Jahr 2024 der Ausgleich des Haushaltsplans nur möglich, indem 15,4 Millionen Euro aus Ergebnisrücklage rausgenommen werden. Ein derart schnelles Umschlagen von 7 Million Euro Überschuss, und das war, wie gesagt, keine Eintagsfliege – der Bezirk steht sowieso auf Platz zwei bei den Ergebnisrücklagen aller Berliner Bezirke –, auf 15 Millionen Euro minus, die nur ausgeglichen werden können, indem man die Ergebnis-

rücklage plündert – – Die Hintergründe dieser Operation habe ich nicht so schnell sehen können, weil ich mir den Bezirkshaushaltsplan jetzt noch nicht genauer habe angucken können, aber in anderen Bezirken, die solche Rücklagen nicht haben, waren solche Operationen nicht möglich. Deswegen muss irgendetwas an diesen Bezirkshaushaltsplan von Reinickendorf anders sei als bei den anderen Bezirken. Vielleicht kriegen wir darüber etwas Aufschluss. – Schönen Dank!

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Dann notieren wir die Berichtsbitte, und der Bezirk und die Senatsverwaltung für Finanzen gucken mal, wer besser beurteilen kann, was Reinickendorf von anderen Bezirken unterscheidet. – Ich habe jetzt keine direkte Frage mehr an Sie. Wenn Sie noch irgendeinen der Punkte aufgreifen wollen, dann bitte! – [Christian Goiny (CDU): Ein schriftlicher Berichtswunsch!] – Genau! Das war ein schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Matz. Herr Ziller hatte allgemeinere Anmerkungen zu Zuwendungen und Bezirksfinanzierung. – Vielen Dank an dieser Stelle an Frau Demirbüken-Wegner.

Damit ist die Anhörung der Bezirke beendet. Die mitberatenden Berichte werden zur Kenntnis genommen. An dieser Stelle möchte ich Frau Staatssekretärin Haußdörfer danken, die den Tag mit uns ausgeharrt hat, für den Fall, dass es noch Fragen zum Psychiatrieentwicklungsprogramm gegeben hätte. Vielen Dank, und auch Ihnen einen schönen Abend!

Die heute angeforderten Berichte werden, soweit wir nichts anderes vereinbart haben, rechtzeitig zu Nachschau und Beratung der Bezirkshaushaltspläne im Unterausschuss am 27. November, also spätestens zum 20. November 2023, als Sammelvorlage an den Hauptausschuss erbeten.